



Wahlprogramm

Ganz klar Grün



Unsere Ideen für Bremen!



Das Wahlprogramm 2015 wurde auf der Landesmitgliederversammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 16. November 2014 in Bremen, beschlossen.

Herausgeberin:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesverband Bremen
Schlachte 19/20
28195 Bremen
Tel.: 0421 / 30 11 100
info@gruene-bremen.de
www.gruene-bremen.de

Titel: SQUIRREL & NUTS, Köln
Druck: Klingenberg & Rompel, Hamburg
März 2015

Inhalt

Präambel:

Ganz klar grün!	7
------------------------	----------

Kapitel 1:

Für ein lebenswertes, grünes Bremen

Stadtentwicklung und Bauen	12
Verkehrswende	19
Bremens Beitrag zum Klimaschutz	26
Umwelt – Städte im Grünen	32
Verbraucherschutz und Ernährung	38
Tierschutz	40

Kapitel 2:

Finanzen

Unser Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt	43
Starker und effizienter öffentlicher Dienst	46
Öffentliche Investitionen	47
Öffentliche Unternehmen sind erfolgreich	47
Transparente Haushalts- und Finanzpolitik	49
Solidarität mit dem Bund	49

Kapitel 3:

Bildung, Wissen und Kultur

Mehr Bildungsgerechtigkeit	51
Hochschule, Wissenschaft und Forschung	56
Weiterbildung – Chancen auf gute Bildung ein Leben lang!	61

Kultur als Fundament urbaner Entwicklung und lebenslangen Lernens	63
Demokratische Medien für alle Generationen	67
Digitale Gesellschaft	70

Kapitel 4:

Nachhaltiges Wirtschaften

Starke Wirtschaft im ökologischen Strukturwandel	74
Industrie, Logistik, Offshore-Windenergie und maritime Wirtschaft	75
Kleine und mittelständische Unternehmen: das Rückgrat unserer Wirtschaft	78
Handwerk und Dienstleistungen: unverzichtbar für Energiewende und ökologische Erneuerung	80
Nachhaltig wirtschaften durch solidarische Ökonomie	81
Arbeit schafft Teilhabe	82

Kapitel 5:

Soziale Stadt

Teilhabe statt Ausgrenzung	87
Bremen: kinder- und familienfreundliches Land	92
Gesundheit	95
Sucht und Drogen	101
Grüne Politik für ältere und alte Menschen	102
Unterstützung und Pflege	104
Behinderungen – für ein gleichberechtigtes Miteinander	108

Kapitel 6:

Demokratische Teilhabe, Sicherheit, Justiz und Sport

Beteiligung und Engagement	111
Öffentliche Sicherheit	114
Justiz	119
Sport: Bremerinnen und Bremer in Bewegung	121

Kapitel 7:

Integration, gleiche Rechte und Antidiskriminierung

Integration und Vielfalt	124
Feminismus, Gender-Bewegung und Geschlechtergerechtigkeit	127

Kapitel 8:

Europa, Internationales und Entwicklung **133**

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Bürgerschaftswahl 2015

Wahlbereich Bremen	137
Wahlbereich Bremerhaven	139

Präambel:

Ganz klar grün!

Das Land Bremen wächst und verändert sich: Die Zahl der Bewohnerinnen und Bewohner steigt, viele Menschen kehren aus dem Umland zurück in die Stadt. Die Bürgerinnen und Bürger werden älter und bleiben länger fit. Heute haben 20.000 Menschen mehr als noch vor zehn Jahren eine sozialversicherte Arbeit. Das ist eine große Chance für die Entwicklung unserer beiden Städte. In Bremen wird viel produziert und gehandelt. Migrationsbewegungen und die Digitalisierung verändern alle Lebensbereiche in raschem Tempo. Die Universität und die Hochschulen sind zu Magneten geworden, die junge Menschen in unsere Städte ziehen und Innovationen und neue Ideen für die Zukunft hervorbringen. In unseren Städten wohnt aber auch hartnäckige Armut. Steigende Mieten führen zusätzlich zu einer sozialen Spaltung. Wir wollen Armut noch wirksamer bekämpfen – dazu gehört auch kritisch zu analysieren, wie die bisherigen Maßnahmen gewirkt haben. Wir Grünen wollen ein Land für Menschen, das lebendig und anregend ist: ein Land mit sauberer Luft, hoher Aufenthaltsqualität, viel Grün, wenig Lärm und offener Atmosphäre. Die Folgen des Klimawandels sind von großer Bedeutung für eine Stadt am Fluss, die hohe Deiche braucht, um sich gegen Sturmfluten aus der Nordsee und Hochwasser von der Oberweser zu schützen.

Wir Grünen haben uns in den letzten acht Jahren der Regierungsbeteiligung diesen Herausforderungen gestellt und

unter Berücksichtigung aller Widersprüche und gegensätzlicher Interessen die Grundlagen geschaffen, die Bremen und Bremerhaven zukunftsfähig machen. Wir sind neugierig und offen für neue Entwicklungen, nehmen Ideen aus der Gesellschaft auf. Wir sind überzeugt: Bremen ist erneuerbar!

Wir machen verantwortungsvolle Politik für die kommenden Generationen. Wir haben einen Schwerpunkt auf Bildung gelegt. Bei der Umsetzung der Inklusion, der Einführung von Ganztagschulen und bei der Sprachförderung haben wir gemeinsam mit den Schulen viel erreicht. Auch künftig ist es uns wichtig, die Schulen in ihrer anspruchsvollen Arbeit intensiv zu unterstützen. Inzwischen haben mehr als die Hälfte unserer Schulanfängerinnen und Schulanfänger einen Migrationshintergrund. Wir stellen uns den daraus erwachsenden Aufgaben. Bildungschancen, Schulerfolg, soziale und kulturelle Bildung dürfen nicht von der familiären Situation, der Herkunft oder dem sozialen Umfeld abhängen. Wir Grünen rücken die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in den Vordergrund.

Wir Grünen übernehmen soziale Verantwortung. Eine Spaltung unserer Gesellschaft akzeptieren wir nicht. In den letzten vier Jahren haben wir die Weichen für eine inklusive Sozialpolitik gestellt. Mit dem Ausbau und der Verbesserung der Kindertagesbetreuung, mit sozialem Wohnungsbau und dem Schutz der Mieterinnen und Mieter und vor allem mit der Einführung des Mindestlohns haben wir Bedingungen geschaffen, die Teilhabe von allen zu verbessern. Auch in der nächsten Wahlperiode werden wir einen Schwerpunkt unserer Arbeit darauf legen, Benachteiligungen abzubauen.

Wir Grünen gestalten den notwendigen Strukturwandel hin zu einer vielfältig gefächerten nachhaltigen Wirtschaftsstruktur. Immer mehr Unternehmen setzen zunehmend auf

Umwelttechnologien; dies unterstützen und fördern wir. Der grüne Wandel in der Wirtschaft ist nicht nur zukunftsweisend – er schafft auch Arbeit. Das gilt auch für das Handwerk, dem wir eine besondere Bedeutung zumessen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen bieten vielfältige krisensichere Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Für uns Grüne ist klar, dass Erwerbsarbeit die Grundlage gesellschaftlicher Teilhabe ist. Wir Grünen wissen aber auch: Noch immer ist gesellschaftliche Teilhabe – insbesondere Arbeit und Löhne – ungleich verteilt. Wir werden uns deshalb weiterhin für den Abbau geschlechtsspezifischer Benachteiligungen einsetzen.

Grüne Politik steht für Chancengleichheit. Bremen und Bremerhaven zeichnen sich durch eine zunehmende Vielfalt an Herkunft, Sprache, Religion und kulturellem Hintergrund aus. Grünes Leitbild ist die inklusive Gesellschaft, die diese Vielfalt leben will und ihr Wertschätzung entgegenbringt. Wir stellen uns deshalb jeder Form von Rassismus, Islamophobie, Antisemitismus und Diskriminierung entgegen. Wir haben die Bremer Integrationspolitik neu aufgestellt und wollen noch mehr tun. Integration braucht ein gesichertes Aufenthaltsrecht. Kettenduldungen lehnen wir strikt ab. Wir setzen uns weiterhin für das kommunale Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten ein, die von außerhalb der EU kommen.

Wir Grünen machen Politik gemeinsam mit den Menschen. Im Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern und Interessensverbänden haben wir beraten, wie die Flächen Bremens genutzt, die Verkehrswege ausgestaltet werden können, wie die Natur erhalten und entwickelt, Wohnraum geschaffen und die humanitäre Hilfe für Flüchtlinge organisiert werden kann. So haben wir erreicht, dass Bremen eine

neue Heimat für viele Menschen geworden ist. Wir haben erreicht, dass Bremen auch zukünftig eine grüne Heimat für Mensch und Tier ist, die sich den aus dem Klimawandel erwachsenden Aufgaben anpasst. Das gemeinsame Suchen nach den besten Lösungen für Bremen und Bremerhaven wird deshalb weiterhin Grundlage grüner Politik bleiben.

Grüne Politik macht handlungsfähig. Zu den größten Problemen Bremens zählt immer noch die hohe Staatsverschuldung. Bremens Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt ist auch in den nächsten Jahren das wichtigste finanzpolitische Vorhaben. Diese Herausforderung haben wir angenommen, und wir werden uns ihr weiter stellen. Wir werden uns weiterhin bemühen, den notwendigen Sparkurs gerecht und möglichst schonend zu gestalten. Aber wir erklären auch, dass wir jede Geldausgabe auf ihre Notwendigkeit und Wirksamkeit prüfen. Rechtsstaatlichkeit ist ein hohes Gut. Wir wissen, dass dafür Polizei und Justiz personell ausreichend ausgestattet sein müssen. Dafür werden wir Sorge tragen. Auf Bundesebene werden wir uns für ein auskömmliches Steueraufkommen für Länder und Kommunen einsetzen und allen unverantwortlichen Steuer-senkungen entgegenreten.

Grüne Politik ist kooperativ. Bremen ist Teil der Nord-westregion und Europas. Bremen profitiert von guter Kooperation auf allen Ebenen: Ob regionale Gesundheitsversorgung durch unsere Krankenhäuser, Hafenkooperation, integrierte Verkehrsentwicklung und Nahversorgung, gemeinsames Agieren für den Ausbau erneuerbarer Energien und besseren Klima- und Küstenschutz – Kooperation mit unseren Nachbarn stärkt unser politisches Gewicht. Das gilt ebenso für unsere Rolle in Europa. Wir wollen sie weiterhin mit starken Grünen in dem Bewusstsein wahrnehmen, dass

Ganz klar grün: Wahlprogramm 2015

die europäische Integration der wichtigste Garant für Frieden und Wohlstand auch für Bremen ist.

Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir Grünen weiter in der Regierung die Zukunft Bremens aktiv gestalten. Wir werben um Ihre Unterstützung für starke Grüne in der nächsten Regierung. Mit uns ist Bremen ökologischer, solidarischer, gerechter, transparenter und sparsamer. Ohne Grün sehen wir für Bremen schwarz.

Kapitel 1:

Für ein lebenswertes, grünes Bremen

Bremen und Bremerhaven sind schöne und lebendige Städte unseres Bundeslandes. Die Menschen mögen sie und leben gerne hier. Seit 2012 wächst die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner im Land wieder, vor allem in der Altersgruppe der 18-30-Jährigen. Bremen ist eine grüne Stadt mit einer gut ausgebauten Infrastruktur: Fahrradwege und Nahverkehr sorgen für umweltfreundliche Mobilität. Bremen hat attraktive und vielfältige Quartiere, große Wohnungsbestände mit bezahlbaren Mieten und bietet ein großstädtisches Kulturangebot. Seine Geschichte als Handelsstandort prägt das Klima einer toleranten Stadt. Für junge Menschen sind Universität und Hochschulen begehrte Ausbildungsorte – wir wollen, dass sie danach auch hier bleiben.

Stadtentwicklung und Bauen

Das unter grüner Federführung entwickelte Leitbild „Bremen 2020: lebenswert – urban – vernetzt“ prägt die Stadtentwicklung seit fünf Jahren. Diese mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickelte und von Senat und Bürgerschaft beschlossene Grundlage grüner Strukturpolitik wollen wir

in der nächsten Wahlperiode bis zum Jahr 2025 fortschreiben. Wir wollen eine Stadt, die den sozialen Ausgleich fördert mit Schulen, Kindertageseinrichtungen, Freizeit- und Kultureinrichtungen in der Nähe. Parks und Grünanlagen sorgen im wahrsten Sinne des Wortes für ein gutes Klima. Deshalb schaffen wir mehr Grün in Quartieren, an Gebäuden und öffnen Zugänge zu den Weserufern. Wir werden die Verkehrsanbindung der Stadtteile weiterhin so gestalten, dass auch ein Leben ohne Auto oder mit sehr viel weniger Autonutzung möglich ist.

In den vergangenen vier Jahren haben wir auf der Grundlage des Leitbildes u. a. den Bremer Flächennutzungsplan, das Landschaftsprogramm, den Verkehrsentwicklungsplan, das Gewerbeentwicklungsprogramm und das Innenstadtkonzept entwickelt. Das sind Grundlagen, die Bremen für die nächsten Jahrzehnte noch lebenswerter machen: mit guten Nachbarschaften, offenen und gemischten Quartieren, hoher Umweltqualität, einer nachhaltigen Nutzung der Infrastruktur und einer fairen Verteilung der Lasten und Vorteile städtischen Lebens. Wir pflegen Bremen als Stadt der Quartiere: Das Zentren- und Nahversorgungskonzept und entsprechende Vereinbarungen auch mit dem Umland sichern lebens- und liebenswerte Stadtteile mit hoher Wohn-, Aufenthalts- und Lebensqualität.

Bremen braucht auch in Zukunft ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum. Dafür unterstützen und fördern wir auch den Bau neuer Wohnungen – mit Erfolg: Im Jahr 2013 wurden 1.600 neue Baugenehmigungen erteilt – nachdem unter Verantwortung der Großen Koalition die Neubaurate auf jährlich 600 Wohnungen gefallen war. Wir haben mit dem „Bündnis für Wohnen“ ein 40 Millionen Euro schweres Wohnraumförderprogramm aufgelegt, das einen 25-Pro-

zent-Anteil von öffentlich geförderten, preiswerten Wohnungen überall dort sicherstellt, wo die Stadt durch Baurecht oder den Verkauf eigener Flächen Einfluss hat. Dieses Programm wollen wir Grünen fortsetzen. Gefördert werden damit insbesondere kleinere Wohnungen für Singles und Paare sowie Wohnraum für größere Familien. Außerdem werden wir gezielt Wohnungen für eine wachsende Zahl an Studierenden und Auszubildenden sowie für Flüchtlinge schaffen. Für die Herausforderung, Flüchtlinge unterzubringen, schlagen wir ein Sonderprogramm vor, das auch flexible Nachnutzungen, z. B. als Wohnraum für Studierende und Auszubildende, ermöglicht.

Die Zahl der älteren Menschen steigt, die Lebensstile werden vielfältiger, junge Leute wollen experimentieren. Auch der Anteil der Menschen, die aus dem Ausland mit anderen Sprachen und Kulturen in unsere Stadt kommen, nimmt zu. Die gesellschaftliche Entwicklung verlangt nach neuen Wohnformen: Bremen braucht vermehrt generationenübergreifenden, flexibel nutzbaren und nachbarschaftlich vernetzten Wohnraum. Wir Grünen unterstützen daher Pilotprojekte, die mit nachhaltigen Materialien und mit Grundrissen und Gebäudetypen für flexible Nutzungsmöglichkeiten arbeiten. Bei städtischen Gebäuden und Flächen werden wir Ideen für gemeinwohlorientierte Nutzungen berücksichtigen. Dafür müssen spezielle Förderkonditionen und Trägerstrukturen entwickelt werden; hier kann das Erbbaurecht wieder verstärkt Anwendung finden. Zur Beratung und Unterstützung für Selbstnutzer, Baugruppen und Genossenschaften haben wir beim Senator für Bau und bei der Wirtschaftsförderung Beratungsmöglichkeiten und im Liegenschaftsmanagement spezielle Ausschreibungs- und Vergabeverfahren geschaffen. Hier müssen Kriterien und

Verfahren für die Ausschreibung, Vergabe und Nutzung von öffentlichen Gebäuden und öffentlichen Flächen vereinheitlicht und von Anfang an transparent sein. Neue Ideen und neue Träger dürfen nicht an fehlendem Insiderwissen scheitern.

Wir Grünen wollen keine soziale Spaltung. Wohnen in zentrumsnahen Stadtteilen wird immer teurer. Wir wollen keine Entwicklung, bei der bezahlbarer Wohnraum nur noch am Stadtrand zu finden ist. Dafür wollen wir auch die Instrumente des besonderen Städtebaurechts anwenden.

Umsichtige Innenentwicklung

Innenentwicklung heißt, wir bauen vor allem dort, wo die Stadt schon dicht und bebaut ist. Mit dem Vorrang der Innenentwicklung im neuen Flächennutzungsplan bremsen wir den Flächenfraß. Das ist gut für die Bürgerinnen und Bürger und für die Wirtschaft: Sparsamer Umgang mit dem knappen Gut unserer Flächen ist Zukunftsvorsorge und schützt die Landschaft am Stadtrand. Deswegen wollen wir auch keine Neubaugebiete außerhalb der Siedlungsgrenzen und in hochwassergefährdeten Bereichen. Die Binnendüne in Blumenthal-Bockhorn und die Osterholzer Feldmark bleiben unbebaut, die Planungen im Brokhuchtinger Überschwemmungsgebiet werden zurückgenommen.

Mehr Wohnungsbauflächen in der Stadt, darunter ganz neue Wohngebiete wie die Gartenstadt Werdersee, das Hulsberg-Quartier am Klinikum Mitte, der „Wohnpark Oberneuland“ und die Überseestadt, ermöglichen mehr Wohnungsbau in der Innenstadt und den citynahen Stadtteilen – d.h. genau da, wo auch die Nachfrage am höchsten ist. In der Innenstadt können jetzt leerstehende Gewerbe- und Büroflächen zu Wohnraum umgenutzt werden. Außerdem

entstehen neue Wohnadressen in Gröpelingen, in Woltmershausen und in Bremen-Nord, am Dedesdorfer Platz in Walle, im Mühlenviertel in Horn-Lehe, an der Robinsbalje und am Willakedamm in Huchting. Bremen-Nord, als attraktiver Wohnstandort, braucht besondere Unterstützung vor allem in Blumenthal und zur Verbesserung der zentralen Funktion von Vegesack.

Ganzheitliche Bauplanung

Bei der Planung und Entwicklung werden wir weiterhin Freiräume und Naturerlebnisräume mitdenken. Orte für Kinderspiel, Mehrgenerationentreffpunkte, Grünverbindungen, Artenvielfalt, Regenabfluss und Klimaausgleich haben einen hohen Wert und sorgen dafür, dass Innenentwicklung mehr ist als nur bauliche Verdichtung. Statt – wie vorgeschrieben – bei Bauvorhaben Parkplätze zu erstellen, sollen Flächen verstärkt für Fahrräder, Carsharing oder den ÖPNV genutzt werden können. Der Umstieg vom privaten Pkw auf andere Mobilitätskonzepte lohnt sich doppelt: für den Klimaschutz und bei den Kosten für die Fortbewegung.

Neue Mischgebiete in bisherigen Gewerbe- und Industriegebieten sind ein Beitrag zur Innenentwicklung und können zur Verkehrsentlastung beitragen, wenn Wohnen und Arbeiten wieder zusammenrücken und ihre gegenseitige Verträglichkeit gesichert ist. Die Entwicklung der Überseestadt ist das bedeutendste Projekt der Stadt, mit dem die alten Hafengebiete für die Stadtentwicklung geöffnet werden. Die Vermarktung der Flächen muss jetzt kleinteiliger und differenzierter werden; hier ist eine integrierte Entwicklungsplanung nötig, die sich nicht nur danach richtet, welche Fläche gerade verkauft werden kann. So kann sich in der Überseestadt ein neues Quartier entwickeln

mit allem, was dazugehört. Das neue Quartier wird sehr vom Austausch mit Walle, Gröpelingen und Woltmershausen profitieren; dazu kann eine neue Fährverbindung einen wichtigen Beitrag leisten.

Auch am Hohentorshafen und den angrenzenden Gebieten im vorderen Woltmershausen, deren Nutzung sich stark verändert hat, sollte ein neues attraktives innerstädtisches Gebiet mit Hafen-, Gewerbe- und Wohnnutzung entstehen. Das Gebiet rund um den Hemelinger Hafen soll mit dem Ziel neu gestaltet werden, die Wohnqualität deutlich zu verbessern. So sollen der Zugang zum Fluss geschaffen, und die Lärm- und Schadstoffemissionen sowie Gefahrenpotential reduziert werden.

Veränderungen in der Stadt gehen oft nicht ohne Konflikte vor Ort ab. Wir Grünen stehen dafür, die notwendigen Planungen und Entscheidungen transparent und im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zu organisieren. Wir achten darauf, dass das öffentliche Interesse nicht dem Wettlauf der Investoren um interessante Grundstücke zum Opfer fällt.

Wohnqualität für alle

Die großen Wohnungsbestände und Siedlungen der Zwischen- und Nachkriegsepoche des 20. Jahrhunderts stellen eine wesentliche Säule des preiswerten und bezahlbaren Wohnraums in Bremen dar. Die Gewoba muss weiterhin mehrheitlich in öffentlichem Eigentum bleiben. Sie sorgt dafür, dass viele Großwohnanlagen gute Adressen bleiben. Sie steht für architektonische und technische Innovationen, stabile Mieten und fairen Umgang mit den Mieterinnen und Mietern. Die Ausweisung eines Sanierungsgebietes oder eines städteplanerischen Entwicklungsbereiches soll die

Voraussetzungen für einen Ankauf der Grohner Düne durch die Gewoba schaffen und die Lage der Bewohnerinnen und Bewohner verbessern.

Wohngebiete, in denen besonders viele arme Menschen leben, müssen besonders unterstützt werden. Wir fördern eine strukturierte Zusammenarbeit aller beteiligten Senatsressorts in der integrierten Stadtentwicklung – insbesondere Soziales, Kultur und Sport – nach dem Vorbild der Kooperation des Bauressorts und des Bildungsressorts, wie dies z. B. bei dem Projekt von „Lernen vor Ort“ geschehen ist. Auch in diesen Bereichen müssen wir neue Träger und Versuche fördern und stützen. Wir Grünen bekennen uns ausdrücklich zum erfolgreichen Förderinstrument „Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN). Für den Bremer Westen wurde in den vergangenen Jahren ein umfassendes Handlungskonzept aufgestellt. Wir setzen uns dafür ein, dass die geplanten Schlüsselprojekte konsequent umgesetzt werden.

Raum für Neues!

An vielen Orten in Bremen wird Neues ausprobiert: Alte Speicher werden zu Gewerbehöfen weiterentwickelt, am Güterbahnhof ist ein produktives Künstlerrefugium entstanden. Initiativen wie Zuckerwerk, Dete, Grüner Zweig, autonomes architektur atelier und Urban-Gardening-Projekte schaffen neue Möglichkeiten zu produktiver Entfaltung. Das bereichert die Stadt und fördert ein anregendes Klima. Dafür hat Bremen mit der „ZwischenZeitZentrale“ bundesweit beachtete Verfahren zur temporären Nutzung und nachhaltigen Umnutzung von Leerständen entwickelt. Wir wollen die bei der ZwischenZeitZentrale entwickelte Erfahrung und Kompetenz in Zukunft auch dafür einsetzen, neue Wohnformen und Nachbarschaften zu entwickeln und zu erproben.

Eine starke Mitte!

Eine lebendige Innenstadt ist das Kraftzentrum jeder Stadt, in dem sich Geschichte und Herausforderungen der Gegenwart verbinden müssen. Das Ansgari-Projekt, das auch auf die Veränderungen im Einzelhandel reagiert; Wohnen auch im Stadtkern; Vernetzung des Zentrums mit den angrenzenden Stadtteilen: Das sind die grünen Schwerpunkte des Programms zur Erneuerung der Innenstadt, das wir auf den Weg gebracht haben und nun umsetzen wollen.

Die Bahnhofsvorstadt ist Brennpunkt städtischer Mobilität. Nachdem die Bebauung des Bahnhofsvorplatzes beschlossen wurde, muss dieses Quartier in den kommenden Jahren besser und lebendiger entwickelt werden: Die Verbesserungen auf der Discomeile werden umgesetzt, für die Umgestaltung des Rembertiquartiers schlagen wir eine Zukunftswerkstatt vor, die künftige Verwendung des Bundeswehrhochhauses steht auf der Tagesordnung. Noch wird die Hochstraße für den Verkehr gebraucht. Aber für uns Grüne bleibt der Abriss dieser Straßenbausünde eine Aufgabe für die Zukunft.

Verkehrswende

Bremen und Bremerhaven sind Städte der kurzen Wege, in denen Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Lernen und Erholung oft dicht beieinanderliegen. Diesen Vorteil wollen wir auch in der Verkehrspolitik nutzen. Immer noch gibt es sehr lärm-belastete Quartiere aus Zeiten der „autogerechten Stadt“. Um mehr öffentlichen Raum für die Menschen zurückzugewinnen, wollen wir sie dafür gewinnen, in der Stadt häufiger Straßenbahnen und Busse zu nutzen, Fahrrad zu fahren

oder zu Fuß zu gehen. Autos erzeugen Abgase, Feinstaub und Lärm, brauchen viel Platz und tragen zum Klimawandel bei. Auf längeren Wegen, wie z. B. von Bremen-Nord, dem Güterverkehrszentrum oder Osterholz zur inneren Stadt, sollen S-Bahnen öfter fahren.

Grüne Verkehrspolitik setzt konsequent auf eine geringere Belastung der Bevölkerung, gleichberechtigte Teilhabe und den Schutz der Umwelt. Nachhaltige Verkehrsplanung bedeutet mehr als nur Einzelprojekte: Mit dem neuen Verkehrsentwicklungsplan haben wir die Grundlage für ein stadtverträgliches, sicheres, umweltfreundliches und menschengerechtes Verkehrssystem der Zukunft erarbeitet. Dies ermöglicht die Teilhabe aller Menschen und trägt auch den Bedürfnissen der Wirtschaft Rechnung. Die Stärkung des Umweltverbundes aus Rad-, Fuß- und öffentlichem Verkehr ist beschlossen. Wir werden nun auch die organisatorischen Voraussetzungen für seine zügige Umsetzung schaffen.

Radfahren nutzt der Stadt und den Menschen

Der Anteil des Fahrradverkehrs in Bremen ist so hoch wie in keiner anderen deutschen Großstadt. Das haben wir zielstrebig gefördert: mit Fahrradstraßen wie in der Humboldt- und Wachmannstraße, mit dem Ausbau des Radwegenetzes und mit neuen Fahrradbügeln am Hauptbahnhof und in den Stadtteilen. An der vielbefahrenen Kreuzung am Breitenweg/Herdentorsteinweg ist ein roter Teppich für den Radverkehr ausgerollt – eine der rund zwanzig Kreuzungen, die fahrradfreundlich umgebaut worden sind. Die starke Radnutzung führt auch dazu, dass Bremens Straßen vergleichsweise wenig durch Staus belastet werden. Der motorisierte Verkehr fließt in Bremen besser als in den anderen zehn größten Städten Deutschlands.

Im Verkehrsentwicklungsplan wurden acht Premium-Radrouten beschlossen. Auf dem Jan-Reiners-Weg haben Radfahrerinnen und Radfahrer jetzt Vorfahrt, und die gut ausgebaute Fahrradrouten von der Innenstadt bis zur Universität wurde durchgängig hergestellt. Deren Verlängerung durch die Neustadt nach Huchting und eine Nord-Süd-Verbindung von Hemelingen/Osterholz durch den Bremer Westen bis Bremen-Nord stehen oben auf unserer Vorhabenliste. Fahrradrouten zwischen den Stadt- und Ortsteilen sollen weiter optimiert und bestehende Querungshindernisse zügig beseitigt werden.

Radfahren ist gut für die Stadtgesellschaft. Deshalb werden wir Grünen in Zukunft Radfahren noch bequemer und angenehmer machen: mit Fahrradpiktogrammen, verbesserter Sicherheit in Kreuzungsbereichen, grünen Wellen und mehr Radbügel. Zusammen mit den Beiräten wollen wir weitere Fahrradstraßen mit selbsterklärender Gestaltung ermöglichen. Fahrradmodellquartiere, die zusätzlich zu Fahrradstraßen auch Reparaturmöglichkeiten, Abstellflächen oder Pumpstationen anbieten, sind ein guter Weg, die vermehrte Nutzung des Fahrrads zu fördern. Hierzu gehört auch, in Neubauten mehr geschützte Fahrradabstellplätze zu schaffen und die Nutzung von Tiefgaragen für Fahrräder zu ermöglichen. Bremen muss auf der nationalen und internationalen Landkarte herausragender Fahrradstädte sichtbar werden. Deshalb wollen wir das Programm „bike it“ fortsetzen, das Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing mit der Verkehrs- und Quartiersplanung verbindet. Wir schlagen eine Bewerbung Bremens zur internationalen „Velo City 2019“ vor. Darüber hinaus sollten zur weiteren Förderung des Radtourismus die Radwanderwege deutlich verbessert werden. Insbesondere der Weser-Radweg in Woltmershausen soll ausgebaut und direkt an der Weser entlang geführt werden.

Barrierefreiheit als Grundlage für eine moderne Großstadt

Wir Grünen stehen für konsequente Barrierefreiheit im öffentlichen Raum. Dazu gehören für uns barrierefrei gestaltete Verkehrswege und Verkehrsmittel, aber auch das Freihalten von Radwegen für den Radverkehr und von Fußwegen, vor allem für Menschen mit Behinderungen, Ältere mit Rollatoren und Eltern mit Kinderwagen. Wir werden die Programme für die Barrierefreiheit von Bus- und Bahnhaltestellen konsequent weiter umsetzen. Verbesserungen der Barrierefreiheit sind hauptsächlich an zentralen Orten wie dem Gustav-Deetjen-Tunnel oder der Domsheide nötig.

Guter öffentlicher Nahverkehr nützt der Teilhabe

Das Straßenbahnnetz wird stetig besser: Die Linie 1 nach Mahndorf ist fertig, und auch die Linie 4 nach Lilienthal wurde im Sommer 2014 endlich eröffnet. Unter intensiver Bürgerbeteiligung wurden die Linien 1 und 8 nach Huchting, Stuhr und Weyhe geplant. Wir werden die Straßenbahnverbindung zwischen der östlichen Vorstadt und der Vahr über die Stresemannstraße/Steubenstraße herstellen. Abhängig von der Kofinanzierung des Bundes sind die weiteren Planungen der Straßenbahnlinie 2 von Sebaldsbrück über den Weserpark bis zum Bahnhof Mahndorf, die Verlängerung der Straßenbahn nach Oslebshausen oder auch die Verlängerung der Linie 8 zur Universität. Wir setzen uns für die Straßenbahnquerverbindung vom Weserwehr über die Malerstraße in Richtung Sebaldsbrück ein.

Mit verbesserten Taktzeiten und konsequenter Barrierefreiheit werden wir das ÖPNV-Angebot und damit seinen Anteil am Verkehrsaufkommen steigern. Ein großer Erfolg war die Durchsetzung von „Eine Stadt – ein Tarif“, was dem

Standort Bremen-Nord sehr nützt. Bis zum Jahr 2030 wollen wir einen komplett elektrisch betriebenen öffentlichen Nahverkehr für Bremen erreichen. Wir werden die Regio-S-Bahn durch bessere Takte und neue Haltepunkte (Arbergen, Mittelshuchting, Universität, Stadtamt, Speckenbüttel) stärken. In Zusammenarbeit mit dem Verkehrsverbund VBN und dem Zweckverband ZVBN wollen wir den öffentlichen Nahverkehr auch über die Stadtgrenzen hinaus verbessern, um eine umweltfreundliche Mobilität von Pendlerinnen und Pendlern zu unterstützen.

Das Stadtticket für Bürgerinnen und Bürger mit geringem oder keinem Einkommen bleibt ein wichtiges Element unserer Verkehrs- und Sozialpolitik, um möglichst allen den Zugang zu einem attraktiven ÖPNV zu ermöglichen. Wir wollen es auf Dauer zu einem bezahlbaren Preis einrichten und behutsam weiterentwickeln. Wir haben erfolgreich verhandelt, den Geltungsbereich auf alle stadtbremischen VBN-Linien auszuweiten; und wir wollen prüfen, ob die Übertragbarkeit innerhalb einer Bedarfsgemeinschaft möglich ist, eventuell mit einem Aufpreis. Dabei muss das Jobcenter einbezogen werden.

Wir vergessen die Fußgängerinnen und Fußgänger nicht!

Die meisten Wege werden zu Fuß zurückgelegt. Wir Grünen werden uns weiter für eine Bevorzugung des Umweltverbundes aus Fußverkehr, Radverkehr, öffentlichem Nahverkehr und Carsharing einsetzen. Eine stärkere Trennung von Rad- und Fußverkehr werden wir fördern. Die Rückkehr der Zebrastreifen in Bremen und Bremerhaven gelingt auf unsere Initiative. Wir werden mehr solcher Hilfen zur sicheren Straßenquerung einrichten.

Anreize für den Umstieg auf den Umweltverbund setzen!

Wir Grünen setzen auf Umsteigeanreize für umweltfreundlichere Verkehrsträger: Förderung der Elektromobilität, ein verbessertes park&ride- und bike&ride-Angebot, Unterstützung von Pedelecs (Fahrrädern mit elektrisch unterstütztem Antrieb) und die weitere Steigerung des Carsharing-Anteils. In Sachen Carsharing ist Bremen bundesweit führend. Die Nutzerzahl konnte von 6.000 auf 10.000 erhöht werden, bis zum Jahr 2020 sollen es deutlich mehr als 20.000 Nutzerinnen und Nutzer werden. Dadurch schaffen wir mehr Platz in der Stadt für Spielen, Spazieren und Kommunikation. Insbesondere am Stadtrand soll es mehr Carsharing-Plätze geben. Die Erreichbarkeit der Innenstädte von Bremen und Bremerhaven auch mit dem Auto bleibt gewährleistet. Elektroautos mit Strom aus erneuerbaren Energien unterstützen wir mit besseren Rahmenbedingungen bei Parkplätzen und Lademöglichkeiten. Die Nutzung von Busspuren durch Elektroautos ist verkehrspolitisch nicht sinnvoll. Mit den Umlandgemeinden werden wir ein regionales Verkehrskonzept zur Unterstützung von Elektromobilität entwickeln.

Entlastung beim Güterverkehr

Wir wollen den motorisierten Güterverkehr auf leistungsfähige Haupttrouten konzentrieren und mit einer effektiveren Organisation der Innenstadtlogistik umweltfreundliche Akzente setzen. Zur Entlastung der Menschen vom Lkw-Verkehr schließen wir den westlichen Autobahnring der A 281. Die Zustimmung des Bundes haben wir erlangt und anwohnerverträgliche Lösungen erreicht. Es ist ein Erfolg, dass es keinen Monsterknoten gibt. Eine Bundesstraße B6N wird es mit uns nur unter dem Flughafen hindurch geben, um die Wolfskuhlensiedlung nicht zu belasten. Das steigende

Güterverkehrsaufkommen soll vorrangig über die Schiene unter Entlastung des Bremer Knotens abgewickelt werden.

Lärmschutz verstärken

Der Bahnlärm, insbesondere durch Zunahme des Güterverkehrs, muss durch technische Maßnahmen an den Fahrzeugen (leisere Bremsen) und am Schienennetz reduziert werden. Bremen braucht eine Umgehungsstrecke für den Güterverkehr. Wir fördern zudem einen stärkeren Einsatz von Lärmschutzwänden, Flüsterasphalt und Lärmschutzfenstern. Weitere Tempolimits auf der A 1 – abhängig von der Windrichtung – verbessern die Lebensqualität der Anwohnerinnen und Anwohner: Bei ungünstigem Wind wird das erlaubte Tempo reduziert. Mit einem Programm „Leise Stadt“ wollen wir auch für den Alltagslärm sensibilisieren und diesen durch Vermeidung, städtebauliche Maßnahmen und Pflanzen eindämmen. Wir haben bei der Lärmaktionsplanung den Auslösewert um 5 db(A) abgesenkt. Dadurch profitieren größere Teile der Bevölkerung von Lärmschutzmaßnahmen. Wir werden uns für eine weitere Absenkung der Grenzwerte, auch auf Bundesebene, einsetzen.

Am innerstädtischen Flughafen soll wieder eine Nachtruhe von 22 bis 6 Uhr hergestellt werden. Sondergenehmigungen für Nachtflüge sollen nur in Notfällen (Ambulanzflüge) erteilt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Sitzungen der Fluglärmkommission öffentlich sind.

Integriertes Verkehrssicherheitskonzept

Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit werden wir ein integriertes Verkehrssicherheitskonzept für Bremen und Bremerhaven gestalten. Unser Ziel ist es, bis zum Jahr 2020 die Zahl der Verkehrstoten und Schwerverletzten zu halbieren.

Die Entschärfung von gefährlichen Kreuzungsbereichen, eine Verbesserung der Sichtbeziehungen und mehr Tempo 30 sind dabei wichtige Maßnahmen. Mehr Tempo 30 macht die Stadt ruhiger, sicherer, kinder- und familienfreundlicher. Andere europäische Städte zeigen uns, wie gut das geht!

Binnenschifffahrt fördern

Die Binnenschifffahrt fördern wir, wo sie ökologische Vorteile gegenüber anderen Verkehrsträgern hat. Wir setzen uns dafür ein, dass die Binnenschiffer bei der Umrüstung auf rußarme Antriebssysteme unterstützt werden.

Bremens Beitrag zum Klimaschutz

Wir unterstützen eine verantwortungsvolle und ehrgeizige Klimaschutzpolitik in Deutschland, Europa und weltweit. Aber auch hier in Bremerhaven und Bremen müssen und wollen wir unseren Beitrag dazu leisten, die Erderwärmung zumindest auf 2 Grad Celsius zu begrenzen. Klimaschutz bewahrt nicht nur die Umwelt, sondern schafft wirtschaftliche Wettbewerbsvorteile und Arbeitsplätze, im Handwerk ebenso wie in der Industrie. Unser Ziel, bis zum Jahr 2020 40 Prozent CO₂ einzusparen, können wir nur erreichen, wenn wir Energie einsparen und die Energie besser nutzen: in der Industrie, bei der öffentlichen Hand, in den privaten Haushalten und im Verkehrsbereich. Daher setzen wir weiter auf die drei „E“: die Förderung der Energieeinsparung, die Verbesserung der Energieeffizienz und den Ausbau der erneuerbaren Energien.

Unser neues Klimaschutz- und Energiegesetz gibt uns die Möglichkeit, regelmäßig zu prüfen, ob sich unser eingeschlagener Weg bewährt und wie wir nachbessern können. Eine Klimaschutz-Enquete-Kommission soll Bremens Perspektive bis 2050 weiterentwickeln. Wir gewährleisten eine gute Energieberatung für die Bürgerinnen und Bürger, für die öffentliche Hand sowie für Industrie und Gewerbe. Auch Bremerhaven leistet einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Bremerhaven ist auf Kurs „Klimastadt“. Unter diesem Dach sind verschiedene Arbeitsgruppen, Akteure und Veranstaltungen versammelt, die geeignete Maßnahmen für mehr Klimaschutz unterstützen. Durch die Eröffnung des Klimastadtbüros werden diese Aktivitäten weiter gestärkt. Eine wichtige Rolle, die Klimaschutzziele Bremens zu erreichen, spielt die anerkannte Klimaschutzagentur „Bremer Energie-Konsens“, deren Arbeit wir absichern werden.

Raus aus der Kohle ...

Die Stromerzeugung macht in Bremen rund 40 Prozent der gesamten CO₂-Emissionen aus. Bremens Strom kommt immer noch überwiegend aus alten Kohlekraftwerken. Das wollen wir Grünen ändern, denn Kohlestrom ist die Energieform mit der schlechtesten CO₂-Bilanz. Im Jahr 2013 wurde in Bremen ein Kohlekraftwerksblock abgeschaltet, weitere Kraftwerksblöcke sollen folgen. Auf Bundesebene werden wir für den Kohleausstieg kämpfen.

... und rein in die Erneuerbaren!

Die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien ist die Grundlage für eine zukunftsfähige Energieversorgung und ein Job-Motor für Bremen und Bremerhaven. Im Schulabschluss der sieben grünen Energieministerinnen und

Energieminister der Länder haben wir die Perspektiven der Offshore-Windenergie verbessert. Damit hat Bremerhaven eine gute Zukunft als Top-Standort für Offshore-Windkraft, bestehende Arbeitsplätze werden erhalten und neue geschaffen.

An Land hat sich die aus Erneuerbaren erzeugte Menge Strom von Ende 2005 bis Ende 2011 im Land Bremen vervierfacht. Das Weserkraftwerk am Weserwehr ist in Betrieb. Für den Ausbau der Windkraft werden alte durch leistungstärkere Anlagen ersetzt und neue Flächen ausgewiesen. Das Solardachkataster in Bremerhaven und in Bremen fördert die Nutzung der Sonnenenergie. Wir werden weitere Dachflächen öffentlicher Gebäude für die Solarstromerzeugung zur Verfügung stellen. Auf diese Weise können Bürgerinnen und Bürger die Energieerzeugung selbst übernehmen, und wir erhöhen die Akzeptanz der Erneuerbaren und stärken die regionale Wertschöpfung. Wir werden die Solarstromerzeugung auf der Blockland-Deponie ausbauen und aus Bio- und Grünabfällen Biogas erzeugen. Die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Bürgerschaftliches Engagement und Genossenschaften gestalten diesen Wandel aktiv mit und tragen zur Versorgung mit atomenergiefreiem Strom bei. Bürger-Energieprojekte brauchen dafür Vorrang und Planungssicherheit.

Ökologische Wärmeversorgung

Die Energiewende ist nicht nur eine Stromwende: Der Wärmebedarf von Gebäuden soll noch stärker reduziert werden, etwa durch Neubauten mit besten Standards und die energetische Sanierung der vielen Altbauten. Unser Ziel ist eine deutliche Steigerung der Sanierungsquote: Dafür werden wir unser Förderprogramm „Wärmeschutz im Wohngebäu-

debestand“ weiterentwickeln und verstärkt das Instrument der energetischen Quartierssanierung nutzen. Dabei werden wir die Stadtteilbeiräte noch stärker in die Planung dieser und anderer Klimaschutzmaßnahmen einbeziehen.

Für eine stärkere Nutzung der Erneuerbaren im Wärmebereich und eine Verknüpfung von Strom- und Wärmeerzeugung sind Wärmenetze die Voraussetzung. Um eine ökologische Wärmeversorgung unserer beiden Städte zu schaffen, wollen wir eine kommunale Wärmeplanung einführen.

Mehr Effizienz für Industrie und Gewerbe

Industrie und Gewerbe haben noch viele ungenutzte Klimaschutzpotenziale. Bessere Energieeffizienz führt auch dazu, dass die Unternehmen wettbewerbsfähiger werden. Wir Grünen setzen dabei auf Beratung, Vernetzung, z. B. in der „partnerschaft umwelt unternehmen“, und auf Förderung, wie durch das Programm „Rationelle Energienutzung in Industrie und Gewerbe“.

Die öffentliche Hand als Vorbild

Für öffentliche Gebäude gelten besonders anspruchsvolle Energiestandards, damit angesichts knapper Mittel auch in Zukunft die Energiekosten bezahlbar bleiben. Nach den Beschlüssen der Europäischen Union werden wir die Neubaustandards in den nächsten Jahren in Richtung „Nullenergiehaus“ weiterentwickeln und ein Pilotprojekt für ein „Plusenergiehaus“ als öffentliches Gebäude anstoßen, das mehr Energie selbst gewinnt, als es von außen bezieht. Die rot-grüne Koalition hat ein Energiesparprogramm über zwei Millionen Euro im Jahr aufgelegt – zusätzlich zu den Mitteln für die Gebäudesanierung. Trotzdem brauchen wir weitere Investitionen, um die öffentliche Infrastruktur zu

erhalten, und erstellen dafür einen Sanierungsfahrplan, der den Sanierungsumfang, die Kosten und den ungefähren Zeitpunkt der Sanierung festlegt. Orientierung hierfür ist das Klimaschutzziel, den Primärenergiebedarf bis zum Jahr 2050 um 80 Prozent zu reduzieren. Die Sanierung muss jedoch wirtschaftlich sein, die Mehrkosten müssen sich nach spätestens 40 Jahren rentieren.

Die Idee des Energiespar-Contractings führen wir verstärkt fort. Unsere öffentlichen Gebäude werden komplett mit Ökostrom versorgt. Der Einkauf der öffentlichen Hand unter den Aspekten Umweltschutz und sozial verantwortliche Arbeitsbedingungen wird schrittweise auf alle Bereiche ausgedehnt: vom Fuhrpark über das Papier bis hin zu „Green IT“ in der Verwaltung.

Klimaschutz und Verbraucherschutz

Die Energieversorgung muss in Bremen und Bremerhaven bezahlbar bleiben. Dabei gilt: Die eingesparte Kilowattstunde ist die beste. Deswegen gibt es in Bremen zahlreiche Beratungsangebote, die wir weiterentwickeln wollen, von der Verbraucherzentrale bis zur Bremer Umwelt Beratung. Aber es geht auch um angemessene Energiepreise. Wir setzen uns auf Bundesebene für faire Fernwärmepreise und die gerechtere Verteilung der Stromkosten ein, denn alle sollen von sinkenden Strompreisen profitieren, nicht nur die Industrie.

Klimaanpassung

Unsere wirksamen lokalen Maßnahmen können alleine nicht ausreichen, wenn wir uns auf den starken Anstieg des Meeresspiegels vorbereiten müssen. Selbst mit den besten Klimaschutzmaßnahmen wird der Klimawandel nicht mehr

vollständig aufzuhalten sein. Dies nehmen wir in Bremerhaven und Bremen sehr ernst: Denn 90 Prozent der Landesfläche und mehr als eine halbe Million Menschen werden von Deichen geschützt. Bremen muss seine Anstrengungen zur Umsetzung des Generalplans Küstenschutz konsequent fortführen: In den nächsten zehn Jahren werden 240 Millionen Euro investiert, um uns vor dem steigenden Meeresspiegel und häufigeren Sturmfluten zu schützen. Bremen muss aber auch seine Anstrengungen fortführen, die Gefahren und Risiken für die Gebiete außendeichs zu minimieren.

Bremen und Bremerhaven müssen – wie andere Städte auch – die Folgen des Klimawandels bewältigen. Künftig wird es auch in Bremen und Bremerhaven zu mehr extrem starken Regenfällen kommen. Auch ist mit zunehmenden Trocken- und Hitzeperioden im Sommer zu rechnen. Parks, Bäume, Wiesen und Freiflächen sind als natürliche Klimaauslagen der Schlüssel zur Lösung vieler Klimaprobleme. Das werden wir gerade bei der Stadtentwicklung berücksichtigen: durch die Entwicklung des Grüns, den Erhalt versickerungsfähiger Böden in unserer Stadt und die Förderung von Rückstaeinrichtungen und Dachbegrünungen. Und gemeinsam mit den Menschen im Stadtteil wollen wir Grünen weitere städtebauliche Konzepte für mehr Klimaschutz planen und umsetzen. Wir werden Initiativen unterstützen, die im Quartier Umwandlungen für ein menschenfreundlicheres und grüneres Umfeld auf den Weg bringen wollen.

Umwelt – Städte im Grünen

Bremen und Bremerhaven sind grüne Städte. Viele Parks, die Gärten der Bremer Häuser, die Kleingärten, das Grün der Deiche und auch das grüne Umland beider Städte tragen zu unserer hohen Lebensqualität bei. Wir Grünen erhalten und entwickeln den wertvollen Bestand an Parks, Grünanlagen und Stadtbäumen mit ihrem Naherholungswert und ihrer lufthygienischen und bioklimatischen Wirkung. Mit vielen sichtbaren kleinen und großen Projekten haben wir den Erholungswert der Stadtteile erhöht und Räume für die Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und älteren Menschen erhalten, verbessert und neu geschaffen. Wir Grünen wollen, dass bereits versiegelte öffentliche Flächen bevorzugt für Wohnbauprojekte angeboten und verkauft werden und öffentliche Grünflächen für die Naherholung erhalten bleiben.

Grüne für mehr und besseres Grün

Wir haben an vielen Stellen neue Parkanlagen geschaffen oder in die Jahre gekommenes Grün mit hohem Aufwand umgestaltet. Besonders zu nennen sind der neue Carl-Goerdeler-Park in der Neuen Vahr, die Neugestaltung der Grünfläche an der Rolandklinik, die Sanierung des Hohentorsparks, der Neubau des Tamra-Hemelingen-Parks und das neue Nutzungskonzept am Deichschart. Im Bremer Westen wurde zur Sicherung der Kleingartengebiete mit der Neuausrichtung als „Natur- und Freizeitbereich Bremer Westen“ begonnen. Auch für das Leitbild „Stadt am Fluss“ haben wir in Bremen und Bremerhaven neue öffentliche

Räume hinzugewonnen. Die Parkanlagen am Weserwehr, der neue Überseepark, eine groß angelegte Uferrenaturierung am Segelhafen, der neue Weserdeich in Bremerhaven und das Ende des Badeverbots in der Weser sind Beispiele dafür.

Wir ermutigen alle Bremerinnen und Bremer, ihr grünes Bremen mitzugestalten. Dazu sollen mehr Flächen für Urban Gardening bereitstehen. Baumpatenschaften und Minigärten auf verkehrsberuhigenden „Pflanznasen“, die in die Fahrbahn ragen, sind Möglichkeiten, selbst etwas im Stadtteil zu tun, ebenso wie die Begrünung von Hausdächern und Fassaden. Für solche lokalen Initiativen werden wir das Förderprogramm für die Dachbegrünung, Entsiegelung und Regenwassernutzung fortführen und weiterentwickeln. Für geeignete Quartiere halten wir eine Gründachverordnung für sinnvoll.

Wir werden gemeinsam mit den Stadtteilbeiräten, den Umweltverbänden und dem Umweltbetrieb neue Standards für unsere Parks und Grünanlagen und deren Pflege erarbeiten – für mehr Biodiversität und den besseren Schutz alter Bäume, für den Einsatz klimaangepasster und robuster Pflanzen –, aber auch um die Wünsche und Belange der Nutzerinnen und Nutzer stärker zu berücksichtigen.

Naturschutz ist Daseinsvorsorge

Wir Grünen setzen uns für saubere Luft in der Stadt ein: Die Luftqualität wird zwar immer besser, aber noch können nicht alle Grenzwerte eingehalten werden. Wir werden die Sauberkeit der Flüsse und Seen verbessern. Das nützt der Artenvielfalt und verbessert den Naherholungswert. Bremen und Bremerhaven haben in ihren grünen Gürteln wertvolle Natur- und Kulturlandschaften wie kaum andere Großstädte

zu bieten. Viele dieser Gebiete stehen unter Naturschutz. Die Flussniederungen mit den Feuchtwiesenbereichen (wie Blockland, Hollerland, Wümmewiesen, Werderland, Ochtumniederung) bieten Lebensräume für viele gefährdete Arten mit überregionaler Bedeutung. Wir wollen diese Lebensräume erhalten und langfristig sichern.

Die wichtige Funktion der Kleingärten in Bremen und Bremerhaven

Traditionell ist Bremen geprägt durch seine vielen Kleingärten, die einen Teil unserer „grünen Lunge“ ausmachen. Gleichzeitig bieten sie Rückzugsorte für Vögel und Kleintiere und ein reiches Nahrungsangebot für Wild- und Honigbienen. Wir werden die Bremische Kleingartenordnung so modernisieren, dass die Kleingärten vielfältiger genutzt werden können, die Anbauvorschriften gelockert werden und damit besonders für Familien mit Kindern attraktiver werden. Brachliegende und leerstehende Parzellen sollen gebündelt und als Kompensationsflächen vor Ort für andere Maßnahmen genutzt werden. Außerdem streben wir eine Stichtagsregelung für den Bestandsschutz von zu großen Kleingartenhäuschen an.

Mehr Bäume!

Bremen hat heute rund 10.000 Bäume mehr als vor zehn Jahren. Wir werden diesen hohen Bestand pflegen, erneuern und auch zur Artenvielfalt beitragen. Gefällte Bäume müssen weitestgehend durch Nachpflanzungen ersetzt werden, um so den Baumbestand auf hohem Niveau zu erhalten. Wir wollen mit einem Förderprogramm alte Obstbäume und lokale Sorten erhalten und dazu Beratung bieten. Beim Verkauf öffentlicher Flächen wie auch bei der Förderung von

Wohnungs- oder Gewerbebau müssen wir einen vorbildlichen Altbaumschutz durchsetzen.

Die Weser ist unsere Lebensader!

Bremens Lebensader ist die Weser. Sie prägt das Bild der Städte, ist Naherholungsgebiet und Schifffahrtsweg. Sie liefert Wasser und produziert Strom. Für den Schutz der Natur haben wir Grünen viel erreicht. Der Hochwasserschutzpolder in Bremen-Woltmershausen wurde als Naturschutzgebiet gesichert, ebenso die Binnendüne in Bremen-Nord, die Heideweiher in Bremen-Farge und die Luneplate in Bremerhaven. Wir wollen das Feuchtgrünland östlich von Bremen (Hamme-Wümme-Niederung) in enger Abstimmung mit unserer niedersächsischen Nachbarschaft mittel- und langfristig als UNESCO-Biosphärengebiet entwickeln. Für die Erlebnisqualität der Stadt am Fluss müssen Lücken der Wege an den Flussufern geschlossen werden. Die Attraktivität vorhandener Verbindungen muss durch neue Uferzugänge und Strände gesteigert werden.

Durch den Klimawandel wird der Meeresspiegel steigen. Für unsere Städte ist ein verbesserter Hochwasserschutz lebensnotwendig. In den letzten Jahren wurden auch mit Hilfe von Bundesmitteln einige Deiche erhöht. Das beschlossene Deichbauprogramm muss konsequent fortgesetzt werden. Die Weser braucht außerdem Platz, um bei stärkeren Fluten oder nach Schneeschmelzen über die Ufer treten zu können. Deshalb ist es wichtig, dass die Gebiete unbebaut bleiben, die durch Überschwemmungen gefährdet sind: für den Fluss und die Menschen, die an ihm leben.

Eine Vertiefung der Weser würde wegen der dadurch erhöhten Fließgeschwindigkeit zu Hochwasserrisiken und negativen Folgen für die Uferbereiche an Lesum und

Wümme führen. Wir Grünen wollen keine weitere Vertiefung der Weser. Die Weser ist auch Lebensraum für Fische und Vögel. Wir werden uns auch weiter dafür einsetzen, dass die Kaliwerke in Hessen ihre Salzlauge nicht weiter in die Werra und damit indirekt in die Weser einleiten dürfen. Die Flüsse versalzen und die Flussauen ebenfalls. Sie werden als Weideorte unbrauchbar. Daher fordern wir zusammen mit den anderen Weseranrainerländern für die Salzlauge eine Pipeline, die weit in die Nordsee reicht. Bremen muss in den kommenden Jahren ein engagiertes Programm auflegen, das den Gewässerschutz verbessert, die Schadstoffbelastung des Abwassers verringert und weitere Renaturierungsmaßnahmen einleitet.

Für eine grünere Landwirtschaft!

Die landwirtschaftlichen Betriebe in Bremen bieten eine wohnortnahe Versorgung mit regionalen und naturverträglich hergestellten Erzeugnissen. Wir Grünen unterstützen eine Landwirtschaft, die auf den Einsatz von gentechnisch veränderten Futtermitteln verzichtet. Die Achtung vor den Tieren muss sich in den Haltungsbedingungen niederschlagen, so wird auch der Antibiotikaeinsatz reduziert, der Mensch und Tier schadet. Unser Ziel ist es, den Anteil ökologisch bewirtschafteter Flächen deutlich zu steigern. Hierzu gehört insbesondere eine gewässer- und grundwasserschonende Flächenbewirtschaftung. Im Bremer Feuchtgrümlandring werden wir zur Sicherung der ökologischen Vielfalt und des Erholungswerts den biologischen Landbau und die Vermarktung von regional und naturverträglich hergestellten landwirtschaftlichen Erzeugnissen unterstützen.

Umweltbildung fördern!

Umweltbildung hat für uns einen hohen Rang, weil sie für die umweltpolitischen Herausforderungen sensibilisiert und damit Menschen aktiv werden: Naturbildung in Kitas und Schulen ist dabei besonders wichtig, aber auch die Förderung der Umweltbildung für Migrantinnen und Migranten. Eine weitere Ökologisierung von Veranstaltungen und Festivals, wie die Breminale und der autofreie StadTraum, sowie freie Umweltbildungsangebote sind wichtige Bausteine.

Wasser- und Bodenschutz

Das Tanklager Farge wird vom Bund nicht weiter genutzt. Er ist in der Verantwortung, die Anlagen so weit wie möglich zurückzubauen und die ökologischen Folgen der Wasserverunreinigung so gering wie möglich zu halten. Bremen hat ein großes Interesse daran, dass der Wald auf der Fläche des Tanklagers für die Bevölkerung als Naherholungsgebiet zugänglich wird. Dafür soll eine Wegeverbindung in die Bremer Schweiz geschaffen werden. Wir Grünen werden uns dafür einsetzen, dass auch weiterhin das Grundwasser und verunreinigte Böden in Bremen erfasst und saniert werden. Wir sprechen uns für ein vollständiges Fracking-Verbot aus. Wir setzen uns für einen umfassenden Schutz unseres Grundwassers und der Trinkwasserreserven Bremens und Bremerhavens ein.

Der Weg in eine ökologischere Abfallentsorgung

Moderne Abfallwirtschaft hat eine hohe Bedeutung: möglichst wenig Abfall erzeugen, möglichst viel wiederverwerten und möglichst wenig Verkehr erzeugen. Diese Vorgaben lassen sich besser durchsetzen, wenn Bremen und Bremerhaven wieder mehr Verantwortung für den Bereich Abfall-

wirtschaft übernehmen. Deshalb werden wir die anstehende Neuvergabe der Abfalllizenzen dafür nutzen, den Einfluss der Kommunen deutlich zu erhöhen. Dabei werden wir auch die heute zersplitterten Zuständigkeiten im Bereich der Stadtreinigung neu ordnen, um das Leitbild einer sauberen Stadt noch besser umzusetzen. Der Sicherung eines hohen Standards dient auch die Einführung einer Straßenreinigungsgebühr nach dem Vorbild fast aller anderen Städte.

Verbraucherschutz und Ernährung

Die Welt, in der wir leben, verändert sich mit rasanter Geschwindigkeit und hat eine noch nie dagewesene Komplexität gewonnen. Rund um die Uhr können Tausende von Produkten gekauft werden. Vielfältige Entscheidungen müssen über Gesundheit und Pflege, Textilien, Ernährung, Rentenversicherung und Finanzen, Mobilität und Energieversorgung getroffen werden.

Verbraucherschutz braucht Transparenz und Information

Verbraucherinnen und Verbrauchern fällt es dabei häufig schwer, den Überblick zu behalten und unseriöse Angebote und Geschäfte krimineller Natur zu erkennen. Der Verbraucherschutz ist hier mit seinen Auswirkungen und seinen Wechselwirkungen zu vielen anderen Bereichen (Gesundheit, Landwirtschaft, Wirtschaft, Soziales, Energie, Finanzen, Tierschutz, Umwelt, Recht und Unrecht) ein klassischer Querschnittsbereich und somit für uns Grüne ein zentrales Politikfeld.

Die wesentlichen Säulen sind der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher durch Transparenz, Aufklärung, Überwachung und Kontrolle – seien es Einfuhrkontrollen oder Betriebs- und Lebensmittelkontrollen. Diese Aufgaben müssen vom Land Bremen umfassend wahrgenommen werden. Wir Grünen haben die weitere Verbesserung der Bremer Verbraucherschutzstrategie und der staatlichen Kontroll- und Überwachungsfunktionen vorangetrieben. Wichtig war uns die Einführung einer Verbraucherschutzklausel, mit der bei Verwaltungshandeln sichergestellt sein soll, dass die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher in den Blick genommen werden. Wir Grünen werden weiterhin zu einem verbesserten Verbraucherschutz beitragen, z. B. durch Aufklärung der Konsumentinnen und Konsumenten, die Weiterentwicklung von Kennzeichnungen und aussagekräftiger Deklaration aller Waren. Ein Beispiel dafür ist unsere Initiative, für alle tierischen Produkte eine Kennzeichnungspflicht zu erreichen, die über die Form der Tierhaltung informiert.

Wir wollen Verbraucherinnen und Verbraucher auch weiterhin aktiv in ihren eigenen Kompetenzen stärken. Denn durch ihr Einkaufsverhalten können sie entscheidend beeinflussen, welche Produkte sich am Markt durchsetzen. Das setzt voraus, dass Produkte entsprechend deklariert und erkennbar sind. Für diese Orientierungsleistung ist auch eine starke unabhängige Verbraucherzentrale von hoher Bedeutung.

Gesunde Nahrung – regional und saisonal

Verbraucherschutz umfasst auch den Bereich Ernährung. Wir Grünen stehen für eine gute Ernährung und nachhaltige Nahrungsproduktion, die die Umwelt und das Klima nicht

belastet, bei der Menschen nicht ausgebeutet und Tiere nicht gequält werden. Der Bereich der öffentlichen Beschaffung soll als Vorbild wirken: In Kitas, Schulen, Krankenhäusern und Kantinen wollen wir verstärkt gesunde Ernährung fördern, mit dem Schwerpunkt auf Nahrungsmittel aus ökologischem Landbau, möglichst regional und saisonal. Tierische Erzeugnisse sollen dort nicht aus der Massentierhaltung, sondern aus artgerechterer Tierhaltung stammen. Wir wollen, dass dies schrittweise bis zum Jahr 2020 umgesetzt wird. Das nützt der Gesundheit, dem Klimaschutz und einem besseren Leben der Tiere. Ernährung hat eine globale und eine lokale Dimension. Wenn Menschen sich vegetarisch oder vegan ernähren, nützt das nicht nur dem Tierschutz, sondern es trägt auch zum Umwelt- und Klimaschutz und zur Sicherung der Welternährung bei. Schulen und öffentliche Mensen sollen deshalb eine preisgünstige vegane Alternative in guter Qualität anbieten.

Tierschutz

Tierschutz hat bei uns Grünen einen hohen Stellenwert. Wenn Tieren Leid zugefügt wird – sei es durch kriminelle Tierquälerei, durch Nahrungsmittelproduktion, durch Zurschaustellung oder nicht artgerechte Haltung – schauen wir nicht weg. Wir setzen uns für eine Verbesserung des Tierschutzes in unserer Gesellschaft ein. Wir sind nach wie vor gegen die Affenversuche an der Universität Bremen. Diese und viele andere Tierversuche halten wir für ethisch nicht vertretbar.

Heimtiere werden noch immer nicht artgerecht gehalten. Deshalb fordern wir ein neues Tierschutzgesetz

für Heimtiere, für das wir uns auf Bundesebene einsetzen werden. Damit Amtstierärzte und Amtstierärztinnen künftig mehr Handlungsspielraum bei Missbrauchsfällen haben, ist die Einführung einer solchen Gesetzesnovelle zum Schutz unserer Haustiere unerlässlich.

Für uns ist klar: Mit der Massentierhaltung und der industriellen Fleischproduktion kann es so nicht weitergehen. Der unwürdige Umgang mit sogenannten Nutztieren muss beendet werden. Es ist kein Zufall, dass sehr oft Verstöße gegen die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und gegen den Tierschutz in denselben Betrieben vorkommen, etwa in Schlachthöfen. Der Respekt vor Mensch UND Tier ist für uns Grüne Lebenseinstellung und Programm. Deshalb werden wir in einem neuen Tierschutzgesetz eine artgerechtere Haltung von Nutztieren einfordern. Damit wollen wir auch den Missbrauch von Antibiotika durch strengere Haltungs- und Behandlungsvorschriften stoppen. Die ökologische Landwirtschaft mit artgerechterer Tierhaltung hat für uns Vorrang: Wir wollen in Bremen erreichen, dass in öffentlichen Mensen Tierprodukte ausschließlich aus ökologischer Tierhaltung angeboten werden.

Ponykarussells sind von gestern!

Wir setzen uns dafür ein, dass das tierquälerische Ponyreiten auf Bremens Jahrmärkten untersagt wird. Die Körper der Ponys sind nicht auf stundenlanges Laufen im Kreis ausgelegt. Spaß auf dem Freimarkt geht auch anders! Darum fordern wir, dass in Bremen rechtliche Voraussetzungen geschaffen werden, um Ponykarussells und die Zurschaustellung anderer Tiere auf Bremischen Jahrmärkten mit Fahrbetrieben zu untersagen.

Registrierung schützt!

Wir haben in Bremen und Bremerhaven eine Kastrationspflicht für Katzen eingeführt. In Bremerhaven gibt es zusätzlich noch eine Chippflicht für Katzen. Wir setzen uns dafür ein, dass Hunde und Katzen in Bremen gechipt, registriert und durch eine Haftpflichtversicherung abgesichert werden müssen. So werden Tierheime und Tierhalter und Tierhalterinnen entlastet, weil ausgesetzte oder entlaufene Tiere schnell zu ihnen zurückgeführt werden können oder aber erneuter Tiermissbrauch künftig unterbunden werden kann.

Exoten gehören in die Natur – nicht in die Wohnung!

Aus tierschutzpolitischer Sicht halten wir die Haltung von exotischen Tieren wie Echsen, Leguane, Schlangen und Spinnen etc. für fragwürdig. Exoten haben besonders hohe Ansprüche an ihre Haltung, oftmals fehlt den Besitzerinnen und Besitzern die nötige Sachkunde über die tiergerechte Haltung. Illegaler Handel mit exotischen Tieren, besonders im Internet, ist leider keine Seltenheit. Wir wollen überprüfen, ob Exotenbörsen und -messen in Bremen noch stattfinden müssen.

Hunde und Katzen jagen?

In Bremen ist es erlaubt, in Jagdbezirken auf Hunde und Katzen zu schießen, wenn diese wildern, streunen oder jagen. Dieses Gesetz werden wir überprüfen.

Kapitel 2: **Finanzen**

Wir Grünen stehen für eine solide, soziale und generationengerechte Finanzpolitik. Wir gehen mit dem uns anvertrauten Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler verantwortlich um und setzen uns für ausreichende Einnahmen ein. Nur so kann eine moderne Demokratie funktionieren: Rechtsstaatlichkeit, Sozialstaatlichkeit und Verantwortung für die kommenden Generationen als Grundlage für Frieden und Wohlstand.

Unser Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt

Unser Bundesland Bremen hat sich auf den Weg gemacht, sich aus der Spirale immer wachsender Schulden zu befreien. Wir Grünen verpflichten uns dem Ziel, zum Jahr 2020 einen Haushalt ohne neue Kreditaufnahme zu erreichen, so wie es das Grundgesetz und die Landesverfassung mit der Schuldenbremse vorschreiben. Dafür bekommen wir jährlich 300 Millionen Euro als Hilfe vom Bund und den anderen Bundesländern, aber wir strengen uns auch selber an. Seit 2011 haben wir jedes Jahr vertragsgemäß die Kreditaufnahme gesenkt und trotzdem politische Schwerpunkte

gesetzt. Die Ausgaben für die Betreuung von Kindern von 0 bis 6 Jahren haben sich in unserer Regierungszeit seit 2007 von 82 Millionen Euro auf 153 Millionen Euro pro Jahr fast verdoppelt. In Bremen und Bremerhaven haben wir jetzt mehr Lehrkräfte bei gesunkenen Zahlen an Schülerinnen und Schülern und setzen so die Schulreform um; und wir haben mehr Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte als im Jahr 2007. Wir geben mehr Geld für die Universität und die Hochschulen aus sowie für Kinder und Jugendliche, die in ihrem Elternhaus nicht genügend gefördert werden können.

Bremens Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt ist das wichtigste finanzpolitische Vorhaben der nächsten Jahre. Das ist eine Herausforderung, vor der wir Grünen uns nicht verstecken. Auch deshalb haben wir die Schuldenbremse in der Bremischen Landesverfassung verankert – wir meinen es ernst. Aber die schwierigsten Jahre liegen noch vor uns. Wir sagen offen, dass es auch in Zukunft zu teils schmerzhaften Veränderungen kommen muss. Wir haben nie gesagt, dass Sparen von niemandem bemerkt werden wird. Sparen ist für uns kein Selbstzweck, sondern hilft, auf die Herausforderungen der Zeit zu reagieren und Vorsorge für die Zukunft zu treffen. Gewohntes muss immer wieder auf den Prüfstand gestellt werden. Es ist immer möglich, die Arbeit besser und effizienter zu organisieren, und nicht jede staatliche Förderung ist unbefristet sinnvoll, wenn sie nicht auf gesellschaftliche Veränderungen reagiert. Der Blick darauf ist keine Zumutung, sondern für uns Grüne eine Selbstverständlichkeit. Dabei beachten wir besonders die soziale Lage in unseren Städten.

Wir können es schaffen: Unter der Voraussetzung einer anhaltend positiven Entwicklung der Steuereinnahmen und mit der Hilfe der angekündigten Entlastungen für die Länder

und Kommunen durch den Bund gibt es eine realistische Chance, die Schuldenbremse ab dem Jahr 2020 einzuhalten.

Wir Grünen setzen verstärkt auf Kooperation, Transparenz und einheitliche Leistungsstandards in Bremen und Bremerhaven. Den bestehenden Finanzausgleich innerhalb des Bundeslandes Bremen, der in besonderer Weise die Probleme Bremerhavens berücksichtigt, werden wir in diesem Sinne weiterentwickeln.

Eine stabile Einnahmebasis ist unverzichtbar für den Sanierungsweg Bremens. Wir haben in der Vergangenheit gezeigt, dass wir unsere eigenen Möglichkeiten konsequent nutzen: Die Gewerbesteuer und die Grunderwerbsteuer wurden erhöht, und wir haben eine CityTax auf touristische Übernachtungen eingeführt, die kulturellen Einrichtungen zugutekommt. Beiträge und Gebühren werden regelmäßig angepasst. Die schon in vielen Städten erhobene Straßenreinigungsgebühr wollen auch wir einführen und umsetzen. Steuerbetrug muss gesellschaftlich geächtet, bestraft und – möglichst – verhindert werden. Wir unterstützen weiterhin den Kauf von Steuer-CDs mit Insider-Informationen von ausländischen Banken und arbeiten an Regelungen mit, die verhindern, dass sich Steuerbetrüger und Steuerbetrügerinnen hinter dem Bankgeheimnis verstecken können. In Bremen fördern wir eine leistungsfähige und gut ausgestattete Steuerverwaltung und streben häufigere Betriebsprüfungen an.

Starker und effizienter öffentlicher Dienst

Wir Grünen stehen für eine moderne und kosteneffiziente Verwaltung und haben schon viel verändert. Das BürgerInnen-telefon funktioniert vorbildlich und hat eine hohe Dienstleistungsqualität. Bremen bündelt seinen Einkauf und bevorzugt öko-faire Produkte. Mit verstärktem IT-Einsatz modernisieren wir die Verwaltung. Die Zusammenlegung der Finanzämter, die Einführung der elektronischen Fallakte und eine Zuwendungsdatenbank, die Transparenz schafft und das Verwaltungsverfahren optimiert, sind Verbesserungen, auf die wir Grünen stolz sind. So muss es weitergehen.

Wir Grünen stehen für einen starken und verlässlichen öffentlichen Dienst. Der Staat kann nicht in allen Bereichen mit der Bezahlung in der Wirtschaft mithalten, aber wir bieten neben Sicherheit auch andere Vorteile: Familienfreundlichkeit, gute Aufstiegschancen – gerade für Frauen –, ein Recht auf Fortbildung und flexible Arbeitszeiten. Das sind die wichtigsten Pluspunkte, mit denen wir werben. Selbstverständlich wollen wir wie bisher die Beschäftigungsquote für schwerbehinderte Menschen übererfüllen. Wir werben gezielt um Menschen mit Migrationshintergrund als Nachwuchs für unter anderem Kindertagesheime, die Polizei oder das Stadtamt. Wir werden auch in Zukunft die Anzahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst verringern müssen. Wir Grünen stehen dafür, dass wir das möglichst in den Bereichen tun, in denen es um die Verwaltung des Staates selbst geht – und weniger in den Bereichen, in denen Dienstleistungen für die Menschen in unseren Städten erbracht werden. Unter anderem wegen der in den nächsten

Jahren weiter ansteigenden Pensionszahlungen ist der Beamtenstatus im Haushaltsnotlageland Bremen ist langfristig ein finanzpolitisches Thema. Die einheitliche Besoldung in Deutschland aufzugeben, war ein Fehler. Wenn sich eine politische Chance ergibt, sie wiederherzustellen, werden wir sie nutzen. Wir werden grundsätzlich weiter die Frage stellen, ob und in welchem Umfang über den sogenannten hoheitlichen Bereich hinaus verbeamtet werden muss.

Öffentliche Investitionen

Erhaltungsinvestitionen in bestehende öffentliche Gebäude und Straßen sollen weiterhin Vorrang haben vor neuen Vorhaben. Dabei achten wir darauf, welche Folgekosten mit den Investitionen verbunden sind. Wir werden dort investieren, wo wir mittel- und langfristig Kosten senken. Wir wollen, dass die Investitionen im Bremer Haushalt einzeln ausgewiesen werden. Das erleichtert die parlamentarische Kontrolle und ermöglicht Diskussionen über die Schwerpunkte: Was steht in seiner Wichtigkeit an erster Stelle, und was kommt danach? Bundespolitisch setzen wir uns für Förderprogramme ein, die die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude unterstützen.

Öffentliche Unternehmen sind erfolgreich

Wir haben die Landesverfassung so geändert, dass Privatisierungen nur von den Bürgerinnen und Bürgern selbst

beschlossen werden können. Wir Grünen bekennen uns zu den wichtigen und wertvollen Gesellschaften Bremens: der Bremer Lagerhaus Gesellschaft, der Gewoba und der Bremer Landesbank. Hier – und in kleineren, weniger bekannten Gesellschaften – zeigen wir, dass Unternehmen der öffentlichen Hand erfolgreich und verantwortungsbewusst sein können. Sie tragen zur Sicherung von Arbeitsplätzen und einer attraktiven Wirtschaftsstruktur bei und erwirtschaften Gewinne für den Bremer Haushalt. Wir stehen aber auch zu dem steinigen Weg der Konsolidierung der kommunalen Krankenhäuser.

Bremen hat jedoch in der Vergangenheit – sehr häufig gegen die grüne Opposition – Staatstätigkeit in private Gesellschaften ausgelagert. Wir befinden uns heute mitten in einem Prozess der Überprüfung dieser Privatisierungen. Mit der neuen Beteiligung an den Versorgungsnetzen haben wir ein erstes Ausrufezeichen gesetzt. Wir Grünen treten für Rekommunalisierung ein, wenn sie sich als gesellschaftlich sinnvoll erweist. Weder sind wir damals auf der Privatisierungswelle gesurft noch vertreten wir heute unkritisch eine Rekommunalisierung um jeden Preis. Entscheidend ist für uns einzig und allein das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an effizienten Dienstleistungen, moderaten Gebühren, guten Arbeitsplätzen und der Orientierung am ökologischen und sozialen Gemeinwohl als Prinzip wirtschaftlichen Erfolgs.

Transparente Haushalts- und Finanzpolitik

Moderne Haushalts- und Finanzpolitik ist transparent und verständlich. Wir werden nicht nachlassen dafür zu werben, dass viele Bürgerinnen und Bürger sich in Haushaltsangelegenheiten einmischen. Mit uns Grünen gibt es keine Schattenhaushalte oder eine Verschleierung künftiger Kosten. Stadtteilen und ihren gewählten Beiräten stehen laut Gesetz in bestimmten Bereichen Stadtteilbudgets zu. Hier wollen wir in den kommenden Jahren zu genaueren Festlegungen kommen, um den Beiräten die Ausübung ihrer Entscheidungsrechte zu erleichtern.

Solidarität im Bund

Gegenwärtig haben auf der Bundesebene die Verhandlungen um den Länderfinanzausgleich begonnen. Bremen muss sich selbstbewusst und im Bündnis mit anderen einbringen. Wir bekennen uns zum Solidarprinzip des Finanzausgleichs. Der von Bayern und Hessen in ihrer Klage angestrebte Wettbewerbsföderalismus wird am Ende nur Verlierer hervorrufen, weil für ganz Deutschland ein einheitlicher Rechts- und Sozialraum ein hohes Gut ist. Die Einwohnerwertung für die Stadtstaaten wollen wir verteidigen.

Wir Grünen wissen aber auch, dass die Einhaltung der Schuldenbremse und ein gerechter Länderfinanzausgleich nur zwei Voraussetzungen für eine dauerhafte finanzielle Handlungsfähigkeit unseres Bundeslandes sind. Um Bremen dauerhaft zu sanieren, brauchen wir eine solidarische

Lösung für unsere Altschulden in Höhe von über 20 Milliarden Euro. Im Vergleich zu anderen Bundesländern müssen wir viel zu viel Geld für Zinsen bezahlen, das wir nicht in gute Schulen, Hafeninfrastuktur oder Kindergärten stecken können. Auch deshalb ist es so wichtig, dass Bremen den Sanierungsweg ernsthaft und erfolgreich beschreitet und die Grundlage für die Bereitschaft der anderen Länder und des Bundes legt, einen Teil der Schulden gemeinschaftlich – möglichst über eine Neuausrichtung des Solidaritätszuschlags – zu übernehmen.

Bremen ist auch in Zukunft auf stabile Einnahmen angewiesen. Deshalb arbeiten wir auf Bundesebene konstruktiv an einer verfassungsfesten Reform der Erbschaftsteuer mit, die den Ländern höhere Einnahmen einbringt. Das Bremer Modell einer Grundsteuer, die sich an dem realen Wert eines Grundstücks und eines Gebäudes orientiert, wird bundesweit diskutiert. Diese Reform sorgt für mehr Gerechtigkeit und wirkt gegen eine Spekulation mit Bauland.

Starke Schultern können mehr tragen als schwache. Dem wird im Steuerrecht mit dem Grundsatz der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit Rechnung getragen. Wir Grünen arbeiten in Bremen und Berlin an einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes und einer verfassungsfesten Vermögensteuer. Auf europäischer Ebene setzen wir uns weiterhin für die Einführung einer Finanztransaktionsteuer ein, um Spekulationen im Finanzsektor einzudämmen.

Kapitel 3:

Bildung, Wissen und Kultur

Mehr Bildungsgerechtigkeit

Auf den Bereich der Bildung haben wir Grünen bisher einen Schwerpunkt gelegt und werden dies weiterhin tun. Bei der Umsetzung der Inklusion, der Einführung von Ganztagschulen und bei der Sprachförderung haben die Schulen gute Arbeit geleistet. Die weitere Qualitätssteigerung in diesen Bereichen wird ein Schwerpunkt in der nächsten Wahlperiode sein. Dafür ist es auch wichtig, dass die Lehrerinnen und Lehrer sowie das pädagogische Personal in ihrer anspruchsvollen Arbeit intensiv unterstützt werden. Inzwischen haben mehr als die Hälfte unserer Schulanfängerinnen und Schulanfänger einen Migrationshintergrund. Eine inklusive Schule stellt sich den daraus erwachsenden Aufgaben. So lernen zum Beispiel alle Kinder gemeinsam im Unterricht alle Religionen kennen. Bildungschancen und Schulerfolg dürfen nicht von der familiären Situation, der Herkunft oder dem sozialen Umfeld abhängen. Mit dem weiteren Ausbau von Quartiersbildungs- bzw. Familienzentren fördern wir Chancengerechtigkeit.

Inklusion für eine Gesellschaft ohne Ausgrenzung!

Wir Grünen wollen eine Gesellschaft ohne Ausgrenzung. Eine wichtige Grundlage dafür ist die inklusive Schule. Deutsch-

land hat die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen in deutsches Recht übernommen und sich damit verpflichtet, sich zu einem inklusiven Land zu entwickeln. Wir verstehen unter Inklusion die Aufnahme aller Menschen in ihrer Vielfalt. Bremen belegt im Vergleich der Bundesländer den Spitzenplatz bei der inklusiven Beschulung. Davon können Schülerinnen und Schüler mit und ohne Förderbedarf profitieren. Entscheidend für eine hohe Akzeptanz der Inklusion ist es, dass wir die Herausforderungen kritisch annehmen, vor die die Schülerinnen und Schüler, die Eltern und die Lehrerinnen und Lehrer gestellt werden. Ziel grüner Politik ist es, im engen Austausch mit allen unmittelbar Beteiligten die Qualität der Schulen weiter zu erhöhen und so den begonnenen Weg gemeinsam weiterzugehen. Durch eine transparentere Lehrerstundenzuweisung an die Schulen, die freigemachten Bundesfinanzmittel und durch mehr Stellen für Inklusion werden wir die Ausstattung, die Professionalität und die Qualität der Schulen verbessern. Wir werden den Entwicklungsplan Inklusion weiterführen und Qualitätsstandards für inklusive Beschulung definieren.

Ganztagsschulen flächendeckend ausbauen!

Es werden mehr Ganztagsschulen eingerichtet und die schon bestehenden weiterentwickelt, weil sie mehr Raum für individuelle Förderung und differenzierte Lern- und Lehrmethoden bieten. Ganztagsschulen sind der richtige Weg, eine „Schule für alle“ zu etablieren. Nur so können alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft gute Startchancen für ihren Bildungsweg haben. Unsere Ziele sind ein flächendeckendes Angebot und einheitliche Standards. Dabei erfordert der Auftrag der besseren individuellen Förderung den Einsatz von Sozialpä-

dagogInnen und SozialarbeiterInnen an Schulen, SonderpädagogInnen für die Inklusion, Fortbildung für Lehrende und die Einbindung neuer Lernkulturen. Dabei ist eine stärkere Öffnung der Schulen zu ihren Stadtteilen wichtig.

Auf den Anfang kommt es an!

Wir fördern frühkindliches Lernen und eine engere Verzahnung von Kindergarten und Grundschule. Dazu gehören eine verbindliche Zusammenarbeit aller beteiligten Institutionen, die Weiterentwicklung der Sprachförderung von Anfang an und die Entwicklung eines gemeinsamen Bildungsplans für Kindergarten und Grundschule. Der Übergang soll für die Kinder leicht und für die Eltern verständlich sein. Die Intensivierung der Arbeit mit den Eltern soll daher ein Schwerpunkt der nächsten Zeit werden.

Schulreform mit allen Beteiligten gemeinsam fortsetzen

Die Schulreform ist auf einem guten Weg. Wenn alle Beteiligten mitgenommen werden, kann sie zu einem erfolgreichen Bildungssystem führen. Schulen sollen mit Eltern, Schülern und Schülerinnen, der Behörde und der Politik gemeinsam auf Augenhöhe an ihrem Ziel arbeiten. Der parteiübergreifende Bildungskonsens, der bis 2018 festgeschrieben ist, hat sich sehr bewährt, indem er den Schulen Ruhe und Sicherheit für ihre Entwicklung gegeben hat. Auf dem Weg zum längeren gemeinsamen Lernen in einer „Schule für alle“ muss die Reform nun evaluiert und bewertet werden. Auf dieser Grundlage wollen wir die weiteren Entwicklungsschritte über das Jahr 2018 hinaus möglichst von neuem im politischen Einvernehmen festlegen.

Die Bremer Oberschulen sind attraktiv, weil dort alle Schulabschlüsse gemacht werden können. Sie bieten allen

Kindern und Jugendlichen eines Stadtteils differenzierende und individualisierte Lernformen und ermöglichen es, dass Entscheidungen über Schulabschlüsse spät gefällt werden können. Häufig wird die Möglichkeit gewählt, dort das Abitur nach 13 Jahren zu machen. Die durchgängigen Gymnasien müssen ebenfalls neue Lehr- und Lernkulturen einbeziehen und sich mehr auf Inklusion einstellen.

Alle Schulen sollen ein Qualitätsmanagement einführen, damit Abläufe in der schulischen Organisation verlässlich strukturiert werden. Evaluationen sollen helfen, zu Bewertungen von Schule zu kommen.

Übergänge, Berufsschulen, Sek II

Mit der Einführung von Jugendberufsagenturen haben wir einen guten Weg eingeschlagen, um Jugendliche nach der Schule abschlussbezogen mit bedarfsgerechten Angeboten zu erreichen. Wichtig sind Angebote zur Beratung und Begleitung von Schülern und Schülerinnen zur Motivation und zur Orientierung, so dass sie ihre Talente entdecken können.

Die Berufsschulen im Land Bremen sind bundesweit für ihre hervorragende Arbeit anerkannt. Die personelle Ausstattung muss erhalten bleiben, um die Qualität zu sichern. Durch die Einführung der Werkschulen konnte die Anzahl der Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher deutlich gesenkt werden.

Den Schulen mehr Verantwortung übertragen!

Die Schulleitungen und Schulkonferenzen wissen am besten, wie es in ihrem Stadtteil aussieht. Sie sollten selbst entscheiden können, welches Personal zu ihnen passt oder nach welchem Konzept der Unterricht gestaltet wird. Die Einzelschulen sollen selbständig über ein Budget verfügen, um bei Unterrichtsausfall schnell und effizient reagieren zu können,

wie es bereits in beruflichen Schulen erfolgreich praktiziert wird. Diesen Prozess wollen wir behutsam und gemeinsam mit den Schulen gestalten.

Lehrkräfte und pädagogisches Personal sind die Basis für den Erfolg!

Schulen brauchen bestmöglich ausgebildete, motivierte und gesunde Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Deswegen wollen wir Grünen bereits bei der Aus- und Fortbildung die richtigen Weichen für eine chancengerechte und inklusive Schule stellen. Eine gezielte Weiterbildung beinhaltet die Förderung der Zusammenarbeit von Lehrkräften und pädagogischem Personal untereinander und die Ausweitung der Eigenständigkeit der Schulen. Die Fortbildung von Lehrkräften, auch in interkultureller Kompetenz, wollen wir stärken und generell verbindlicher gestalten. Uns ist es wichtig, insbesondere in Ganztagschulen Rückzugsmöglichkeiten für Lehrkräfte einzurichten.

Digitale Medien an Schulen

Im Schulunterricht spielen zunehmend digitale Medien eine Rolle. Damit sich der Einsatz von Medien und die digitale Medienbildung an den Schulen zu einem selbstverständlichen Teil des Unterrichts entwickeln, müssen die technischen Voraussetzungen verbessert werden: Wir wollen die IT-Ausstattung und -Pflege an den Schulen standardisieren und regelmäßig modernisieren. In den Schulen wollen wir grundsätzlich erlauben, eigene Laptops und Tablets in den Unterricht mitzubringen und zu nutzen. Die Infrastruktur muss dafür angepasst werden. Der Zugang zum Internet soll über WLAN an allen Bremer Schulen, wie bisher schon an den Hochschulen, einheitlich gestaltet sein.

Schulen in freier Trägerschaft

Wir stehen für ein vielfältiges Schulsystem. Die Schulen in freier Trägerschaft bereichern die Schullandschaft durch ihre besonderen Profile. Wichtig ist, dass auch diese Schulen offen für alle Kinder und Jugendlichen bleiben und sich den Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention stellen. Ein abgestimmtes Konzept aller Schulstandorte sollte die Schulen in freier Trägerschaft enthalten.

Der Bund steht bei Bildungsfragen in der Verantwortung!

Gute Schulen brauchen auch sozialpädagogische oder therapeutische Fachkräfte. Hier steht der Bund in der Verantwortung: Er muss Geld für gerechte Bildung zur Verfügung stellen. Daher setzen wir uns für die vollständige Abschaffung des Kooperationsverbots von Bund und Ländern ein.

Hochschule, Wissenschaft und Forschung

Die Wissenschaftseinrichtungen im Land Bremen sind heute bundesweit und international hoch anerkannt. Der Wissenschaftsrat hat unseren Hochschulen eine hohe Leistungsfähigkeit bescheinigt. Mit dem Alfred-Wegener-Institut ist das Zentrum der deutschen Polarforschung in Bremerhaven angesiedelt. Unsere Hochschulen sind für junge Menschen hochattraktiv. Aktuell sind ca. 35.000 Studierende eingeschrieben. Insgesamt schafft unser Wissenschaftssystem rund 21.000 direkte und indirekte Arbeitsplätze.

Hochschulfinanzierung

Trotz der Haushaltsnotlage sind wir davon überzeugt, dass wir in gute Bildung für Studierende investieren müssen. Deshalb haben wir in den letzten vier Jahren das Programm „Gute Lehre“ mit 7,5 Millionen Euro jährlich verstetigt. Für die Haushalte der Jahre 2014/15 haben wir zudem insgesamt 4,8 Millionen für die Verbesserung der Lehre und zusätzlich 9 Millionen Euro für Sanierungsmaßnahmen bereitgestellt. Außerdem wurde der Wissenschaftshaushalt von Tarifsteigerungen, der Kofinanzierung der Exzellenzinitiative sowie Mehrkosten der überregionalen Forschungsförderung entlastet. Der Wissenschaftsplan 2020 versucht, die Entwicklungen mit Augenmaß und Verantwortung weiter zu gestalten. Mit ihm haben wir ökonomisch verlässliche Rahmenbedingungen geschaffen und werden mit den Hochschulen mehrjährige Verträge verhandeln. Für gute Hochschulen kann das Land jedoch finanziell nicht allein verantwortlich sein. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene weiter für eine Neuordnung der Wissenschaftsfinanzierung zwischen Bund und Ländern, die gerechtere Ausfinanzierung und Fortsetzung des Hochschulpakts bis zum Jahr 2025 und die Aufstockung und Weiterfinanzierung der Hochschulbauförderung ein.

Die freiwerdenden BAFÖG-Mittel aufgrund der Finanzierungsübernahme durch den Bund ermöglichen es uns, einen Zukunftsfonds für Studium und Lehre einzurichten sowie weitere Investitionen im Bereich Hochschulen und Studentenwerk zu tätigen. Wir machen uns dafür stark, dass die Universität Bremen die Chance auf eine zweite Runde in der Exzellenzinitiative bekommt. Verstärkte Kooperationen mit der Universität Oldenburg, der Metropolregion und der Jacobs University nützen dem Standort. Wir Grünen stehen

zum Kompromiss zur Finanzierung der Jacobs University. Weitere öffentliche Gelder wird es nicht mehr geben.

Verlässliche Arbeitsbedingungen an den Hochschulen

Die Situation vieler wissenschaftlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist nicht zufriedenstellend. Befristete Verträge im wissenschaftlichen Mittelbau bringen aus Sicht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie im Bereich der Forschung und Lehre Unsicherheit und prekäre Arbeitsbedingungen mit sich. Mit unserer Initiative zum Wissenschaftszeitvertragsgesetz haben wir auf mehr unbefristete Verträge und verlässlichere Arbeitsbedingungen in Zeitverträgen gedrängt und dies im Wissenschaftsplan 2020 festgelegt. Mit den Gewerkschaften werden wir darüber im Gespräch bleiben.

Studienbedingungen verbessern

Wir Grünen wollen das zahlenmäßig hohe Niveau unserer Studienanfängerplätze halten und die realen Chancen für mehr Menschen mit unterschiedlichen Bildungsverläufen, Lebensentwürfen oder auch Einschränkungen für ein erfolgreiches Studium und eine wissenschaftliche Karriere verbessern. Wir wollen, dass mehr Studierwillige aus Arbeiterfamilien, mit Migrationshintergrund oder Berufserfahrene ohne Abitur den Weg an die Hochschulen schaffen. Daneben soll Flüchtlingen der Zugang zu den Bremischen Hochschulen als ordentliche Studierende ermöglicht werden. Studierende mit Kind, mit zu pflegenden Angehörigen oder Handicaps bedürfen unserer besonderen Unterstützung. Auch ältere Menschen entdecken immer mehr die Chancen eines Studiums. Es ist verstärkt zu berücksichtigen, dass heute mehr Menschen ein duales Studium, ein Studium in Teilzeit

oder ein Weiterbildungsstudium absolvieren möchten. Hierfür müssen die Studienprogramme, die im Rahmen des Bologna-Prozesses überfrachtet worden sind, überarbeitet werden, um sie den Bedürfnissen der Studierenden anzupassen. Deshalb wollen wir Grünen das Angebot dualer Studiengänge sukzessive ausbauen, ein Teilzeitstudium, das nicht nur formal, sondern auch faktisch möglich ist, und die bessere Vereinbarkeit von Studium und Familie; hierzu braucht es an den Hochschulen ausreichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten.

Ein erfolgreiches Studium darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen! Wir Grünen setzen uns deshalb dafür ein, dass künftig das Kindergeld den Studierenden direkt ausbezahlt wird – unabhängig von ihren Eltern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die BAföG-Sätze angehoben werden und der Kreis der Bezugsberechtigten ausgeweitet wird.

Auch in Bremen wird bezahlbarer Wohnraum immer knapper. Deshalb wollen wir mit dem Studentenwerk und gegebenenfalls mit öffentlichen und privaten Wohnungsbaugesellschaften neuen studentischen Wohnraum schaffen.

Es ist uns wichtig, dass Studentinnen und Studenten mit hoher Qualität studieren und erfolgreich abschließen können. Wir stehen zu den ursprünglichen Zielen der Bologna-Reform. Den aktuellen Stand der Umsetzung der Reform kritisieren wir jedoch: So muss die Anrechenbarkeit von Studienleistungen weiter erleichtert und die Rahmenbedingungen für Auslandssemester müssen verbessert werden; die Zahl der Prüfungen muss reduziert, die zeitlichen Anschlüsse müssen optimiert werden. In diesem Zusammenhang setzen wir uns auch dafür ein, dass ein Bachelorstudium künftig auch sieben oder acht Semester umfassen kann.

Durch das Verfassungsgerichtsurteil zur Drittelparität der in Hochschulgremien vertretenen Gruppen sind den Mitentscheidungsbefugnissen bei Angelegenheiten der Lehre und Forschung klare Grenzen gesetzt. Wir wollen, dass die demokratische Teilhabe von Studierenden im Bereich der allgemeinen Hochschulangelegenheiten ausgeweitet wird. Darüber hinaus setzen wir uns für die ehrenamtliche Funktion einer/s studentischen Konrektorin/Konrektors ein.

Frauenförderung an Hochschulen

Obwohl die Hälfte derjenigen, die einen Hochschulabschluss machen, Frauen sind, nimmt ihr Anteil – trotz diverser Förderprogramme – bis zur Professur rapide ab. Die Zahl der Berufungen qualifizierter Frauen – insbesondere in den MINT-Bereichen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technische Bereiche) – muss sich deutlich erhöhen.

Wir wollen, dass wissenschaftliche Innovationen über die Hochschulen hinaus Impulse bieten. Deshalb haben wir die Bedingungen für den Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Unternehmen sowie öffentlichen Einrichtungen verbessert. Gleichzeitig erwartet die Öffentlichkeit Transparenzregelungen darüber, was mit welchem Geld an öffentlichen Hochschulen erforscht wird. Diese Transparenzregelungen schaffen wir im Hochschulgesetz. Hier verankern wir auch die Zivilklausel.

Weiterbildung – Chancen auf gute Bildung ein Leben lang!

Die Wissensgesellschaft und lebenslanges Lernen stellen auch besondere Anforderungen an die Weiterbildung. Bremen ist ein Land mit einer breit aufgestellten und qualitativ hochwertigen Trägerlandschaft. Der Weiterbildungsbereich muss Angebote vorhalten, die persönliche Entwicklung, gesellschaftliche Teilhabe und berufliches Fortkommen garantieren. Dazu muss es besser abgesichert werden, um höhere Planungssicherheit zu haben.

Mit der Neufassung des Bremischen Weiterbildungs-gesetzes haben wir bereits festgelegt, dass wir uns am europäischen Referenzrahmen für lebenslanges Lernen orientieren wollen. Darin werden Schlüsselkompetenzen in Mutter- und Fremdsprachen, Mathematik, Informationstechnologie, Lernen, Gesellschaft, Eigeninitiative und Kultur beschrieben.

Erfolgreiche Schwerpunkte in der Weiterbildung waren in den letzten Jahren die Alphabetisierung und die Grundbildung, die fortgeführt werden sollen. Daneben müssen Angebote der allgemeinen und der politischen Bildung vorgehalten werden. Bei der beruflichen Weiterbildung haben wir besonders Menschen mit begrenzten eigenen Ressourcen (Alleinerziehende, Langzeitarbeitslose etc.) im Blick. Darüber hinaus sollte berufliche Weiterbildung besser mit betrieblicher Weiterbildung verknüpft werden, wodurch mehr Wirkung entfaltet wird und Bildungsstandards eingehalten werden. Hier dürfen die Agenturen für Arbeit und die Jobcenter nicht aus der Verantwortung gelassen werden.

Auch in den nächsten Jahren soll dies ein Schwerpunkt unserer Arbeit sein. Unser Ziel ist: Alle Bremerinnen und

Bremer sollen die Möglichkeit haben, richtig lesen und schreiben zu können und über ein solides Basiswissen zu verfügen! Gemeinsam mit Fachleuten und den Weiterbildungseinrichtungen wollen wir erarbeiten, was dieses Basiswissen umfassen soll. Und wir wollen verstärkt Stadtteilinitiativen als Bildungsbotschafter gewinnen, die den Menschen den Weg in Weiterbildungskurse ebnen. Dabei bleibt die Volkshochschule ein zentraler Träger von Weiterbildungsangeboten.

Erwachsene haben ganz unterschiedliche Ansprüche an Bildung. Sie können vom Bildungsstand, dem sozialen oder beruflichen Hintergrund, dem Alter sowie der Herkunft geprägt sein. Deshalb wollen wir Grünen in der öffentlich finanzierten Weiterbildung darauf achten, dass die Angebote die unterschiedlichen Zielgruppen erreichen und deren Möglichkeiten berücksichtigen. Dazu gehört auch die Anerkennung interkultureller Einrichtungen als Weiterbildungsträger. Weiterbildung muss für Frauen, Männer, Alte, Junge, Alleinerziehende, Menschen mit Migrationshintergrund, Behinderte, politisch-, beruflich- und allgemeinbildungsorientierte Menschen Angebote machen. Es hat sich gezeigt, dass die von uns beschlossenen Ziele mit der gegenwärtigen Förderhöhe nur sehr eingeschränkt erreicht werden können. Deshalb ist der Förderanteil zu erhöhen, weil diese Kurse auch eine hohe Bedeutung für die Beschäftigungsfähigkeit und damit für die Armutsprävention haben.

Den Bildungsurlaub wollen wir weiter für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufwerten. Für gute Weiterbildung bedarf es einer gebündelten Weiterbildungsstrategie aus einer Hand.

Kultur als Fundament urbaner Entwicklung und lebenslangen Lernens

Wir verstehen Kunst, Kulturentwicklung und Kulturwirtschaft als wesentliche Elemente der Stadtentwicklung und der sozialen Teilhabe. Künstlerinnen, Künstler und Kulturschaffende erspüren gesellschaftliche Entwicklungen und machen sie erfahrbar.

Kulturentwicklung steht für uns Grüne im Schnittpunkt von Stadtentwicklung, Bildungs- und Sozialpolitik. Neue Soziokulturen sind Entwicklungslabore auch für die Integrations- und Familienpolitik und bei der Digitalisierung der Gesellschaft. Theater-, musik- und museumspädagogische Angebote fördern unser Ziel, Kunst und Kultur für jeden Menschen zugänglich zu machen. Gemeinwohlorientierte Projekte sind wichtige Schnittstellen zur Kreativwirtschaft und für ortspolitische Diskurse. Auch die Absicherung von „Breminale“ und „La Strada“ sowie die Neuausrichtung des Bremer Theaters, der Kunsthalle und der Schwankhalle sowie der beiden großen Orchester stärken Bremen als Kulturstadt und unterstützen die angestrebte Neuausrichtung des Stadtmarketings.

Förderung für alle Kulturen

Wir wollen das am ehemaligen Güterbahnhof gewachsene Kreativzentrum kulturell und städtebaulich absichern. Die Jugendkulturen sollen ein Schwerpunkt der Projektförderung und der Kulturentwicklung werden, dazu gehören auch verlässliche Standortentscheidungen und Förderungen

der Gesellschaft für aktuelle Kunst (GAK) und des „Zuckerwerks“. Wir wollen die Tanzförderung neu aufstellen und neue Impulse vor allem im Bereich Literatur und in der „fernsehfernen“ Medienförderung geben. Wir wollen eine Kulturförderung, die alle Kulturen wahrnimmt und ihren künstlerischen Ausdrucksformen Raum zur Entfaltung gewährt.

Breite Teilhabe an Kultur

Wir Grünen wollen die Arbeit der Bürgerhäuser reformieren und stützen. Dazu soll ein Programm „KünstlerInnen in die Quartiere!“ aufgelegt werden, mit dem künstlerische Ensembles und Projekte zeitweise an Bürgerhäuser gebunden werden, um diese mitzuentwickeln und zu bespielen. Die Bürgerhäuser sollen dabei als Orte informeller Bildung Schwerpunkte bilden. Wir wollen eine konsequente Wochenendöffnung aller Kultureinrichtungen – von den Bürgerhäusern bis zur Stadtbibliothek – erreichen, um vor allem Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen und Familien gemeinsame Kulturerlebnisse zu ermöglichen. Wir setzen uns weiter ein für eine breite Teilhabe auch durch kostenlose Open Airs und Veranstaltungen, selbstbestimmte Eintrittspreise und soziale Ticketangebote.

Kooperationen der Museen

Wir Grünen wollen die Arbeit der kulturgeschichtlichen Museen – Überseemuseum und Focke-Museum – auf Schnittmengen und Synergien in ihren Konzepten, beim Personal, beim Marketing und bei den Zielgruppen überprüfen und – wo es sinnvoll ist – zusammenführen. Den entsprechenden Prozess zwischen dem Neuen Museum Weserburg und der Kunsthalle wollen wir fortsetzen, wobei die konzeptionelle

Arbeit an Ausstellungen und kultureller Bildung Vorrang hat vor Fragen der personellen Hierarchie. Oberstes Ziel dabei bleibt aber die programmatische Eigenständigkeit der künstlerischen und inhaltlichen Konzepte der vier großen Bremer Museen. Und dabei muss die selbstständige Arbeit der angeschlossenen kleineren Einrichtungen, der Gesellschaft für aktuelle Kunst (GAK) und des Studienzentrums Künstlerpublikationen, unabhängig vom Standort gesichert werden.

Kulturelle und Medienbildung verzahnen

Kulturelle und künstlerische Bildung, Medienbildung und die Vermittlung von Medienkompetenzen müssen eng verknüpft werden, denn dabei geht es um Ausdrucksfähigkeit und Filter- und Konsumkompetenz. Für entsprechende generationenübergreifende Angebote wollen wir die für Bürgermedien und zur Medienförderung verfügbaren Rundfunkgebühren einsetzen und in einem medienübergreifenden Angebot bündeln. Wir wollen in den Schulen, Kitas und in den Bürgerhäusern qualifizierte kulturelle und mediale Schwerpunktangebote fördern und in mehr Kultureinrichtungen freien Eintritt für Kinder und Jugendliche ermöglichen. Auch die Förderung der „Nordmedia“ muss für die Medienkompetenz- und Nachwuchsförderung genutzt werden.

Bremer Strategie für Erinnerungskultur

Das Deutsche Schifffahrtsmuseum in Bremerhaven, das Studienzentrum für Künstlerpublikationen, das Tanzfilminstitut und das Klaus-Kuhnke-Archiv sind wichtige Schnittstellen zwischen Kultur und Wissenschaft in Bremen, für die wir eine nationale Vernetzung anstreben. Der U-Boot-Bunker

Valentin soll als Gedenkstätte und Teil der Bremer „Wissenswelten“ weiterentwickelt werden. Die letzten Zeitzeuginnen und Zeitzeugen der Nazizeit sterben – damit steht die Erinnerungskultur in Deutschland vor einem Umbruch, während rechtsradikales Gedankengut wieder Zuspruch erfährt. Wir Grünen wollen deshalb eine Bremer Strategie zur Erinnerungskultur entwickeln, die Möglichkeiten der Kunst, der Medien und zeitgenössischen „Edutainments“ nutzt. Dabei muss auch Bremens kolonialistische Vergangenheit einfließen: Wir Grünen halten einen Beirat von Expertinnen und Experten für nötig, der ein Erinnerungs- und Gegenwarts-konzept erarbeitet und der sich auch in die Debatte zur zu Recht aufgeworfenen Frage nach materiellen Entschädigungen einbringt.

Wir Grünen fordern eine Digitalisierungsstrategie für die Archive und Sammlungen der Bremer Kultureinrichtungen, um deren Inhalte strukturiert zu erhalten, zugänglich zu machen und in die „Deutsche Digitale Bibliothek“ integrieren zu können.

Projektförderung für Kultur- und Stadtentwicklung

Die konzept- und produktionsbezogene Projektförderung ist wichtig für die Entwicklung von Kultur und die Stadtentwicklung und muss ihren eigenen Stellenwert in der Kulturlandschaft und Kulturförderung erhalten. Deshalb wollen wir die künstlerische Projektförderung und die bisherigen Verfahren für Impulsmittel, Mittel der Stiftung Wohnliche Stadt und Förderungen durch die stART-Jugend-Kunst-Stiftung bündeln. So soll jährlich eine Million Euro für die Projektförderung rechtzeitig ausgeschrieben und vergeben werden. Davon soll pro Jahr ein fester Anteil für Kinder- und Jugendkultur ausgeschrieben werden sowie weitere Anteile

– jährlich wechselnd und thematisch gebunden – etwa für digitale Kulturen, Erinnerungskultur, Netz- und Popkultur, neue Soziokulturen oder auch für notwendige Impulse in den klassischen Kultursparten.

Institutionelle und strukturelle Förderungen sollen nicht mehr aus der Projektförderung finanziert werden. Wir wollen institutionelle Förderungen an eine Verpflichtung zur Kooperation knüpfen, um Kulturträger zur Zusammenarbeit mit anderen Akteuren der Stadtgesellschaft anzuhalten. Die langfristige Förderung durch Contracting und die Kennzahlen des Controllings wollen wir weiter so entwickeln, dass sie eine kontinuierliche Entwicklung und Auswertung kultureller Leistungen ermöglichen. Vom Kulturressort erwarten wir eine intensivere Einbindung in kulturpolitische und kulturfördernde Netzwerke der Bundesländer, des Bundes und Europas.

Demokratische Medien für alle Generationen

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist für uns integraler Bestandteil einer Grundversorgung der Bevölkerung mit Information und Voraussetzung für eine demokratische Gesellschaft. Für vielfältige Medien und eine freie Berichterstattung sind staatsferne Kontrollorgane notwendig. Wir haben die Auswahl jener Institutionen, die Mitglieder in den Medien- und den Rundfunkrat entsenden, den gesellschaftlichen Realitäten angepasst, u. a. durch Vertreterinnen und Vertreter der muslimischen Verbände, der Kulturszene und der Jugendarbeit. Wir wollen auch weiterhin regelmäßig

überprüfen, wie der Medienrat der Landesmedienanstalt und der Rundfunkrat von Radio Bremen die Bedeutung gesellschaftlicher Gruppen abbilden. Dabei soll mehr jungen Menschen die Möglichkeit eröffnet werden, sich im Rundfunk- und Medienrat zu engagieren – zum Beispiel von den Hoch- und Berufsschulen und vom Landesschülerrat entsandte Mitglieder. Dazu wollen wir das Mindestalter für die Gremienmitgliedschaft auf 16 Jahre senken.

Medien in der digitalen Gesellschaft

Die Bündelung und zeitgemäße Aufstellung der Bürgermedien, generationenübergreifende Medienkompetenzvermittlung und kulturelle Medienförderung sind in der digitalen Gesellschaft wichtige Ziele für uns Grüne: Wir haben in den vergangenen Jahren die Landesmedienanstalt gesetzlich mit der Bündelung der Medienkompetenzangebote in Bremen beauftragt. Künftig sollen die für die Landesmedienanstalt und für Medienförderung zur Verfügung stehenden Rundfunkgebühren schwerpunktmäßig und zielgerichtet für die Medienbildung eingesetzt werden. Der bisherige Bürgerfunk, Bürgermedienangebote auf bremen.de und Angebote von Kultur-, Wissenschafts-, Sport- und Bildungseinrichtungen müssen verknüpft werden, eine Nachwuchsförderung einschließen und das Internet als zentrale und variable Plattform nutzen.

Förderung der Medienkompetenz

Zeitgemäßer Jugendmedienschutz muss Medienangebote qualifizieren – darf aber Jugendlichen nicht pauschal ihre Informationsmündigkeit und ihr eigenes kulturelles Erleben absprechen. Medienbildung bedeutet Lernen mit, durch und über Medien. Medienkompetenz ist eine Voraussetzung,

um selbstbestimmt und selbstbewusst am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, wozu für uns auch der kompetente Umgang mit den eigenen Daten gehört. Deshalb wollen wir Medienbildung als roten Faden in alle staatlichen Bildungsangebote verweben. Das souveräne Verstehen und Einordnen von Inhalten, ihren Autoren und Autorinnen und Absenderinnen und Absendern ist ebenso wichtig wie eine Vertrautheit mit neuen und älteren Kulturtechniken. Junge Menschen sind im Umgang mit digitaler Technik oft erfahrener und intuitiver vertraut als ältere. Wir Grünen wollen deshalb das generationenübergreifende Lernen stärken: Mit einem Modell „Studenten in die Schulen“ wollen wir Kooperationen zwischen den Hochschulen und allgemeinbildenden Schulen anstoßen, ältere Menschen könnten digitale Techniken gemeinsam mit Kindern kennenlernen und Schüler und Schülerinnen gemeinsam mit den Lehrerinnen und Lehrern praktische digitale Erfahrungen sammeln und Ausdrucksformen erproben.

Alle Formen der medialen Kultur berücksichtigen

Die Bremer Medienförderung soll der Annäherung von Internet, klassischen Rundfunktechniken und Print-Journalismus Rechnung tragen und künftig gleichberechtigt alle Formen der medialen Kultur, Information und Kunst berücksichtigen: Fernsehen und Hörfunk, Filme und Spiele. Sie soll sich insbesondere auf die Nachwuchsförderung, Entwicklung und Erprobung neuer Formate sowie die Vermittlung von Medienkompetenz im Sinne von Ausdrucksfähigkeit, Filter- und Konsumkompetenz konzentrieren.

Unsere Forderungen auf Bundesebene

Auf Bundesebene fordern wir eine Reform der UrheberIn-

nen-, Nutzungs- und Verwertungsrechte und der Medienförderung und -finanzierung, die der Annäherung verschiedener Einzelmedien Rechnung tragen muss. Wir setzen uns für eine Aufhebung der sogenannten Depublikationspflicht ein (Entfernen von Internetseiten in öffentlich-rechtlichen Medien) und für eine Öffnung der Archive, z. B. auf Basis der Deutschen Digitalen Bibliothek für die öffentlich-rechtlichen Medien. Dazu gehören auch eine weitere deutliche Begrenzung der Werbung im öffentlich-rechtlichen Fernsehen sowie ein Werbeverbot im Kinderfernsehen. Wir begrüßen die Pläne für eine gemeinsame Medienanstalt der Länder. Wenn es nicht dazu kommt, werden wir einen Zusammenschluss der Medienanstalten Bremen und Niedersachsen befördern.

Digitale Gesellschaft

In einer demokratischen Gesellschaft überwacht nicht der Staat die Bevölkerung – sondern die Bürger und Bürgerinnen überwachen den Staat. Voraussetzung dafür sind umfassende Transparenz, Information und Medienkompetenz der Bevölkerung sowie Datensparsamkeit auf staatlicher Ebene und im Privatleben. Uns Grünen ist es wichtig, dass die Digitalisierung für Teilhabe und Inklusion in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung genutzt wird – das Internet bietet dafür mit sozialen Netzwerken, Informations- und Beteiligungsgemeinschaften vielfältige Chancen und Möglichkeiten.

Open Data

Bremen hat in den vergangenen Jahren mit dem Informationsfreiheitsgesetz Standards geschaffen, an denen sich andere Städte und Bundesländer orientieren. Wir haben

die Einführung von Open Data in der Verwaltung begonnen und fördern die allgemeine Nutzung staatlicher Daten. Wir setzen nach Möglichkeit „Creative Commons“ ein, um staatliche Daten und Texte möglichst unkompliziert zur Weiter-
nutzung zur Verfügung zu stellen. Auch hinsichtlich digitaler Bürgerbeteiligung ist Bremen – etwa mit der Aufstellung des neuen Flächennutzungsplans und des Verkehrsentwicklungsplans – Vorreiter und Vorbild für andere Städte und Regionen. Diese erfolgreiche, impulsgebende Politik wollen wir in den nächsten Jahren fortsetzen und in weitere Politikbereiche übertragen.

Verfassungsrang für digitale Rechte

Wir setzen uns für die Aufnahme von digitalen Rechten in die Bremische Landesverfassung und die ausdrückliche Verankerung des Datenschutzes im Grundgesetz ein. Wir fordern eine rasche Verabschiedung der Datenschutzgrundverordnung der EU, die von der schwarz-roten Bundesregierung gebremst wird. Wir brauchen einheitliche europäische Standards des Datenschutzes, die sich nicht am Standort global agierender Unternehmen orientieren.

Öffentliche W-LAN-Zugänge

Das hohe technische und konzeptionelle Niveau digitaler Bürgerbeteiligung in Bremen wollen wir noch weiterentwickeln. Wir Grünen wollen, dass in öffentlichen Gebäuden mit Publikumsverkehr und in den Fahrzeugen der BSAG freier, kostenloser und gesicherter W-LAN-Zugang angeboten wird. Wir begrüßen das Angebot privater W-LAN-Zugänge in Kultur- und Freizeiteinrichtungen, in Gastronomie und Gewerbe sowie in der Nachbarschaft. Dazu muss durch die Bundesebene die Störerhaftung für W-LAN-Betreiber abge-

schaft und die Rechtssicherheit für freien W-LAN-Zugang ermöglicht werden.

Pretty Good Privacy

Als erstes Bundesland hat Bremen eine verschlüsselte und gesicherte Kommunikation für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger mit Hilfe des elektronischen Gerichts- und Verwaltungspostfachs realisiert. Bremische Softwareprodukte zur Ende-zu-Ende-Verschlüsselung sind in allen Bundesländern und beim Bund im Einsatz. Wir Grünen wollen ihre Nutzung weiter fördern und verbessern, so dass die vertrauliche Kommunikation mit den Behörden viel einfacher wird als bisher. Dabei werden freie Softwareprodukte, wie zum Beispiel „Pretty Good Privacy“, verstärkt eingesetzt.

Die Bremer Verwaltung arbeitet datensparsam, auch bei der Erfassung von Metadaten, die größere Datensammlungen beschreiben. Sie gewährleistet die informationelle Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger. Wir setzen uns dafür ein, dass die hohen Bremer Standards auch von anderen Behörden übernommen werden. Bremen und sein IT-Dienstleister Dataport haben mit als erste in Deutschland eine sogenannte „No-Spy“-Klausel in ihre Vergabeunterlagen eingeführt, die Dienstleister und Lieferanten verpflichtet, keine Daten an Geheimdienste weiterzugeben und im Zweifel deutschem Recht den Vorrang vor ausländischem einzuräumen.

Das Informationsfreiheitsregister muss im Hinblick auf seine Vollständigkeit und in Bezug auf die Verschlagwortung von Informationen und eine komfortable Suchfunktion verbessert werden. Öffentlich geförderte Forschungsergebnisse sollen als „Open Data“ und „Open Access“ kostenfrei im Internet allen zugänglich gemacht werden.

Umwelt- und sozialverträgliche IT-Beschaffung

PCs, Tablets und Handys werden meist unter unhaltbaren Arbeitsbedingungen und oft mit Rohstoffen aus Afrika hergestellt, deren Handel Kriege und Konflikte finanziert. Bremen als „Hauptstadt des Fairen Handels“ hat begonnen, bei der Beschaffung von IT-Hardware diese Missstände zu beachten und setzt auf nachhaltige und sozial- und umweltverträgliche Beschaffung: Wir unterstützen Projekte, Produkte und Maßnahmen, die diese Bedingungen verbessern und wollen möglichst viele Beteiligte aus Wirtschaft und Gesellschaft motivieren, sich daran zu beteiligen. Vor diesem Hintergrund haben wir mit Teilen der bremischen Wirtschaft das „Bündnis für sozialverträgliche IT-Beschaffung“ gegründet. Dieses wollen wir fortführen und ausweiten.

Internetwirtschaft, -handel und -kommunikation funktionieren über die Preisgabe von persönlichen Daten an die Unternehmen. Wir sind sicher, dass das auch anders geht. Wir wollen anonyme Geschäftsmodelle im Internet erforschen lassen und fördern, die ohne den Verkauf der Privatsphäre auskommen – in der Wissenschaft und in der Wirtschaftsförderung. Vielleicht entsteht so aus einem entsprechenden Wirtschaftsförderpreis „the next big thing“ – auch in Bremen. Guter Datenschutz wird ein wichtiger Standortfaktor. Gemeinsam mit der Wirtschaft, zivilgesellschaftlichen Gruppen und den Hochschulen Bremens wollen wir ein „Bremer IT-Siegel“ entwickeln. Damit können Unternehmen freiwillig hohe Ansprüche an den Datenschutz für ihre Kunden und Kundinnen sowie Partnerinnen und Partner und auch die faire und umweltverträgliche Beschaffung von IT-Produkten belegen und als „best practice“ präsentieren.

Kapitel 4:

Nachhaltiges Wirtschaften

Starke Wirtschaft im ökologischen Strukturwandel

Bremen, die grüne Stadt am Fluss, ist zugleich auch der fünftgrößte Industriestandort Deutschlands. Mit einem Bruttoinlandsprodukt von rund 43.000 Euro pro Person liegt Bremen im Vergleich der Bundesländer an zweiter Stelle und damit ganz vorn. Dies ist ein starker Beleg dafür, dass der notwendige Strukturwandel unter grüner Regierungsbe- teiligung erfolgreich gestaltet wird: weg von einer mono- strukturierten Großindustrie, hin zu einer vielfältig gefächer- ten Wirtschaftsstruktur aus Logistik, Industrie, Handwerk, Dienstleistungen, Einzelhandel, bis hin zu Forschung, Wissenschaft und Kreativwirtschaft.

Industrielle Produktion ist im Land Bremen ein Kern unserer Wirtschaftskraft. Das gilt besonders für die Logistik und die maritime Wirtschaft, die Nahrungsmittelherstel- lung, die Automobilindustrie und die Luft- und Raum- fahrt. Damit das so bleibt, wollen wir ihren Wandel hin zu grünem, nachhaltigem Wirtschaften fördern. Wir sind davon überzeugt, dass sich diese Sektoren positiv entwickeln und durch grüne Politik gleichzeitig die Interessen der Menschen an einem guten Wohnumfeld und einem gesunden Stadt-

klima gewahrt werden können. Immer mehr Unternehmen engagieren sich zunehmend in Umwelttechnologien. Genau dies unterstützen wir Grünen und fördern Unternehmen dabei, ihre Prozesse und ihre Produkte gemäß den Anforderungen der Nachhaltigkeit, wie Klimaschutz, Energie- und Ressourceneffizienz, zu verbessern und zu optimieren.

Industrie, Logistik, Offshore-Windenergie und maritime Wirtschaft

Das Land Bremen mit den Städten Bremen und Bremerhaven ist stark geprägt von der maritimen Wirtschaft. Kennzeichnend ist die Struktur aus kleinen und mittelständischen Unternehmen in den Bereichen Schifffahrt, Schiffbau, Fischwirtschaft, Lebensmittelwirtschaft und auch maritime Dienstleistungen. In diesen Feldern hat Bremen den notwendigen Strukturwandel – weg von einer einseitigen Ausrichtung auf Schiffbau und Fischereiwirtschaft, hin zu einer breiteren Ausweitung und zur Entwicklung neuer Geschäftsfelder – erfolgreich gestaltet.

Keine Energiewende ohne Offshore-Windkraft

Unser neu entwickelter „Cluster Windenergie“ umfasst als Verbund sämtliche Stufen der Wertschöpfungskette von der Forschung und Entwicklung über die Fertigung der Komponenten bis hin zu technischen und meteorologischen Servicedienstleistungen. Dies findet international Anerkennung. Die von der Bundesregierung verantwortete Stagnation der

Branche konnte dank großem Einsatz des Bremer Senats und anderer grün mitregierter Länder überwunden werden. Für uns ist klar: Eine Energieversorgung, die auf 100 Prozent Erneuerbaren basiert, ist ohne mehr Offshore-Windkraft nicht denkbar. Vom wieder verstärkten Ausbau wird nicht nur der Klimaschutz, sondern auch der Strukturwandel in Bremerhaven profitieren. Mit der Planung des Offshore-Terminals in Bremerhaven (OTB) unterstreichen wir, dass die Stadt auch in Zukunft ein Zentrum der Windkraftindustrie sein wird. Angesichts der nationalen Bedeutung des Projekts werden wir weiter mit dem Bund über eine Beteiligung verhandeln.

Wir Grünen werden weiterhin dafür Sorge tragen, dass die Bereiche der übergreifenden Logistik und der ergänzenden Wertschöpfung die traditionellen Bereiche in den Häfen ergänzen und so den eingeschlagenen Weg zu mehr Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit sicherstellen.

Nachhaltige Hafenspolitik

Auch die maritime Wirtschaft erkennt zunehmend die Vorteile einer Verknüpfung von Ökonomie und Ökologie. Das mit der Green-Ports-Initiative entwickelte vorbildliche Profil der bremischen Häfen werden wir weiter schärfen. Nach mehreren erfolgreichen Zertifizierungen gilt es nun, auch operative Zielvorgaben für Unternehmen und die Häfen als solche zu entwickeln und umzusetzen. So wird der Einsatz von Flüssiggas als Ersatz für Schweröle im Schiffsbetrieb spürbar zu einer weiteren Entlastung der Hafengebiete und der angrenzenden Wohnquartiere führen – ein weiterer Schritt zu einer nachhaltigen Hafenspolitik. Bei der Nachrüstung umweltfreundlicher Technologien an Bord unterstützen wir ein wirksames Green-Shipping-Förderprogramm, das die Binnenschifffahrt mit einbezieht.

Die Finanzierung der Hafeninfrastruktur muss dabei neu überdacht werden. Gerade die Häfen, die als Drehscheibe für Importe und Exporte eine unverzichtbare Rolle für die gesamte Bundesrepublik spielen, stehen vor einem großen Investitionsbedarf, um in diesem weltweiten Wettbewerb weiter gut aufgestellt zu sein. Wir Grünen schlagen vor, eine gegenseitige Eigentumsbeteiligung der Länder und des Bundes an den Häfen zu prüfen. Ein solches Modell soll der notwendigen Zusammenarbeit und Koordinierung eine materielle Basis geben. Denn nur durch solche länderübergreifende Nutzung vorhandener Ressourcen und Standortvorteile lassen sich die Eingriffe in die Natur und damit auch die Belastungen der Anwohnerinnen und Anwohner auf ein Minimum begrenzen, während zugleich die Kosten für die Infrastruktur im Rahmen gehalten werden können.

Wir Grünen setzen uns dafür ein, dass die stadtbremischen Häfen in Bremerhaven in Landeshäfen umgewandelt werden.

Nachhaltiges Wirtschaften

Bremen ist ein Industriestandort. Das kann zu Belastungen für Anwohnerinnen und Anwohner durch Lärm und Gerüche führen. Die unmittelbare Nachbarschaft von störendem Gewerbe und Wohngebieten führt zu Gefahren und Konflikten. Deshalb setzen wir uns für ein gemeinsames Konzept von Wirtschafts-, Umwelt- und Baupolitik im Rahmen der Flächenplanung ein, um solche Konflikte zu entschärfen.

Wir Grünen wissen, dass der wirtschaftliche Erfolg Bremens von Wirtschaftszweigen abhängt, die – eine globale Perspektive einnehmend – in anderen Regionen zu existentiellen Problemlagen führen. Bekanntes Beispiel dafür ist die umweltverschmutzende Stahl- und Automobilindustrie.

Hinzu kommt: Manche in Bremen hergestellten Produkte können sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden („dual use“) – aus unserer Sicht das Gegenteil von nachhaltigem Wirtschaften. Eine nachhaltige Politik hat für uns deshalb zum Ziel, die zivile Seite der Dual-Use-Produktion zu stärken. Diese Sektoren bieten gegenwärtig wichtige Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven. Um diese auch künftig zu sichern und auszubauen, setzen wir auf einen nachhaltigen grünen Strukturwandel, wie wir ihn im Green New Deal beschrieben haben.

Kleine und mittelständische Unternehmen: das Rückgrat unserer Wirtschaft

Grüne Wirtschaftspolitik setzt auf die Stärkung von kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU), die das Rückgrat der bremischen Wirtschaft darstellen. Diese oftmals familiengeführten Unternehmen haben gezeigt, wie ein nachhaltiges und verantwortungsvolles Wirtschaften auch während der Finanzkrise zum Erfolg führt. Um auch in Zukunft über eine starke Landschaft kleiner und mittelständischer Unternehmen zu verfügen, wollen wir den Zugang zu Förderkrediten und zur Arbeitskräftequalifizierung vereinfachen und Netzwerke zwischen Schulen, Hochschulen und Unternehmen unterstützen.

Wir Grünen möchten die kleinen und mittelständischen Unternehmen bei der Entwicklung einer diversitätsbewussten Unternehmensphilosophie unterstützen. Gerade

Menschen mit Migrationshintergrund bringen sehr oft eine Fülle an Fähigkeiten und Fertigkeiten mit, von denen der Wirtschaftsstandort Bremen nur profitieren kann.

Dynamik in Kreativwirtschaft und Tourismus

Besonders dynamisch ist die Entwicklung im Bereich der Kreativ- und Kulturwirtschaft, die sich auch durch von uns initiierte Förderprogramme sehr positiv entwickelt hat. Gerade an der Schnittstelle zwischen den Hochschulen und der Privatwirtschaft, aber auch der Kreativwirtschaft zeigt sich in vielen Feldern die dynamische Innovationskraft von Uni-Ausgründungen und Startup-Unternehmen.

Der Tourismus nach Bremerhaven und Bremen floriert, erstmals wurde die Marke von zwei Millionen Übernachtungen im Jahr übertroffen. Auch in dieser Branche wollen wir die Umweltverträglichkeit stärken, z. B. indem wir den Fahrradtourismus fördern und indem wir Events und Festivals dabei unterstützen, klimaneutral zu arbeiten. Reisen wird immer individueller, deshalb wollen wir das Stadtmarketing, die Werbung für Bremen ausweiten auf die vielfältigen Lebens- und Wissenswelten, auf Grün und Wasser, auf die Alltagsqualitäten der verschiedenen Quartiere.

Strukturwandel im Einzelhandel

Der klassische Einzelhandel befindet sich weltweit – bedingt durch technologische Entwicklungen (Internethandel) und ein verändertes Konsumverhalten – in einem Prozess des Strukturwandels. Wir wollen gemeinsam mit dem Einzelhandel diese Herausforderung annehmen, um die Chancen des Internethandels zu unterstützen (Multichannel-Fähigkeit). Dabei erachten wir kooperative Ansätze (standortbezogene, branchenbezogene und branchenübergreifende

Einzelhandelskooperationen) als ein wichtiges Instrument, um den Strukturwandel zu meistern. Wir wollen weitere Anstrengungen unternehmen, um auch im Einzelhandel, in dem überwiegend Frauen prekär beschäftigt sind, existenzsichernde Arbeitsplätze zu schaffen.

Große Chancen bietet die Wiederbelebung der ehemaligen Industrieflächen der Bremer Wollkämmerei in Blumenthal. Dort haben sich bereits die ersten Unternehmen in einer gemischten Struktur von Industrie- und Gewerbeflächen neu angesiedelt und schaffen die in Bremen-Nord dringend benötigten Arbeitsplätze.

Handwerk und Dienstleistungen: unverzichtbar für Energiewende und ökologische Erneuerung

Gerade bei der Energiewende spielt das Handwerk eine besondere Rolle. Handwerksbetriebe profitieren in besonderem Maße von der Förderung erneuerbarer Energien, von der Wärmedämmung an Gebäuden und vom Einsatz von Energiespartechnologien in Privathaushalten und im Gewerbe. Das dient der Wertschöpfung, schafft Arbeitsplätze in der Region und macht uns unabhängiger von teuren und zunehmend unsicheren Energie- und Rohstoffimporten. Das Potenzial ist noch lange nicht ausgeschöpft: Die energetische Sanierung von Altbauten, die Erneuerung alter Heizungen, der Bau von Nahwärmenetzen und viele ähnliche Maßnahmen schaffen für viele Jahre Perspektiven für das Handwerk. Um hierfür Rahmenbedingungen zu schaffen,

werden wir die konsequente Förderung von erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung fortsetzen.

Gerade die vielfach in kleinen und mittelständischen Firmen organisierten Aktivitäten von Handwerk und Dienstleistungen schaffen und sichern eine Vielzahl von Arbeitsplätzen, die in vielen Fällen auch wohnortnah, d.h. unter Verzicht auf lange Arbeitswege, angesiedelt sein können. Dies unterstützt der neue Flächennutzungsplan durch Ausweisung entsprechender Mischgebiete für Wohnen und Gewerbe, weil es Verkehrsbelastungen reduziert und zugleich familienfreundliche Arbeitsbedingungen fördert.

Zur Stärkung der Bremer Innenstadt haben wir Grünen maßgeblich dazu beigetragen, neue Einzelhandelsflächen im Ansgariviertel zu schaffen, den öffentlichen Raum zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität aufzuwerten und die Wegebeziehungen zwischen den Quartieren und zu den angrenzenden Stadtvierteln wie Schwachhausen, Findorff, der Neustadt oder der Überseestadt zu verbessern. Die Anziehungskraft der Innenstadt als Magnet für Einkaufen, Freizeit, Kultur und Arbeit werden wir weiterhin fördern und stärken.

Nachhaltig wirtschaften durch solidarische Ökonomie

Solidarische Ökonomie bedeutet für uns, unser Handeln an den Leitlinien sozialer, ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit auszurichten. Wir fördern die verschiedenen Ansätze solidarischer Ökonomie, weil darin die Freiheit selbstbestimmten Handelns mit sozialer Gerechtigkeit verbunden wird. Hierbei knüpfen wir an erfolgreiche Beispiele

wie Bürgerenergiegenossenschaften oder lokale KonsumentInnen- und ErzeugerInnengemeinschaften an. Die Direktvermarktung von Ökostrom aus Genossenschaften und Bürgergemeinschaftsanlagen soll gestärkt werden, um Anreize zur dezentralen Stromerzeugung zu schaffen. Eine wesentliche Rolle spielt dabei die Genossenschaftsbewegung.

Auch die Förderung von gemeinwohlorientierten Neugründungen und bereits bestehender Unternehmen soll durch die Wirtschaftsförderung ermöglicht werden, d.h. für uns Grüne: Nicht allein die Gewinnmaximierung darf hierbei als Bewertungsbasis genutzt werden, sondern ebenso die gemeinwohlfördernden Effekte dieser Unternehmen.

Tauschen und teilen

Darüber hinaus wollen wir ressourcenschonende Geschäfts- und Dienstleistungsmodelle mit gemeinschaftlicher Nutzung fördern, bei denen der Gebrauch im Vordergrund steht. Dazu gehören Carsharing-Modelle ebenso wie generationenübergreifendes Wohnen. Für das Angebot und die Nutzung von Tausch-, Teil- und Verleihdienstleistungen sowie für die Open-Source- und Freie-Software-Bewegung wollen wir deshalb versuchen, Rechtssicherheit zu schaffen. Ebenso unterstützen wir solidarische Handelsnetze, um die regionale Wertschöpfung zu fördern. Solidarisches Wirtschaften muss auch weltweit vorgebracht werden.

Arbeit schafft Teilhabe

Der grüne Wandel in der Wirtschaft ist nicht nur zukunftsweisend – er ist eine Jobmaschine. In den umweltbezogenen Branchen, wie z. B. der Windenergie und anderer erneuer-

barer Energien und bei der Gebäudesanierung, sind viele Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven entstanden. Dasselbe gilt auch für das Handwerk, dem wir eine besondere Bedeutung zumessen. Denn gerade kleine und mittlere Unternehmen bieten vielfältige krisensichere Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Wir wollen sie gezielt unterstützen, Chancen geben und für diese Chancen qualifizieren: als Ausbildungsbetriebe und dort für die Ausbildereignungsprüfung werben, insbesondere bei den kleinen und Kleinstbetrieben und gezielt bei migrantischen Firmeninhaberinnen und -inhaber; durch Branchenverbände oder Betriebspartnerschaften, die gemeinsam Ausbildungsmöglichkeiten schaffen und durch höhere Beteiligung an beruflicher und betrieblicher Weiterbildung (Beratung zur beruflichen Weiterbildung fortführen).

Wir wollen mehr Menschen in Arbeit bringen und dadurch Armut dauerhaft verhindern. Wir wollen, dass alle Menschen in Bremen und Bremerhaven anständig bezahlte Arbeit unter fairen Bedingungen haben, von der sie leben können. Deshalb haben wir uns in den letzten Jahren für den Mindestlohn und für faire Arbeitsbedingungen in Bremen und Bremerhaven stark gemacht und das mit Erfolg: Als erstes Bundesland hat Bremen ein Mindestlohngesetz eingeführt.

Im Mittelpunkt grüner Politik steht der Mensch mit seinen Kompetenzen und mit seinem Potenzial. Unter Arbeit verstehen wir aber nicht nur Erwerbsarbeit, sondern ausdrücklich auch Hausarbeit, Versorgungs-, Sorge- und Pflegearbeit sowie Gemeinwesenarbeit.

Schon seit Jahrzehnten setzen wir Grünen uns für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern vor allem im Erwerbsleben ein. Bezahlung und Aufstiegschancen dürfen sich nicht zwischen den Geschlechtern unterscheiden. Der Zugang von Frauen zu traditionell von Männern dominierten Berufen

muss gefördert werden. Um die Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt zu beenden, fordern wir ein Entgeltgleichheitsgesetz auf Bundesebene mit verbindlichen Regelungen, wirksamen Sanktionen und einem Verbandsklagerecht. Mit einem Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft sollen Betriebe und Tarifpartner zu aktiven Gleichstellungsmaßnahmen verpflichtet werden.

Wir Grünen wollen die Gleichstellung im Beruf stärken durch mehr Ausbildungsmöglichkeiten in Teilzeit, flexiblere Arbeitszeitsysteme für Frauen und Männer, mehr Frauen in Führungspositionen sowie mehr Männer in Elternzeit. Der Wiedereinstieg von Frauen in den Beruf soll durch besondere Programme gefördert werden.

Die Quote der Jugendlichen ohne Abschluss und Perspektive auf dem Arbeitsmarkt konnte in den letzten Jahren gesenkt werden. Jede und jeder Jugendliche soll durch zielgenaue Unterstützung zum Schulabschluss gelangen und einen Ausbildungsplatz bekommen. Teure berufsvorbereitende Maßnahmen, die lediglich Warteschleifen ohne Ausbildungsperspektive bieten, wollen wir abschaffen.

Die Lust auf Ausbildungsberufe neu beleben

Für uns ist die Ausbildungsgarantie Realität, denn aus grüner Sicht bedeutet Ausbildungsgarantie: Alle Jugendlichen haben das Zeug dazu, einen Beruf zu lernen. Deshalb wollen wir dafür sorgen, dass sie ihre Stärken entdecken, ihre Potenziale ausbauen – als Erstes aber das Vertrauen in sich wiedergewinnen und Strategien dafür entwickeln, am Ball zu bleiben und ihre Ziele zu erreichen. Die Einrichtung einer Jugendberufsagentur halten wir für einen guten Schritt, denn sie wird garantiert dafür sorgen, dass im Übergang von der Schule in den Beruf nicht mehr so viele Jugendliche verloren gehen.

Nicht nur die Schulabsolventinnen und -absolventen sollen das eigene Potenzial entdecken, auch die Bremer Betriebe sollen diese Potenziale ausbauen und sich ihren Fachkräftenachwuchs ausbilden. Damit auch die vielen Kleinst- und KleinunternehmerInnen ihr Wissen weitergeben können, wollen wir Ausbildungspartnerschaften unterstützen.

Trotz guter Konjunktur bleiben immer noch zu viele Menschen dauerhaft ohne Chance auf dem Arbeitsmarkt. Bremen hat einen überdurchschnittlichen Prozentsatz an langjährig Erwerbslosen und an sogenannten Aufstockerinnen bzw. Aufstockern. Deshalb soll zusätzlich mit einem verlässlichen sozialen Arbeitsmarkt Teilhabe geschaffen und Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanziert werden. Dafür sollen die passiven Leistungen in aktive umgewandelt werden. Aus dem Arbeitslosengeld II und den Kosten der Unterkunft wird so ein Arbeitsentgelt für ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis.

Baustelle Jobcenter

Wir wollen prüfen, ob das Bremer Jobcenter seiner anspruchsvollen Aufgabe nicht besser als zugelassener kommunaler Träger gerecht werden könnte, statt – wie bisher – als gemeinsame Einrichtung mit der Agentur für Arbeit. Als zugelassener kommunaler Träger hätte das Jobcenter bedeutend größeren Spielraum, um Angebote umzusetzen, die auf die Bedürfnisse der im Land Bremen lebenden Personen zugeschnitten sind. So könnten beispielsweise die Themen „berufsbezogenes Deutsch“ und „Grundbildung“ anders gewichtet werden. Die Möglichkeiten, einen Schulabschluss nachzuholen, könnten ausgebaut werden. Wir Grünen stehen für einen Abbau von Sanktionen. Stattdessen soll eine offensive Förderung der Arbeitsuchenden im Vordergrund stehen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die zur Verfügung stehenden Fördergelder ausgeschöpft werden. Vor allem Menschen mit Migrationshintergrund sollen verstärkt gefördert werden, um sich bestmöglich integrieren zu können.

Die Joboffensive könnte neu ausgerichtet werden. Im Zuge dessen könnten themenbezogene Teams gebildet werden, damit sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jobcentern mit den Herausforderungen vertieft auseinandersetzen können, sich sinnvoll vernetzen und sich eine entsprechende Expertise erarbeiten können.

Kapitel 5: **Soziale Stadt**

Teilhabe statt Ausgrenzung

Grüne Sozialpolitik stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und übernimmt Verantwortung. Eine Spaltung unserer Gesellschaft akzeptieren wir nicht. Einem noch weiteren Auseinanderfallen der Gesellschaft treten wir konsequent entgegen. Insbesondere Bildung und Arbeit sind zwei entscheidende Voraussetzungen für ein Leben in Selbstbestimmung. Aber ebenso sind gesundheitliche Versorgung, Zugang zu Kultur und Mobilität Bestandteile einer gerechten Gestaltung der Lebensbedingungen. Dafür setzt sich grüne Sozialpolitik ein. In den letzten vier Jahren haben wir nicht nur im Sozialressort die Weichen für eine inklusive Sozialpolitik gestellt, die darauf abzielt, Ausgrenzung zu überwinden und Teilhabe zu ermöglichen. Dazu zählen z. B. die Verbesserung der Kindertagesbetreuung, ein neues Wohnbauprogramm, bei dem ein Viertel für Sozialwohnungen vorgesehen ist, die Begrenzungen von Mieterhöhungen, die Festlegung neuer Mietobergrenzen für Menschen, die Transferleistungen beziehen, Maßnahmen zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit, Programme wie „Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN) und „Soziale Stadt“, mehr ambulante Angebote für Menschen mit Behinderungen, der Ausbau der aufsuchenden Altenarbeit und das Stadtticket.

Eine wachsende Zahl von Menschen ist auf Unterstützung angewiesen. Familien mit Kindern, insbesondere Alleinerziehende, Wohnungslose, ältere Menschen, Suchtkranke, chronisch Kranke, Menschen mit psychischen Erkrankungen, Flüchtlinge und Menschen mit Behinderungen brauchen unterschiedliche Angebote.

In Bremen sind Langzeitarbeitslosigkeit und verfestigte Armut noch immer nicht überwunden. Armutsprävention ist deshalb eine zentrale Aufgabe, vor der wir stehen. In unseren beiden Städten sind 23 Prozent der Menschen armutsgefährdet. Besonders betroffen sind Kinder und Frauen. Armut hat dabei viele Gesichter. Materielle Armut geht oft einher mit Bildungsarmut und erschwert die soziale Teilhabe. Wir Grünen wollen den sozialen Zusammenhalt stärken und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern. Der weitere bedarfsgerechte Ausbau der Angebote für Kinder von 0 bis 14 Jahren spielt hierbei eine wichtige Rolle.

Wir haben die Grundlagen dafür geschaffen, Armutsfolgen abzufedern und Ursachen von Armut zu bekämpfen. Zum zweiten Mal hat die rot-grüne Koalition den „Bremischen Armuts- und Reichtumsbericht“ vorgelegt, der die Probleme der Menschen in schwierigen Lebenslagen beschreibt und Maßnahmen zur Abfederung von Armut aufzeigt. Erstmals haben wir ein umfassendes Programm zur Armutsbekämpfung erarbeitet und einen fachübergreifenden Sonderausschuss in der Bremischen Bürgerschaft mit eingerichtet. Mit diesem Instrument wollen wir Armut präventiv und nicht erst im Nachhinein bekämpfen.

Im Bund setzen wir uns für eine existenzsichernde Grundsicherung ein. Wir fordern bedarfsgerechte Regelsätze für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Die Pläne der Großen Koalition im Bund, die Sanktionen bei Hartz IV-Bezug

zu verschärfen, gehen in eine falsche Richtung. Wir Grünen streiten für ein Sanktionsmoratorium, um die Rechte der Erwerbslosen gegenüber der Arbeitsverwaltung zu stärken und ungerechte Sanktionen zu beseitigen.

Wir wollen den Zugang zu den Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets weiter erleichtern, um die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen aktiv zu fördern. Wir fordern, das Asylbewerberleistungsgesetz auf Bundesebene abzuschaffen und stattdessen die Regelungen der Leistungen für Einwanderinnen und Einwanderer in der Grundsicherung zu verankern.

Willkommen in der Nachbarschaft!

Gute Nachbarschaften bilden die Basis für ein gutes Zusammenleben in den Wohnquartieren. Um den sozialen Zusammenhalt zu sichern, bedarf es lebendiger Stadtteile, in denen Menschen unterschiedlicher Altersgruppen, Einkommensklassen und Herkunft friedlich zusammenleben und sich gegenseitig unterstützen. Deshalb haben wir in Bremen dafür gesorgt, dass die beiden Programme „Soziale Stadt“ und „Wohnen in Nachbarschaften“ wie Zahnräder ineinandergreifen. Bauliche Maßnahmen sind eng verknüpft mit sozial-, bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Wir setzen uns für die Stärkung beider Programme ein. Wir wollen dabei die Belange der verschiedenen Gruppen von Migrantinnen und Migranten als Teil der von uns angestrebten Willkommenskultur berücksichtigen. Die praktizierte Unterbringung in privatem Wohnraum ist hierfür ein gutes Beispiel.

Unverzichtbar für diese Aufgaben ist die Arbeit von ehrenamtlich tätigen Menschen, ohne die viele Projekte nicht umzusetzen wären. Viele sind auch in Kirchen, muslimischen Gemeinden, der jüdischen Gemeinde, in Initiativen, Vereinen und den Wohlfahrtsverbänden organisiert. Diesen Bereich

wollen wir weiter wirksam fördern und wertschätzen. Dazu zählen wir auch geeignete Formen der Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeiten.

Bezahlbarer Wohnraum!

Die Frage, wo und wie wir wohnen, ist immer mehr zur sozialen Frage geworden. Wir wollen verhindern, dass es zu einer Entwicklung kommt, bei der bezahlbarer Wohnraum nur noch am Stadtrand zu finden wäre und Wohnen in beliebten und innenstadtnahen Stadtteilen immer teurer würde. In Bremen haben wir dafür gesorgt, dass Mieterhöhungen auf 15 Prozent alle drei Jahre begrenzt werden müssen. Die Mietpreisbremse bei Neu- und Wiedervertragsmieten wollen wir schnellstmöglich umsetzen. Die vom Sozialamt und vom Jobcenter akzeptierten Mieten für Sozialleistungsbeziehende haben wir an die marktüblichen Preise angepasst und werden dies auch künftig tun. Menschen in Stadtteilen mit höheren Mieten erhalten einen Mietzuschlag, so dass sie auch weiterhin dort wohnen können.

Auch stärken wir die Rechte der Mieterinnen und Mieter gegenüber den Vermietern und Vermieterinnen, um Mindeststandards für Wohnraum zu gewährleisten. Rot-Grün ist einen wichtigen Schritt gegangen, um mit einer 25-prozentigen Sozialwohnungsquote wieder mehr sozialen Wohnraum zu schaffen. Wir Grünen setzen uns dafür ein, dass auch in Zukunft ausreichend Sozialmietwohnungen für Menschen mit niedrigem Einkommen zur Verfügung stehen. Wir werben für das Projekt „Wohnen für Hilfe“, damit Studierende gegen Hilfe in Haushalt und Garten bei älteren Menschen wohnen können. Auch innovative Ansätze wie das „Bielefelder Modell“ zum selbstbestimmten Wohnen für Jung bis Alt sollen berücksichtigt werden. Wir werden dieses Modell zu

einem „Bremer Modell“ weiterentwickeln, in dem wir „Quartierszentren“ mit einem Quartierscafé, einer 24-Stunden-Pflegeunterstützungsbereitschaft und einer Beratung durch Dienstleistungszentren, Begegnungsstätten und andere Beratungsangebote kombinieren.

Wohnungslosigkeit bekämpfen!

Darüber hinaus haben wir Grünen die Problematik wohnungsloser Menschen in den Blick genommen und uns dafür eingesetzt, dass die betroffenen Menschen dezentral in normalen Wohnungen leben können und persönliche Hilfen erhalten. Diesen Weg wollen wir weiterverfolgen und die aufsuchende Hilfe bei der Verhinderung von Wohnungslosigkeit ausbauen. Für psychisch kranke Wohnungslose werden wir eine besondere Unterstützung an der Schnittstelle Soziales und Gesundheit entwickeln.

Raus aus der Schuldenfalle!

Immer mehr Menschen in Bremen sind überschuldet oder von Überschuldung bedroht. Deshalb haben wir als grünes Sozialressort im Jahr 2012 wieder die präventive Schuldenberatung für Erwerbstätige und Menschen, die Arbeitslosengeld I erhalten, eingeführt. Der Bedarf an Beratung und Unterstützung zur Entschuldung ist groß. Die Schuldenberatung wird daher fortgesetzt und soll künftig um ein Angebot speziell für junge Menschen ergänzt werden. Wir setzen uns auch weiterhin für die Unterstützung dieser Menschen durch Beratungsstellen und die Arbeitslosen- und Sozialberatung ein. Es ist nicht vertretbar, dass Menschen ohne Wasser und Strom leben müssen. Deswegen setzen wir uns im Bund und in Bremen dafür ein, dass Wasser- und Stromsperrern weitestgehend verhindert werden.

Hilfe zur Selbsthilfe ist für uns Grüne ein wichtiger Baustein für eine Sozialpolitik, die auf Selbstbestimmung setzt. Die Selbsthilfeförderung soll verlässlich fortgeführt werden, sie unterstützt frühzeitig Menschen aller Altersgruppen und ist eine wichtige Säule im Alltag von Betroffenen.

Bremen: kinder- und familienfreundliches Land

Wir Grünen haben Bremen für Kinder, Jugendliche und Familien besser gemacht. Wir haben die Kindertagesbetreuung massiv ausgebaut und den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für unter Dreijährige erfüllt. Für über Dreijährige haben wir den Betreuungsanspruch von 20 auf 30 Stunden pro Woche erhöht. Wir haben die Sprachförderung verstärkt und die Unterstützung für Elternvereine verbessert. Im Kinderschutz haben wir das Hilfenetz noch enger geknüpft. Das Bundesprojekt „Frühe Hilfen“ haben wir erfolgreich umgesetzt, um den Kinderschutz von der Geburt an zu ermöglichen. Mit dem Modellprojekt ESPQ (Verbindung von Erziehungshilfe, sozialer Prävention und Quartiersentwicklung) sind wir erfolgreich neue Wege in der Jugendhilfe gegangen. Wir haben für die Förderung von Kindern und Jugendlichen mehr Geld in die Hand genommen als je zuvor. Die Jugendarbeit haben wir von der Kürzungsquote ausgenommen. Um auch in Zukunft angemessene Angebote für Jugendliche zu machen, haben wir unter breiter öffentlicher Beteiligung ein Moratorium in Gang gesetzt. An diese Erfolge wollen wir anknüpfen.

Mehr ganztägige Betreuung!

Berufs- und Familienalltag sind nicht immer leicht unter einen Hut zu bekommen. Darum wollen wir die Kindertagesbetreuung weiter ausbauen und flexibilisieren. Den Ausbau wollen wir so gestalten, dass er auch sozial benachteiligten Kindern und ihren Familien zugutekommt. Wir brauchen mehr ganztägige Angebote für alle Kinder von Anfang an. Den Rechtsanspruch auf 30 Stunden Betreuung pro Woche wollen wir auf alle Kinder ab dem ersten Geburtstag ausweiten. Die Trägervielfalt ist für uns ein hohes Gut. Darum wollen wir Elternvereine weiter stärken und schrittweise den anderen Trägern angleichen. Neue Kindertageseinrichtungen sollen verstärkt in Mehrgenerationenprojekte integriert werden. Langfristig sollen sich Kindergärten zu Anlaufpunkten für die ganze Familie weiterentwickeln.

Wir fördern die Kleinen

Kindergärten sind wichtige Bildungseinrichtungen. Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist, wollen wir vor allem die Sprach- und Leseförderung verstärken und das erfolgreiche Projekt „Bücherkitas“ ausbauen. Kitas in sozialen Brennpunkten sollen eine zusätzliche Fachkraft zur Sprachförderung bekommen. Um alle Kinder gezielt und kontinuierlich zu fördern, brauchen wir einen gemeinsamen Bildungsplan für Kindergarten und Grundschule. Dabei heißt es für uns: alle anders – alle gleich. Die Forderungen nach Inklusion und Chancengleichheit von Anfang an sind für uns Grüne eine Selbstverständlichkeit.

Der regelmäßige Aufenthalt in der Natur ist wichtig für eine gesunde körperliche, psychische und soziale Entwicklung von Kindern. Darum wollen wir naturnahe pädagogische Angebote ausweiten und Partnerschaften zwischen

Kindergärten und Kleingartenvereinen fördern. Wir wollen es Kindergärten ermöglichen, noch mehr gesundes Essen aus regionalem und ökologischem Anbau anzubieten.

In Bremen und Bremerhaven sind viele Kinder und ihre Familien von Armut betroffen. Deshalb ist es wichtig, ihre Chancen für die Zukunft zu verbessern. Wir setzen auf früh-kindliche Bildung und frühe Teilhabe als Armutsprävention und -bekämpfung. Wir wollen den Zugang zu Kultur- und Bildungseinrichtungen erleichtern. Das kostenlose Mittagessen in Kitas, Horten und Grundschulen soll für alle Kinder aus Familien mit geringem Einkommen erhalten bleiben.

Kinder schätzen und schützen!

Im Kinderschutz wollen wir bestehende Netzwerke weiter ausbauen und ständig überprüfen. Bei den Erziehungshilfen setzen wir auf Prävention. Die erprobten Ansätze zur quartiersbezogenen präventiven Sozialarbeit sollen auf ganz Bremen ausgeweitet werden. Die Erziehungsberatung wollen wir ausbauen. Immer mehr Kinder und Jugendliche werden Opfer von Mobbing. Auch das sogenannte Cybermobbing im Internet, vor allem in sozialen Netzwerken, nimmt stetig zu. Wir wollen daher Anti-Mobbing-Programme an Schulen ausweiten und die Selbsthilfe für Mobbingopfer fördern.

Wir begreifen die Stadt als Lebensraum für Kinder und Jugendliche – darum wollen wir eine Spielleitplanung für alle Stadtteile. Auch in neuen Quartieren wie der Überseestadt muss Platz für Kinder und Jugendliche sein. Deswegen braucht Bremen ein Spielraumförderprogramm. Wir beteiligen Kinder und Jugendliche an der Entwicklung von Freizeitangeboten und Treffpunkten – vom Skatepark bis zur Discomeile, bei Spielstraßen und Grünanlagen.

Junge Menschen brauchen jugendgerechte Angebote

Junge Menschen haben ein Recht auf Jugendarbeit. Es muss Angebote geben, die sie in ihrer Freizeit nutzen können, die an ihren Interessen anknüpfen und sie in ihrer Entwicklung fördern. Wir unterstützen deshalb die bremischen Jugendeinrichtungen in ihrer wertvollen Arbeit und wollen die aufsuchende Jugendarbeit ausbauen. Wir setzen uns für eine auskömmliche finanzielle Ausstattung von Jugendeinrichtungen und Jugendverbänden in Bremen ein. Eine engere Kooperation der Schulen und Jugendeinrichtungen ist erstrebenswert. Für das zivilgesellschaftliche Engagement von Jugendlichen spielen Jugendverbände eine besondere Rolle. Wir wollen dieses Engagement unterstützen, zum Beispiel durch Vergünstigungen über die Jugendleiter-Card. Wir wollen selbstverwaltete Jugendprojekte ermutigen und unterstützen.

Zu viele junge Menschen in Bremen haben weder einen Arbeits- noch einen Ausbildungsplatz. Wir haben zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine Jugendberufsagentur auf den Weg gebracht. Diese gilt es nun zu etablieren und in ihrer Wirksamkeit regelmäßig zu überprüfen. Wir nehmen die Bedürfnisse junger Menschen ernst und fördern ihre Beteiligung in Entscheidungsprozessen, zum Beispiel durch die Einrichtung von Jugendbeiräten und anderen jugendgerechten Beteiligungsformen.

Gesundheit

Alle Menschen haben das gleiche Recht auf Gesundheit und eine angemessene medizinische Versorgung. Wir sind davon überzeugt, dass ein gutes Gesundheitssystem solidarisch organisiert sein muss. Darum werden wir uns auch weiterhin

für eine Bürgerversicherung für alle einsetzen. Wir wollen, dass sich das medizinische Angebot an den Versorgungsnotwendigkeiten einer Region orientiert. Dazu braucht es eine gemeinsame Versorgungsplanung. Wir unterstützen die Stärkung der HausärztInnen als kontinuierliche AnsprechpartnerInnen ihrer PatientInnen, um unnötige Mehrfachdiagnostik und die Verordnung von zu vielen Medikamenten zu vermeiden. Die haus- und kinderärztliche Versorgung muss in allen Quartieren gut erreichbar und gesichert sein. Darum setzen wir uns weiter für eine kleinräumigere Zulassungsplanung ein.

Passende Angebote

In allen gesundheitspolitischen Fragen leitet uns der Grundsatz „Die Angebote müssen sich an die Menschen anpassen und nicht die Menschen an die bestehenden Angebote!“ Für uns steht die Nutzerorientierung anstelle der Anbieterorientierung im Vordergrund. Deshalb setzen wir Grünen uns dafür ein, dass es insbesondere auch ein differenziertes Angebot für Flüchtlinge und Menschen mit einem Migrationshintergrund gibt. Die Selbsthilfe ist eine zusätzliche Unterstützung zur Bewältigung von chronischen Krankheiten und akuten Gesundheitskrisen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der bisherige Umfang der finanziellen Unterstützung aus der öffentlichen Hand erhalten bleibt. Neben der Einrichtung des sozialpädiatrischen Instituts für Eltern von Kindern mit körperlicher und seelischer Behinderung unterstützen wir auch die zügige Einrichtung eines medizinischen Zentrums für erwachsene Behinderte.

Wir Grünen werden die freien Hebammen – auch nach ersten Teilerfolgen – weiter in ihrem Kampf für wirtschaftlich tragbare Arbeitsbedingungen unterstützen. Es darf nicht passieren, dass ein Berufsstand ausstirbt, der Frauen

die Wahl ermöglicht, wie und wo sie ihr Kind zur Welt bringen! Wir erkennen die Möglichkeit, Kaiserschnitte sicher durchzuführen, als großen medizinischen Fortschritt an, meinen aber, dass eine Kaiserschnittrate von über 30 Prozent deutlich zu hoch ist. Auf unsere Initiative wurde das „Bündnis zur Förderung der natürlichen Geburt“ etabliert. Wir werden diesen Prozess intensiv voranbringen. Wir setzen uns für gute Rahmenbedingungen zur Erhöhung der Stillrate ein.

Seelische Gesundheit

Uns ist es gelungen, die Förderung der seelischen Gesundheit zu einem Schwerpunkt unserer Arbeit zu machen. Dabei sind Angebote der kulturellen Bildung ebenso nötig wie beispielsweise Lärmschutz und ein gutes Betriebsklima. Unsere Arbeit zugunsten der Förderung der seelischen Gesundheit in allen Lebensbereichen werden wir intensiv fortsetzen. Wir machen uns weiter stark für eine Psychiatriereform in Bremen und Bremerhaven. Dazu gehören unter anderem der Ausbau ambulanter, regionaler und passgenauer Angebote, die Stärkung der Beteiligung von Patienten und Patientinnen sowie Angehörigen und die verbindliche Vernetzung der Behandlungsangebote. Dabei ist eine gewaltvermeidende Behandlung entscheidend. Ein wichtiger Schritt dafür ist die von uns angestoßene Reform des „Gesetzes für Hilfen und Schutzmaßnahmen psychisch Kranker“.

Verbesserte Bedarfsplanung

Die Krankenhauslandschaft in Bremen ist vielfältig. Wir unterstützen alle Kliniken bei ihrer schweren Aufgabe, eine hochwertige medizinische Versorgung der Bevölkerung zu sichern. Besondere Verantwortung haben wir für die vier

kommunalen Kliniken unter dem Dach der Gesundheit Nord. Der Prozess der letzten Jahre zur Entwicklung einer Medizinstrategie, die die Schwerpunkte der jeweiligen Klinik im Gesamtverbund festlegt, ist sinnvoll und wird von uns eng begleitet. Eine zentrale Versorgungs- und Bedarfsplanung unter Einbeziehung aller Krankenhäuser ist notwendig. Grundlage dieser Planung muss der Bedarf der Bürgerinnen und Bürger in Bremen und der Umgebung sein. Da Bremen bis zu 40 Prozent Patientinnen und Patienten aus dem niedersächsischen Umland versorgt, ist eine Abstimmung mit Niedersachsen und letztlich eine gemeinsame Bedarfsplanung in der Region notwendig. Das gilt insbesondere auch für Bremerhaven, wo die stationäre Versorgung vor großen Veränderungen steht. So können Versorgungslücken geschlossen, aber vielleicht auch unnötige Doppelstrukturen abgebaut werden.

Wir Grünen haben im Gesundheitswesen eine Reihe von Anti-Korruptions-Initiativen gestartet. Dazu gehören eine Bundesratsinitiative zur Verbesserung der Sicherheit von Medizinprodukten, die Forderung zur Auflösung der Verknüpfung von der Anzahl bestimmter Operationen mit Chefarztgehältern und die Initiative zur Vermeidung unnötiger Mehrfachmedikation, insbesondere im Alter. Die Risiken und die Qualität von Medikamenten und Medizinprodukten sind unabhängig von wirtschaftlichen Interessen zu untersuchen. Dem Einfluss der Pharmalobby auf Medikamentenverordnung und Leitlinien treten wir entgegen. Das ist ein Arbeitsschwerpunkt, den wir energisch fortsetzen werden.

Zielgruppenorientierte medizinische und gesundheitliche Versorgung

Die Ausgestaltung des medizinischen Angebots und die

Bewertung von Krankheitserscheinungen sind vielfach noch an der mitteleuropäischen und männlichen Norm orientiert. Es bedarf einer medizinischen und therapeutischen Versorgung, die auf die je spezifischen Bedarfslagen von Frauen und Männern ausgerichtet ist – insbesondere bei Präventionsangeboten, in der Psychiatrie oder in der Suchthilfe. Wir wollen dafür sorgen, dass Angehörige aller Gesundheitsberufe in Bremen und Bremerhaven verstärkt für geschlechtsspezifische Unterschiede sensibilisiert werden. Menschen mit Migrationshintergrund werden im Gesundheitssystem häufig unter- und fehlversorgt. Sprach- und Verständigungsprobleme und vor allem die mangelnde interkulturelle Öffnung des deutschen Gesundheitssystems verschärfen diesen Konflikt. Eine kulturspezifische Versorgung muss ein wesentlicher Bestandteil der Ausbildungen im Gesundheitssektor werden. Wir Grünen setzen uns dafür ein, dass die Ansätze für eine interkulturelle Öffnung der Krankenhäuser weiter vorangetrieben werden. Auf Bundesebene muss eine Finanzierung von Dolmetscherkosten durch die Krankenkassen sichergestellt werden. Wichtige gesundheitliche Informationen sollen künftig auch in einfacher Sprache vorliegen, das hilft vielen Zielgruppen. Wir setzen uns zudem für eine grundlegende medizinische Versorgung von papierlosen Migranten und Migrantinnen, nicht-krankenversicherten EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern und Asylsuchenden ein, die unter anderem ein besonderes Angebot für Flüchtlinge mit traumatischen Erlebnissen beinhaltet.

Rahmenbedingungen verbessern

Die Vielzahl von Krankenhäusern sowie Einrichtungen und Praxen der ambulanten Versorgung stellt einen bedeutenden Arbeitsmarkt in unserem Land dar. Wir Grünen wollen

dazu beitragen, dafür zukunftsfähige Rahmenbedingungen zu ermöglichen. Die Qualität eines Gesundheitswesens ist nicht zuletzt auch von den Arbeitsbedingungen der Beschäftigten abhängig. Wir engagieren uns in der derzeit stattfindenden Debatte zur Weiterentwicklung der Pflegeberufe sowie die Durchlässigkeit zu höheren Qualifikationen in den Pflege- und Therapieberufen. Dem drohenden Fachkräftemangel muss durch die Sicherstellung der Ausbildung für Ergo- und Physiotherapie und Logopädie begegnet werden.

Mit der Beratungsstelle für Berufskrankheiten konnten wir Menschen, die in Folge ihrer Erwerbsarbeit krank geworden sind, besser unterstützen. Das betrifft auch viele Asbestose-Kranke und deren Angehörige, um die wir uns intensiv kümmern. Sie haben trotz schwerster Leiden oft Probleme, ihre Berufskrankheit bei der Berufsgenossenschaft anerkannt zu bekommen. Unser politisches Ziel ist die Umkehr der Beweislast auf Bundesebene. Die entwürdigende Situation, dass die Betroffenen den Beweis erbringen müssen, durch ihre Arbeit krank geworden zu sein, wollen wir dadurch abschaffen. Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass Betroffene bessere Chancen haben, neutrale Gutachter oder Gutachterinnen zu finden. Grundsätzlich setzen wir uns für die dringend benötigte Prävention körperlicher und seelischer Erkrankungen am Arbeitsplatz ein. Im öffentlichen Dienst sind wir mit zahlreichen Programmen vorangegangen.

Wir Grünen werden auch weiterhin konsequent für einen wirksamen NichtraucherInnenenschutz eintreten und den Schutz vor Passivrauchen, insbesondere auch zum Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, verbessern.

Sucht und Drogen

Suchtkrankheiten sind eine gesellschaftliche Tatsache, die ihre Auswirkungen in allen sozialen Schichten zeigt. Die Krankheit „Sucht“ ist von der Frage nach der Legalität des süchtig machenden Stoffes weitgehend unabhängig, wie die Beispiele Alkohol und Nikotin zeigen. Wichtig für die Suchtbekämpfung ist eine niedrighschwellige Prävention. Kinder und Jugendliche müssen nicht nur über die Risiken von süchtig machenden Stoffen informiert, sondern auch in der Gesellschaft gestärkt werden und lernen, Nein zu sagen. Dafür ist ein enges Zusammenspiel zwischen Kitas, Schulen und Eltern nötig. Das Personal muss gezielt geschult werden. Andere Suchterscheinungen, wie die Abhängigkeit von Computerspielen, Glücks- oder Wettspielen, stellen uns vor neue Herausforderungen. Wir wollen dafür sorgen, dass Präventions- und Beratungskonzepte gezielt entwickelt und angeboten werden.

Wir Grünen wollen einen Wechsel in der Drogenpolitik. Die bisherige Verbotspolitik ist gescheitert. Wir wollen weg von der Kriminalisierung und hin zu mehr Prävention und Aufklärung. Unser Ziel ist es, dass der bloße Besitz von Drogen wie Cannabis zum Eigengebrauch nicht mehr strafrechtlich verfolgt wird. Wer nicht berauscht am Straßenverkehr teilnimmt, soll – wie beim Alkohol – den Führerschein behalten können. Unter Beachtung eines strengen Jugendschutzes wollen wir Möglichkeiten ausloten für wissenschaftliche Modellversuche zur kontrollierten Abgabe und medizinischen Nutzung von Cannabis, zum „Drugchecking“ auf Verunreinigungen von Drogen und für Räume für den

Drogenkonsum. Wir fordern vor diesem Hintergrund auf Bundesebene die Einsetzung einer Expertenkommission, die die aktuelle Drogenpolitik grundlegend überprüft und differenzierte Vorschläge für eine Neuregelung der gesetzlichen Grundlagen macht.

Grüne Politik für ältere und alte Menschen

Viele ältere und alte Menschen haben nach Beendigung ihrer Erwerbstätigkeit noch viele Jahre aktiven und ausgefüllten Lebens vor sich. Wir Grünen wollen auf ihre Erfahrungen und Fähigkeiten nicht verzichten. Wir schätzen und unterstützen das vielfältige ehrenamtliche Engagement älterer Menschen. Die soziale und gesellschaftliche Teilhabe von älteren Menschen durch die Förderung eines möglichst selbstbestimmten Lebens ist für uns ein zentrales Anliegen.

Abbau von Barrieren

In den letzten vier Jahren haben wir Grünen viel Wert auf den Abbau von Barrieren gelegt. Wir haben uns um die Barrierefreiheit von Geldautomaten gekümmert und auch darum, dass in vielen Bereichen eine verständlichere Sprache benutzt wird. Ein Durchbruch ist uns gelungen bei der aufsuchenden Altenarbeit: Die Modellprojekte wurden in eine Regelförderung übernommen und sogar auf zwei weitere Stadtteile ausgedehnt. So erhalten immer mehr Menschen Beratung und Unterstützung für eine selbstbestimmte Lebensführung. Viele Begegnungsstätten sind inzwischen auf einem guten Weg, sich zu offenen Treffpunkten im Stadtteil

zu entwickeln, zu Anziehungspunkten mit differenzierten Angeboten für unterschiedlichste Menschen. Das Bremische Wohn- und Betreuungsgesetz, Nachfolge des Heimgesetzes, hat sich bewährt, die sogenannte Heimaufsicht konnte gestärkt werden. Damit auch alte Menschen dort wohnen bleiben können, wo sie wollen, obwohl sie finanziell nicht gut gestellt sind, haben wir dafür gesorgt, dass nun einfachere und praktikablere Richtlinien zur Erstattung der Wohnkosten bei der Grundsicherung gelten.

Leben im Quartier

Auch künftig werden wir Grünen daran arbeiten, dass sich ältere und alte Menschen aktiv in gesellschaftliche Prozesse einbringen können. Das bedeutet für uns: Wir schaffen Raum für Engagement, fördern Begegnungsstätten im Quartier und unterstützen Menschen in ihren Bemühungen, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen. Die bremische Seniorenvertretung wollen wir stärken und die Transparenz ihrer Arbeit verbessern. Dabei setzen wir auf eine verstärkte Kooperation von Beratungsstellen, Dienstleistungszentren, Sozialzentren und Ortsämtern in den Quartieren. Unser Ziel ist es, dass alte Menschen in ihrem Lebensumfeld so lange wie möglich verbleiben können und die dafür nötige Infrastruktur vorfinden. Hierzu gehört für uns die Ausweitung der aufsuchenden Altenarbeit, Besuchsdienste wie „Zeit schenken“, die Förderung neuer Wohnformen wie Altenwohngemeinschaften und Mehrgenerationenwohnprojekte, die Berücksichtigung von Konzepten zum Gemeinschaftswohnen in Stadtplanungsprozessen und die Förderung des Angebots von kleinem und mittelständischem Einzelhandel sowie von Gesundheitsdienstleistungen in den Stadtteilen.

Zunehmende Altersarmut ist auch in Bremen eines der drängendsten Probleme. Angesichts unsteter Erwerbsbiografien, weit verbreiteter Niedriglöhne und eines sinkenden Rentenniveaus wird die Altersarmut absehbar noch zunehmen. Das betrifft vor allem Frauen, die auch aufgrund überkommener Rollenzuweisungen und fehlender Betreuungsplätze nicht oder in Teilzeit erwerbstätig waren und sind. Dem setzen wir eine umfassende arbeitsmarkt- und sozialpolitische Strategie entgegen, denn ein zentraler Punkt grüner Politik auf allen Ebenen bleibt die Bekämpfung von Altersarmut.

Unterstützung und Pflege

Auch in den nächsten Jahren wird die Zahl der Menschen zunehmen, die Unterstützungs- und Pflegeleistungen dauerhaft oder zeitlich begrenzt benötigen. Für uns Grüne gilt, dass Pflege bedarfsgerecht und mit hoher Qualität erbracht werden muss und dabei immer das Selbstbestimmungsrecht des zu unterstützenden Menschen zu wahren ist. Wir setzen uns für die Förderung eines kulturspezifischen Pflegedienstleistungsangebots für die älter werdende Bevölkerung mit Migrationshintergrund ein.

Wir Grünen haben in den letzten vier Jahren großen Wert darauf gelegt, im Vorfeld der Pflegebedürftigkeit Unterstützung zu organisieren, indem wir Beratungsangebote ausgeweitet oder erhalten haben. Wir haben Wohnen mit Unterstützung in der eigenen Wohnung gefördert und eine Umsteuerung durch Vereinbarungen mit Heimträgern über den Abbau von stationären Plätzen zugunsten ambulanter Angebote begonnen. Zur Verbesserung der Pflege haben wir uns an der Bremer Pflege-Initiative beteiligt, die Zahl der

Ausbildungsplätze in der Altenpflege wurde um die Hälfte erhöht und die Altenpflegeausbildung ist jetzt auch bei ambulanten Diensten möglich.

Versorgung im Quartier

Auch künftig wird die Förderung von ambulanten und miteinander verzahnten Unterstützungs-, Pflege- und Betreuungsangeboten eine entscheidende Grundlage sein. Unverzichtbar ist für uns eine wohnortnahe, integrierte Versorgung im Quartier, denn dies entspricht mehrheitlich den Wünschen der Pflegebedürftigen. Dies gilt meistens auch dann, wenn Menschen eine palliative oder hospizliche Begleitung benötigen und wird von uns Grünen ausdrücklich unterstützt. Ambulante Unterstützung muss die gleiche Versorgungssicherheit bieten wie stationäre Pflege. Daher werden wir in den Quartieren 24-Stunden-Rufbereitschaften einrichten. Um für mehr Menschen ein Höchstmaß an Selbstbestimmung zu gewährleisten, wollen wir das Modell der „Persönlichen Assistenz“ ausbauen.

Die Zahl der Menschen mit Demenz wird auch künftig weiter ansteigen. Auch Demente sollen so lange wie möglich selbstbestimmt in ihrem Quartier leben können. Dafür wollen wir Initiativen, Projekte und Aktionen sowie deren Vernetzung unterstützen, die sich für einen respektvollen und unterstützenden Umgang mit Betroffenen und deren Angehörigen einsetzen.

Leider werden Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, auch Opfer von Gewalt. Wir setzen uns deshalb für eine stärkere Kontrolle von Pflegeeinrichtungen und für Gewaltschutzmaßnahmen ein.

Anerkennung der Pflegedienstleistungen

Ein Großteil von Pflegeleistungen wird immer noch im familiären Umfeld erbracht. Dieses Engagement ist wert-zuschätzen, insbesondere weil dies für viele Angehörige – besonders Frauen – eine hohe körperliche wie psychische Belastung bedeutet. Wir setzen uns hier für die Anerken-nung der Leistung und für Unterstützungssysteme ein. Wir wollen erarbeiten, wie die Qualität der ehrenamtlich/fami-liär erbrachten Pflege so gesichert werden kann, dass diese Maßnahmen als Beratung und Unterstützung erlebt werden.

Bessere Bedingungen für gute Pflege

Die Arbeitsbedingungen in der Pflege sind zu verbessern. Um den Pflegeberuf attraktiver zu gestalten, setzen wir uns dafür ein, dass Pflegende bei der Systemgestaltung mitwirken können. Deshalb fördern wir die Einbindung der professionellen Pflege in die kommunalen und landes-weiten Entscheidungsgremien der Selbstverwaltung mit Stimmrecht. Außerdem wollen wir prüfen, welche Aufgaben und Vorteile eine Pflegekammer unter bremischen Bedin-gungen haben könnte. Dringend nötig ist für uns auch die bessere Integration von Fachkräften aus EU-Mitgliedsstaa-ten und Drittstaaten. Um dem drohenden Fachkräftemangel zu begegnen, wollen wir die Zahl der Ausbildungsplätze in der Alten- und Krankenpflege erhöhen. Zudem wollen wir prüfen, ob in Bremen ein Programm zur Nachqualifizierung von Hilfskräften zu Fachkräften aufgelegt werden kann.

Wir Grünen wollen einen stärkeren Einfluss der Kommu-nen auf die Infrastruktur der Pflegeversorgung. Wir wollen neue Unterstützungsformen bei Hilfe- und Pflegebedürf-tigkeit fördern und lehnen den ungehemmten Ausbau von vollstationären Pflegeheimen ab. Wir fordern eine regelmä-

ßige Pflegeberichterstattung und eine darauf basierende Bedarfsplanung pflegerischer Versorgungsstrukturen. Wir setzen uns für den Ausbau der Pflegestützpunkte ein. Aufsuchende, pflegfachliche Beratung im Einzelfall muss verstärkt von dort aus möglich werden.

Die Übertragung der Heilkunde auf Pflegefachkräfte ist inzwischen in bestimmten Bereichen möglich. Wir Grünen setzen uns für eine schnellstmögliche praktische Umsetzung dieser empfohlenen Modellvorhaben in Bremen ein. Dafür müssen umgehend pflegerische Ausbildungsinhalte angepasst und die Leistungsverträge zwischen den Krankenkassen und den Leistungserbringern abgeschlossen werden. Darüber hinaus wollen wir prüfen, wie eine sinnvollere, effizientere Aufgabenverteilung unter allen Gesundheitsberufen auf Bundes- und Landesebene möglich wäre. Wir wollen hohe Ausbildungsstandards in der Pflege erhalten. Diese müssen schon bald deutlich ausgebaut werden. Bremische Standards in der Ausbildung und in den Berufen der Pflege dürfen nicht hinter Bundesstandards zurückfallen. Den Trend zur Entprofessionalisierung der Pflegearbeit aus Kostengründen lehnen wir ab.

Der Pflege im Krankenhaus muss für den Heilungsprozess eine größere Bedeutung zukommen. Viele Operationen könnten vermieden und der Heilungsprozess besser organisiert werden, wenn der Pflegebereich eigenständig die Genesungsprozesse organisieren könnte. Die Finanzierung über diagnosebezogene Fallgruppen muss erforderliche Pflegeleistungen besser berücksichtigen. Wir setzen uns für rechtliche Rahmensetzungen zur Mindestpersonalbemessung in Krankenhäusern und Pflegeheimen ein. Die Patientinnen und Patienten müssen mit der nötigen Unterstützung besser auf ihre Entlassung vorbereitet werden. Das gilt

sowohl für die benötigten Hilfsmittel, eventuelle Wohnungsanpassungen eingeschlossen, als auch für die häusliche Krankenpflege. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, die Ansprüche an die Krankenversicherung auf „Häusliche Krankenpflege“ auszuweiten.

Behinderungen – für ein gleichberechtigtes Miteinander

Mit der Übernahme der UN-Behindertenrechtskonvention in deutsches Recht haben sich der Bund und die Bundesländer verpflichtet, behinderten Menschen eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Sie haben daher diskriminierende Bestimmungen zu beseitigen und angemessene Vorkehrungen zu treffen, um auch faktisch behinderten Menschen den Zugang zu allen gesellschaftlichen Bereichen zu eröffnen. Für uns Grüne steht die Inklusion behinderter Menschen von Beginn an als Ziel ganz oben auf der Agenda. Wir setzen uns dafür ein, dass Formulare in allen Bereichen verständlicher werden, denn leichte Sprache nutzt vielen! Wir wollen die Inklusion in Kindertageseinrichtungen und Schulen weiter ausbauen und die gemeinsame Förderung behinderter und nichtbehinderter Kinder weiterentwickeln. Dazu wollen wir im Kindergarten die Frühförderung in den Alltag einbeziehen und in der Schule den „ziendifferenten Unterricht“, bei dem die Lernziele individuell festgelegt werden, verstärken. Schule und Jugendhilfe müssen stärker zusammenarbeiten, damit kein Kind mehr ausgegrenzt wird.

Zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention haben wir in Bremen unter Federführung des grünen Sozialressorts zusammen mit den Interessenvertretungen der behinderten Menschen einen Aktionsplan erarbeitet, der Veränderungen in allen Senatsressorts vorsieht. Die Umsetzung dieses Aktionsplans soll von einem Ausschuss beim Landesbehindertenbeauftragten unter Beteiligung der Behindertenverbände begleitet werden.

Teilhabe und Selbstbestimmung!

Um die soziale Teilhabe zu verbessern, werden wir Grünen jährlich 5 Prozent der stationären Plätze in ambulante Angebote in der eigenen Wohnung umwandeln. Es darf nicht mehr von der Art und Schwere der Beeinträchtigung abhängen, ob jemand in einer eigenen Wohnung leben darf! Dazu müssen quartiersbezogene Rufbereitschaften eingerichtet werden, die rund um die Uhr die notwendigen Hilfen erbringen.

Das System persönlicher Assistenz soll ausgebaut werden, um eine stärker selbstbestimmte Unterstützung zu ermöglichen. Das soll auch eine Begleitung zu Gemeinschaftsaktivitäten vereinfachen. Pflege und Eingliederungshilfe müssen dafür zu einem Unterstützungssystem zusammengeführt werden. Auf Bundesebene sind wir aktiv an der Reform der Eingliederungshilfe beteiligt. Sie soll zu einem umfassenden Recht auf soziale Teilhabe ausgebaut werden.

Wir Grünen wollen den Zugang Behinderter zum allgemeinen Arbeitsmarkt verbessern. Dazu wurden bereits zwei Integrationsprojekte im Rahmen der Werkstatt Bremen gestartet, die auch Menschen aus der Werkstatt für behinderte Menschen eine reguläre Beschäftigung zu tariflichen Entgelten bietet. Dort haben wir die Weiterbildung intensiviert,

so dass auch anerkannte berufliche Teilabschlüsse erreicht werden können. Mit dem „Budget für Arbeit“ werden wir behinderten Menschen die Möglichkeit eröffnen, die finanziellen Zuwendungen, die sie in einer Werkstatt für behinderte Menschen erhalten, auch für eine Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt einzusetzen. Wir setzen uns dafür ein, die Programme für eine unterstützte Beschäftigung der Bundesagentur für Arbeit auszuweiten.

Abbau von Barrieren

Der Zugang zum Gesundheitssystem darf nicht an Barrieren scheitern! Wir werden die Krankenkassen auffordern, verbindliche Vereinbarungen zu treffen, damit medizinische und therapeutische Leistungen in barrierefreien Räumen und mit barrierefreien Einrichtungen erbracht werden.

Barrierefreiheit im öffentlichen Raum ist Ziel grüner Politik. Die Bremer Landesbauordnung muss die Barrierefreiheit umfassender sicherstellen. Im Wohnungsbau werden wir die Zahl der rollstuhlgeeigneten Wohnungen durch entsprechende Auflagen und Förderung erhöhen. Der Nahverkehr muss weiter barrierefrei ausgebaut werden. Wir wollen prüfen, wie in Hotels und Hostels 5 Prozent der Zimmer behindertengerecht umgestaltet werden können. Ebenso wollen wir prüfen, wie eine barrierefreie Gestaltung von Sanitäranlagen und Gasträumen in Gast- und Veranstaltungsstätten unterstützt werden kann und wie Bauträger bei bestehenden Bauten notwendige Anpassungen realisieren können.

Kapitel 6: Demokratische Teilhabe, Sicherheit, Justiz und Sport

Beteiligung und Engagement

In Bremen gibt es viel Engagement für die Demokratie und deren Stärkung. Bürgerinnen und Bürger engagieren sich ehrenamtlich in Beiräten, Vereinen, Initiativen, Netzwerken, Selbsthilfegruppen, Verbänden und Parteien für das Gemeinwohl. Wir Grünen fördern alle Beteiligungsformen, denn Demokratie funktioniert nur, wenn viele Menschen – aus unterschiedlichen Zusammenhängen – Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen.

Mehr Möglichkeiten direkter Beteiligung

Wir Grünen stehen für die demokratische Teilhabe aller – sowohl durch mehr direkte Beteiligungsmöglichkeiten als auch durch eine bessere und geschlechtergerechte Repräsentanz. Dafür brauchen wir neue Verfahren, aber auch starke und repräsentative parlamentarische Vertretungen. Bürgerbeteiligung ist für uns kein Zustand, sondern ein Prozess, der Beteiligungsformen fördert, überprüft, fortentwickelt und allen Menschen offenstehen soll.

Was wir in der rot-grünen Koalition für mehr Bürgerbeteiligung getan haben, kann sich sehen lassen! Wir haben

die generellen Hürden für Volksentscheide, zuletzt auch bei Verfassungsänderungen, deutlich gesenkt, als erstes Bundesland haben wir Volksentscheide bei Privatisierungen eingeführt. Wir haben uns für bundesweite Volksentscheide eingesetzt, das Quorum der notwendigen Unterschriften für Bürgeranträge halbiert und die Online-Unterschrift ermöglicht. Damit stehen wir im deutschlandweiten Vergleich ganz weit oben.

Stärkung der Stadtteilbeiräte

Wir haben die Beiräte gestärkt, ihnen ein Rederecht in der Stadtbürgerschaft und das Wahlrecht für ihre Ortsamtsleitungen gegeben und überprüfen zurzeit das Beirätegesetz auf seine Praxistauglichkeit. Wir prüfen die Einführung einer Vorhabenliste, die wie in Heidelberg alle öffentlichen Bauvorhaben einfach und übersichtlich darstellt. Große Beteiligungsprozesse, wie bei der Planung eines gesamten Quartiers auf dem Gelände des Klinikums-Mitte oder der Verkehrsentwicklung, finden deutschlandweit Beachtung. Um dabei möglichst viele Menschen zu erreichen, nutzen wir die Beteiligung über das Internet ebenso wie Bürgerforen und Formen der aufsuchenden Beteiligung. Auch im Bereich der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen haben wir viel erreicht. Um klare Regeln für Beteiligung über den gesetzlichen Rahmen hinaus zu schaffen, haben wir den „Entwicklungsplan Bürgerbeteiligung“ auf den Weg gebracht. Aus Erfahrungen und Fehlern lernen wir. Politik und Verwaltung erarbeiten gemeinsam mit Beiräten und Bürgerinnen und Bürgern faire Beteiligungsverfahren.

Gemeinsam mit den Beiräten wollen wir beraten, ob wir ihre Entscheidungsbefugnisse ausweiten und ob ihre Aufgaben und vorhandenen Ressourcen im Einklang stehen.

Wir werden Fortbildungs- und Weiterbildungsangebote für die Verwaltung und die Beiräte entwickeln und anbieten. Um die Arbeitsfähigkeit der Beiräte zu gewährleisten, werden wir eine personelle Grundausrüstung der Ortsämter sicherstellen.

Beteiligung von klein auf

Wir wollen, dass Bürger und Bürgerinnen das Recht haben Beteiligungsprozesse zu initiieren. Wir wollen in allen Themenbereichen die Menschen mit ins Boot holen und dabei gezielt Gruppen einbinden, deren Meinungen bisher nicht ausreichend repräsentiert sind. Wir werden daran arbeiten, Beteiligungsprozesse geschlechtersensibel zu gestalten und Barrieren aufgrund von Sprache, Herkunft oder Bildungsstand abzubauen. Damit Demokratie von klein auf gelernt wird, wollen wir Kinder und Jugendliche altersangemessen an Entscheidungen beteiligen, die sie betreffen. Deshalb wollen wir Kinder- und Jugendbeteiligungsprojekte fördern und gemeinsam mit Kitas, Schulen und Freizeits bestehende Konzepte und Standards weiterentwickeln. Für mehr direkte Entscheidungen wollen wir eine elektronische Unterschrift bei Volksbegehren einführen und wichtige Entscheidungen zum Volksentscheid vorlegen.

Freiwilliges Engagement wertschätzen

Wir würdigen das freiwillige Engagement in allen gesellschaftlichen Bereichen und werden die Bedingungen dafür verbessern. Dafür wollen wir prüfen, ob sich ein „Ehrenamtszeitkonto“ in das Bildungsurlaubsgesetz integrieren lässt, um bürgerschaftliches Engagement zu würdigen und zu fördern.

„Whistleblower“, die öffentlich machen, wo etwas falsch läuft, brauchen Respekt und Schutz. Wir wollen deshalb Regelungen zu ihrem Schutz vor Benachteiligung schaffen, wenn sie für die Allgemeinheit wichtige Informationen an die Öffentlichkeit bringen.

Öffentliche Sicherheit

Freiheit und Sicherheit sind gleichwertige Eckpfeiler unserer demokratischen Gesellschaft. Diese zu gleichen Teilen zu wahren ist die Aufgabe des Staates. Dabei gilt es, die Balance zwischen den erforderlichen Sicherheitsbedürfnissen der Menschen und der Wahrung ihrer Bürgerrechte zu halten. Wir halten nichts davon, Bürgerinnen und Bürger unter Generalverdacht zu stellen und sie massenweise überwachen zu lassen. Ein demokratischer Staat steht seinen Bürgerinnen und Bürgern offen und ohne Misstrauen gegenüber.

Für eine moderne und offene Polizei

Eine moderne und offene Polizei schafft die Grundlage für Sicherheit in unserem Bundesland. Wir Grünen setzen uns dafür ein, dass sie auch in den kommenden Jahren eine verlässliche Personalausstattung erhält und ihren vielfältigen Aufgaben in der Präventionsarbeit und Kriminalitätsbekämpfung gerecht werden kann. Hierzu sind aus Sicht von uns Grünen 2.500 Beschäftigte bei der Polizei Bremen und 474 bei der Ortspolizeibehörde Bremerhaven nötig. Wir wollen die Stärken der Ortspolizeibehörde Bremerhaven und der Polizei Bremen in enger Kooperation bündeln. Den Anteil von Frauen und von Menschen mit Migrationshintergrund auch in den Führungspositionen der Polizei wollen wir erhöhen.

Die Polizei muss ein klar rechtsstaatliches Profil haben, um ihrer Verantwortung gegenüber dem Staat und der Bevölkerung gerecht zu werden. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Polizei ist ein hohes Gut. Auch Polizistinnen und Polizisten müssen vor Diffamierung geschützt werden. Bei Vorwürfen unrechtmäßiger Polizeiarbeit haben alle Beteiligten ein Interesse an rückhaltloser Aufklärung. Die Arbeit der internen Ermittlung bei dem Senator für Inneres ist dafür wichtig. Außerdem soll sie auch für einzelne Polizistinnen und Polizisten eine unabhängige Anlaufstelle sein, an die sie sich bei Missständen wenden können. Darüber hinaus wollen wir die Position einer/eines Polizeibeauftragten beim Landtag einrichten. Sie oder er wird Opfer von Polizeiübergriffen über ihre Möglichkeiten informieren, beraten und gegebenenfalls bei weiteren Schritten unterstützen, kann zugleich aber dazu beitragen, ungerechtfertigte Anwürfe frühzeitig auszuräumen.

Wir Grünen lehnen Gewalt ab. Angriffe auf Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sind für uns nicht akzeptabel und müssen mit den Mitteln des Rechtsstaates schnell und klar geahndet werden. Populistische Forderungen nach Strafverschärfung halten wir für falsch und wirkungslos. Wir wollen gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Vertretungsorganen in einen Dialog darüber treten, wie die Beamtinnen und Beamten im Dienst besser geschützt werden können; und wir wollen öffentlich für gegenseitigen Respekt werben.

Den Einsatz des „Tasers“, einer Elektroschockwaffe, lehnen wir ab und werden ihn als Waffe aus dem Polizeigesetz streichen. Die Folgen des Einsatzes sind nicht eindeutig vorhersehbar.

Das sogenannte „Racial Profiling“, z. B. Kontrollen aufgrund der Hautfarbe, darf keine Grundlage polizeilichen Handelns sein.

Die rechtlichen Grundlagen für die sogenannten „Gefahrenorte“ wollen wir klarer fassen und somit einer ausufernden Handhabung entgegenreten. Das Bestreben, die Anzahl der in Umlauf befindlichen Waffen zu reduzieren, wird von uns Grünen ausdrücklich unterstützt.

Wir wollen einen effektiven Rechtsschutz gegen unzulässige polizeiliche Datenspeicherungen und Weitergaben von Daten ermöglichen. Wenn die Polizei Erkenntnisse über vermeintliche oder tatsächliche Beteiligte von Straftaten in ihren Informationssystemen festhält, sollen die Betroffenen künftig hierüber informiert werden, sofern dies die Ermittlungen nicht gefährdet. An berechnigte Private soll die Polizei personenbezogene Daten – außer bei Gefahr im Verzug – erst weitergeben dürfen, nachdem die Betroffenen Gelegenheit hatten, Rechtsmittel gegen die Datenweitergabe einzulegen.

Um die vielfältiger gewordenen Aufgaben und Ansprüche an die Polizei finanzieren zu können, halten wir es für richtig, dass Verursacher von außergewöhnlich hohen Polizeikosten – entstanden durch Wochenendüberstunden von mehreren Hundertschaften – daran beteiligt werden sollen, etwa bei Risikospielen der Fußballbundesliga.

Die beste Bekämpfung von Kriminalität und Gewalttaten ist, sie gar nicht erst aufkommen zu lassen. Deshalb sind Kindergärten, Schulen, Jugendgruppen, Freizeitheime und Vereine für uns auch wichtige Einrichtungen der Prävention. Wir müssen Präventionskonzepte entwickeln und umsetzen, die junge Menschen davon abbringen können, sich zu radikalieren. Wir wollen verhindern, dass Terrororganisationen jeglicher Art junge Bremerinnen und Bremer für ihre extremistischen Ziele rekrutieren können.

Die Feuerwehren verlässlich ausstatten

Die Feuerwehren im Land Bremen sind ein wichtiger Bestandteil unserer Sicherheitsarchitektur. Wir werden sie auch in Zukunft personell verlässlich ausstatten. Unsere Stadt ist gerade an den Rändern in den letzten Jahren gewachsen. Dieser Entwicklung muss auch die Brandschutzbekämpfung Rechnung tragen. Im Rahmen der Diskussion des Brandschutzkonzeptes sind wir offen für Veränderungen der Standorte von Feuerwehren. Die Kräfte der Feuerwehr müssen sich auf ihr Einsatzmaterial verlassen können. Wir setzen uns auch weiterhin für eine moderne und leistungsfähige Ausstattung ein.

Die Freiwilligen Feuerwehren sind ein wichtiger Bestandteil des Brandschutzes in unserer Stadt. Das ehrenamtliche Engagement schätzen wir sehr. Wir unterstützen daher die Wehren bei der Gewinnung neuer Kräfte, insbesondere von Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund, durch eine entsprechende Kampagne. Wir wollen als Dankeschön alle Ehrenamtlichen mit der Ehrenamtscard ausstatten.

Den Umbau des Stadtamts voranbringen

Das Stadtamt Bremen ist das Aushängeschild der Bremischen Verwaltung. Keine andere Behörde hat eine solch hohe Anzahl an Bürgerkontakten. Das hohe Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wollen wir nutzen, um den Umbau der Behörde weiter voranzutreiben, Doppelstrukturen abzubauen und Verwaltungswege zu vereinfachen.

Die Ausländerbehörde wurde zu einer Servicestelle für Aufenthalt und Einwanderung umstrukturiert. Gleichwohl wissen wir, dass noch nicht alles reibungslos funktioniert. Gemeinsam mit den Beschäftigten und Nutzerinnen und

Nutzern wollen wir weitere Verbesserungen in der Arbeit erreichen.

Reformierter Verfassungsschutz

Wir haben den Verfassungsschutz grundlegend reformiert. Die schrecklichen Taten des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) und das Versagen der betroffenen Sicherheitsbehörden sind für uns Mahnung und Antrieb gewesen, das Verfassungsschutzgesetz neu auszurichten. Dabei haben wir die Ergebnisse des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestags berücksichtigt und u. a. den Einsatz von V-Leuten beschränkt.

Gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit

Wir Grünen arbeiten aktiv gegen Rechtsextremismus und die schleichende Verankerung rechtsextremistischer menschenfeindlicher Haltungen im Gedankengut der gesellschaftlichen Mitte. Eine konsequent demokratische und soziale Gesellschaft zu schaffen, die mit wachen Sinnen Menschenfeindlichkeit wahrnimmt und begegnet, ist Aufgabe aller Bremerinnen und Bremer. Wo Bürgerinnen und Bürger sich gegen Nazis engagieren, durch Bildungs- und Beratungsarbeit, durch Demos und friedliche Blockaden von Nazi-Aufmärschen, haben sie unsere volle Unterstützung. Ihr Engagement für die Demokratie verdient staatliche Unterstützung und Anerkennung. Wir wollen ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auflegen, in dem die bisherigen Strukturen und Finanzmittel gebündelt und langfristig abgesichert werden.

Justiz

Wir Grünen stehen für eine effiziente und bürgernahe Justiz. Deshalb wollen wir auch die beiden Kammern des Arbeitsgerichts und die Strafkammer beim Amtsgericht in Bremerhaven erhalten. Die Justiz muss so ausgestattet und organisiert sein, dass Entscheidungen zeitnah fallen. Insbesondere für Rechtsstreitigkeiten im Verwaltungsrecht und Finanzrecht gilt, dass Rechtssicherheit in überschaubarer Zeit auch ein wichtiger Faktor bei Standortentscheidungen von Unternehmen ist.

Effektive Gerichte brauchen eine ausreichende Personalausstattung. Es ist uns in der Justizverwaltung bereits gelungen, durch effizientere Bearbeitungssysteme Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besser einzusetzen. Weiter verbesserter Technikeinsatz wird auch in Zukunft dazu beitragen, den Aufgaben auch ohne Personalausweitung gerecht zu werden.

Ein wichtiger Baustein zur Entlastung der Gerichte ist die Vermeidung von unnötigen Rechtsstreitigkeiten. Wir wollen gerade im Bereich der Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit gezielt Problemschwerpunkte identifizieren und das vorgelagerte Verwaltungsverfahren rechtssicherer und transparenter gestalten. Außerdem sprechen wir uns für die Stärkung außergerichtlicher Konfliktbeilegung, wie z. B. der Mediation, aus. Wir wenden uns entschieden dagegen, das Recht auf Anrufung der Gerichte zu beschneiden und Prozesskostenhilfe und Beratungshilfe einzuschränken. Wir unterstützen ferner die Einführung einer Mediationskostenhilfe.

Bremen hatte jahrelang einen vorbildlichen Umgang mit Opfern einer Vergewaltigung. Jetzt müssen wir feststellen, dass nur wenige Anklagen und noch weniger Verurteilungen dieser Straftat erfolgen. Wir Grünen wollen dieses Thema wieder stärker in den Fokus nehmen und uns auch für eine Änderung der Rechtslage auf Bundesebene stark machen.

In der letzten Wahlperiode ist es uns gelungen, die Selbstverwaltung der Justiz und der organisatorischen Angelegenheiten der Justizverwaltung durch eine Anpassung des Richtergesetzes zu stärken. Wir wollen prüfen, ob diese Schritte noch ausgeweitet werden können und es sich für Bremen als sinnvoll erweisen könnte, Leitungsfunktionen auf Zeit einzurichten.

Wir Grünen wollen die Voraussetzungen für die Übernahme eines Richteramtes verändern, damit in Zukunft mehr Menschen mit Migrationshintergrund und höherem Lebensalter berufen werden können.

Gute soziale und kulturelle Lebensbedingungen sind die beste Kriminalitätsprävention. Daher möchten wir uns vor allem für bessere Bildung, bessere Wohnverhältnisse und für gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum einsetzen. Um bereits beginnende kriminelle Karrieren zu stoppen, müssen Strafen zeitnah und angemessen sein. Hierzu möchten wir das bereits begonnene Programm „Stopp der Jugendgewalt“ weiter auswerten und anpassen. Außerdem setzen wir uns für eine bessere Qualifikation der Staatsanwälte und Staatsanwältinnen und der Richterinnen und Richter bei den Jugendstaatsanwaltschaften und Jugendgerichten ein.

Bremen hat mit der umfassenden Sanierung der Haftanstalten im Land Bremen begonnen, damit ein modernerer und humanerer Strafvollzug möglich wird.

Wir setzen uns für einen Strafvollzug ein, der auf Resozialisierung gerichtet ist. Dem Ziel der Resozialisierung dienen der Vollzug in Wohngruppen und der offene Vollzug. Nach unserer Auffassung gehört es außerdem zur Resozialisierung, die Haftzeit für die Ausbildung und für die Entschuldung der Gefangenen zu nutzen. Wir setzen uns für die Abordnung einer Lehrkraft für den Unterricht für schulpflichtige Gefangene im Jugendvollzug ein sowie für die Möglichkeit der Schuldenberatung bereits in den ersten drei Monaten der Haft. Die Bildhauerwerkstatt und das Projekt Knastgewächse müssen erhalten bleiben.

Menschen, die Probleme mit der Bewältigung ihrer rechtlichen Angelegenheiten haben, haben einen Anspruch auf rechtliche Betreuung. Dabei sollen alle Entscheidungen mit der bzw. dem Betreuten zusammen erfolgen und der persönliche Kontakt soll im Vordergrund stehen. Deshalb wurde der ehrenamtlichen Betreuung durch Angehörige oder nahestehende Personen Vorrang eingeräumt. Wir Grünen wollen durch bessere Beratung die Zahl der ehrenamtlichen und Vereinsbetreuungen erhöhen.

Sport: Bremerinnen und Bremer in Bewegung

Grüne Sportpolitik hat zum Ziel, Bewegungs- und Spielmöglichkeiten für Menschen jeden Alters mit und ohne Vereinsbezug zu schaffen und zu erhalten. Inklusion ist auch und gerade im Sport für uns von hoher Bedeutung. Dabei stehen wir für verlässliche Rahmenbedingungen, die die Arbeit der Sportvereine und der zahlreichen Ehrenamtlichen sichern.

In den letzten vier Jahren konnten wichtige Sanierungsprojekte realisiert werden, wie die Sanierung von Bezirkssportanlagen, der Leichtathletiklaufbahn, Schulsporthallen oder Instandsetzungen in Huchting und in der Pauliner Marsch. Auch in Zukunft werden wir wichtige und notwendige Sanierungen und Reparaturen dort durchführen, wo es dringend nötig ist. Wir wissen, dass in vielen Sporthallen noch viel zu tun ist.

Für uns Grüne ist klar: Alle Bremerinnen und Bremer müssen Gelegenheit zur sozialen Teilhabe haben. Der Zugang zu Sportvereinen ist deshalb von immenser Bedeutung. Hier wird der soziale Zusammenhalt gefördert, Fair Play eingeübt und Gesundheitsprävention betrieben. Die Kooperationen zwischen Schulen, Kitas, Senioreneinrichtungen, sozialen Einrichtungen, Migrantenorganisationen und Vereinen sind ein wichtiger Baustein. Diesen Bereich wollen wir auch in Zukunft fördern und Einrichtungen unterstützen.

Öffentlicher Raum für Bewegung und Spiel für Kinder und Jugendliche ist aus grüner Sicht ein Grundbaustein für soziales Freizeitverhalten. Wir fördern deshalb Vorhaben, die Mädchen und Jungen in gleichem Maße die Möglichkeit zu Bewegung im öffentlichen Raum bieten.

Wir Grünen lehnen jede Form von Gewalt – sei sie verbaler, psychischer oder physischer Natur – im Sport ab. Wir unterstützen deshalb Präventionsprogramme und Fanprojekte gegen Rassismus, Antisemitismus und Homophobie im Sport. Zur Bekämpfung von Gewalt bei sogenannten Risiko-Fußballspielen setzen wir ebenso auf Prävention. Die hervorragende Arbeit der Fanprojekte unterstützen wir ausdrücklich. Sexualisierter Gewalt treten wir auch im Sport entschieden entgegen, arbeiten weiterhin an wirksamen

Schutzmechanismen gegen sexuelle Übergriffe und machen uns für eine Kultur des Hinsehens stark.

Grüne Politik misst sich auch im Sport an den finanziellen Realitäten. Das bedeutet, die wenigen finanziellen Mittel des Sportbereichs gezielt zu nutzen, um Vereine und Projekte zu fördern. Wir wollen, dass sich auch in Zukunft Ehrenamtliche im Sport engagieren, deshalb sichern wir die Übungsleiterpauschale ab. Uns liegen wohnortnahe und moderne Sportgelegenheiten am Herzen. Die Weiterentwicklung des Sports sowie der Vereins- und Verbandsstrukturen unterliegt auch der demografischen Entwicklung. Daher werden wir die Ergebnisse des Sportentwicklungsplans prüfen und in Kooperation mit dem Landessportbund zukunftsweisend umsetzen.

Angesichts der zunehmenden Anzahl von Nichtschwimmern und Nichtschwimmerinnen messen wir der Förderung des Schwimmsports eine hohe Bedeutung zu. Die Bremer Bäder und deren Sanierung bleibt in den nächsten Jahren ein zentrales Thema.

Kapitel 7:

Integration, gleiche Rechte und Antidiskriminierung

Integration und Vielfalt

Unsere bremische Gesellschaft zeichnet sich durch eine zunehmende Vielfalt an Herkunft, Sprache, Religion und kulturellem Hintergrund aus. Grünes Leitbild ist die inklusive Gesellschaft, die diese Vielfalt leben will und ihr Akzeptanz und Wertschätzung entgegenbringt. Wir stellen uns deshalb jeder Form von Rassismus, Islamophobie, Antisemitismus und struktureller Diskriminierung entgegen und unterstützen Antidiskriminierungsprogramme sowie Initiativen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren.

Wir Grünen haben die Bremer Integrationspolitik seit dem Jahr 2007 neu aufgestellt. Aber vieles bleibt noch zu tun. Integration braucht ein gesichertes Aufenthaltsrecht. Kettenduldungen lehnen wir strikt ab. Auf Initiative von uns Grünen hat Bremen Maßnahmen eingeleitet, um die unzumutbaren Duldungen auf ein Minimum zu reduzieren. Daran anknüpfend setzen wir uns für ein Gesetzgebungsverfahren ein, das auch Menschen ohne Aufenthaltsstatus – den sogenannten Papierlosen – eine solche Perspektive eröffnet. Aus grüner Sicht beinhaltet ein zeitgemäßes Staatsangehörigkeitsgesetz die Akzeptanz von Mehrstaatlichkeit. Außerdem

setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass auch Migrantinnen und Migranten aus sogenannten Drittstaaten das kommunale Wahlrecht erhalten, wenn Bremen ihr Lebensmittelpunkt ist.

Erwerbstätigkeit ist ein Motor für den Integrationsprozess. Deshalb ist der Zugang zum Arbeitsmarkt wichtig. Wir haben das Gesetz zur Anerkennung ausländischer Berufe entsprechend gestaltet. Nun gilt es, die Ergebnisse der Evaluation einer ehrlichen Analyse zu unterziehen, besonders im Hinblick auf die Ingenieur- und Architektenberufe. Wir machen uns für Nachqualifizierungsmaßnahmen stark. Dazu gehört auch die Förderung der Berufssprache Deutsch.

Unser Ziel einer institutionellen Vereinbarung mit den muslimischen und alevitischen Verbänden haben wir erreicht. Die Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe der Muslime und die bessere Einbindung ihrer Organisationen in das öffentliche Leben Bremens wollen wir weiter vorantreiben. Wir stellen uns der Diskriminierung von Mädchen und Frauen mit Kopftuch entgegen. Wir setzen uns dafür ein, dass das pauschale Kopftuchverbot im Schuldienst aufgehoben wird und streben ein Verfahren mit Einzelfallprüfung an.

Die kontinuierliche Zunahme von Flüchtlingen stellt Bremen weiterhin vor die Herausforderung, Flüchtlingsunterkünfte in ausreichender Kapazität vorzuhalten. Die Erfahrung des letzten Jahres hat gezeigt, dass dieser Herausforderung dank des bürgerschaftlichen Engagements unter Wahrung der humanitären Aspekte begegnet werden kann. Gemeinschaftsunterbringung ist jedoch nur für einen begrenzten Zeitraum und in kleinen Einheiten akzeptabel. Das Recht auf eine angemessene Wohnung und selbstverantwortliche Lebensgestaltung für Flüchtlinge bleibt unser zentrales Anliegen. Grundlage dafür ist die Integration der

Flüchtlinge in die alltäglichen Lebensbereiche (wie Bildung, Gesundheit, Arbeit) von Anfang an.

Migrantinnen und Migranten wenden sich zunehmend an soziale Einrichtungen, Gesundheitsdienste und Beratungsstellen. Um eine professionelle und wirksame Betreuung zu sichern, treten wir für kultursensible Dolmetschendienste in den Stadtteilen ein und wollen Regelungen für die Kostenübernahme festlegen. Unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen wollen wir die notwendige Unterstützung zukommen lassen, damit sie mit traumatischen Erlebnissen nicht alleine gelassen werden.

Für eine erfolversprechende Integrationspolitik der Zukunft müssen alle Politikfelder in die Pflicht genommen werden. Deshalb sind wir für ein Bremer Partizipations- und Integrationsgesetz, das die strukturelle Gleichstellung der Menschen mit Migrationshintergrund für alle Bereiche des öffentlichen Lebens gesetzlich verankert. Nur so kann aus unserer Sicht die Gestaltung einer inklusiven Gesellschaft im Land Bremen ernsthaft vorangetrieben werden, und das ist unser Ziel.

Vielfalt durch Mehrsprachigkeit

In modernen Gesellschaften wie unserer hängen beruflicher Erfolg und gesellschaftliche Teilhabe zunehmend von der Fähigkeit ab, in mehreren Sprachen kommunizieren zu können. Die Förderung und der Erhalt weltweit gesprochener und regionaler Sprachen sind von hohem kulturellem Wert. Deshalb sind für uns Grüne wichtige Aufgaben die individuelle Förderung mehrsprachiger Kompetenzen, wie Deutsch als Zweitsprache und Muttersprachen von klein auf, sowie die Schaffung günstiger Bedingungen für Mehrsprachigkeit, also für das Aufwachsen und Leben mit mehr als einer

Sprache, insbesondere in den Einrichtungen des Bildungswesens.

Spezifisch für Bremen heißt das auch: Wi finnen: Plattdütsch höört to Bremen daarto! Doruem hebbt wi un Bierot up platt inricht. So spreken wi dorover, as wi de plattdütsche Spraak reddten könt. Es is bannig wichtig, dat de jung Lüüd wedder wat mit de plattdütsche Spraak anfang könen und doher mahr modern warrn mutt – so as de Denkspruch: „Platt is nich uncool!“ Hier bruken wi de Hölp vun de Kinnergarn, Scholen un Jiugendinrichten. Over ok de Kultur hett grode Möglichkeiten. Et is bannig wichtig, de plattdütsche Spraak in siener Utdruckskraff to seuhn un dat geit an’n bästen mit de Kultur. Doher wullen wi wieter plattdütsche Vorhebben uenner de Arms griepen.

Feminismus, Gender-Bewegung und Geschlechtergerechtigkeit

Grüne Politik in Bremen hat in den letzten Jahren einen starken Fokus auf geschlechterspezifische Maßnahmen gelegt, z. B. durch die Einführung verschiedener Arbeitszeitmodelle in der öffentlichen Verwaltung, die Schaffung diskriminierungsfreier und gesundheitsfördernder Arbeitsräume für Frauen und Männer oder bei den zunehmenden Berufungen von Frauen in Führungspositionen. Bremen ist in diesen Feldern, beispielsweise mit einer Quote von 33,2 Prozent Frauen in Aufsichtsräten, im Vergleich zu anderen Bundesländern besonders gut aufgestellt. Bei allen Erfolgen zeigen Studien in Bremen aber auch, dass Arbeit, Lohn,

Zeit und Stadträume ungleich und zu Lasten von Frauen und Mädchen verteilt sind. Grundsätzlich setzen wir uns deshalb für eine stärkere Verankerung und konsequentere Anwendung des Gender-Mainstreamings in allen politischen Entscheidungsprozessen ein: Das gilt insbesondere für Politikfelder wie Finanzen, Stadtentwicklung, Bau und Verkehr.

Ein Schwerpunkt grüner Politik liegt auf der eigenständigen Existenzsicherung für Frauen. Deshalb werden wir weiter gegen prekäre Arbeit, Wiedereinstiegshürden, unbezahlte Pflege in der Familie und das Ehegattensplitting kämpfen. Um der geschlechtsspezifischen Teilung des Arbeitsmarktes entgegenzuwirken, werden wir unsere Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderungspolitik nutzen, um Frauen gezielt Zugänge zu zukunftssträchtigen Berufen und Branchen zu ermöglichen. Dabei werden wir besondere Programme für Alleinerziehende, Wiedereinsteigerinnen und Migrantinnen fortführen. Wir wollen in Zukunft noch mehr dafür tun, dass sich bremische Integrationsangebote gezielt an Migrantinnen wenden, ihnen Wege zur gesellschaftlichen Teilhabe weisen und die Gleichstellung voranbringen. Bisher frauendominierte Berufe müssen aufgewertet werden. Wir kämpfen für ein hohes Qualitätsniveau der Ausbildung, für bessere Aufstiegsmöglichkeiten und eine bessere Bezahlung in den Sozial-, Erziehungs- und Gesundheitsberufen. Zudem kämpfen wir für Lohngleichheit und setzen uns deshalb weiterhin für ein Entgeltgleichheitsgesetz ein. Phasen der Fürsorgearbeit, für Bildung, Zeit für gesellschaftliches Engagement müssen gewährleistet und sozial abgesichert sein. Hierfür wollen wir Modelle und Maßnahmen entwickeln.

Körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung für Frauen und Männer müssen das Ziel einer modernen Gesellschaft sein. Frauen müssen über ihre Schwangerschaften

frei entscheiden können. Für Bezieherinnen und Bezieher von Transferleistungen werden Verhütungsmittel unentgeltlich bereitgestellt. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit muss auch für Intersexuelle gelten. Medizinisch nicht notwendige Eingriffe sind deshalb nur mit Einwilligung der Intersexuellen selbst durchzuführen. Öffentlich kommunizierten Druck zum perfekten Körper lehnen wir ab. Wir Grünen setzen uns ein für einen gesellschaftlichen Verständigungsprozess, der für körperliche Vielfalt sensibilisiert und Sexismus ächtet. Gegen Sexismus in der Werbung haben wir klare Regeln, Verfahren und Anlaufstellen beschlossen.

Uns Grünen ist bewusst, dass sich Frauen, aber in geringerem Maße auch Männer, teils aus freien Stücken, teils unter dem Zwang extremer Gewaltanwendung und in zahlreichen Grauzonen zwischen beidem, auf dem Sexmarkt anbieten. Durch eine bessere Regulierung der Prostitution wollen wir die Situation von Sexarbeiterinnen und Sexarbeitern verbessern. Ein striktes, strafrechtlich sanktioniertes Verbot der Prostitution halten wir für nicht zielführend. Die Illegalisierung erschwert den solidarischen Schutz der Betroffenen gegen Gewalt, Gesundheitsgefährdungen und Ausbeutung. Eine gesetzliche Regelung soll umfassende Rahmenbedingungen für den Betrieb von Prostitutionsstätten enthalten. Hierfür werden wir die Möglichkeiten auf Länderebene nutzen, und unsere Vorschläge im Rahmen der Reform des Prostitutionsgesetzes über den Bundesrat einbringen. Repressive Maßnahmen wie eine Registrierungspflicht für Prostituierte oder verpflichtende Gesundheitsuntersuchungen lehnen wir dabei ab. Wir werden weiterhin konsequent jede Form des Menschenhandels, auch zum Zweck der sexuellen Ausbeutung, bekämpfen. Hilfe für Opfer von Gewalt muss selbstverständlich und kostenlos sein. Wir setzen uns

deshalb weiterhin für die verlässliche und bedarfsgerechte Finanzierung von Frauenhäusern und Beratungsstellen für beide Geschlechter ein.

Geflüchtete Frauen bedürfen unserer verstärkten Solidarität. Außer politischer Verfolgung, Krieg und Bürgerkrieg haben sie vielfältige Formen von Gewalt erfahren, die sich gegen ihren Körper und ihre Selbstbestimmung als Frauen richten. Wir unterstützen deshalb die politische Organisation von Migrantinnen und neue emanzipatorische Bündnisse: zwischen dem traditionellen Feminismus, den neuen „Gender-Bewegungen“ und den Migrantinnenorganisationen. In diesem Sinne kann die Gleichstellung der Migrantinnen ein Fortschritt für alle Frauen werden. Wir Grünen wollen diese Prozesse begleiten und unterstützen.

LSBTI – vielfältige Liebes- und Lebensweisen

Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Transsexuelle und Intersexuelle (LSBTI) sind ein Teil unserer vielfältigen Gesellschaft. Lesben und Schwule können inzwischen so frei wie nie zuvor in Bremen und Deutschland lieben und leben. Das ist auch ein Erfolg grüner Politik. Aber Diskriminierung aufgrund sexueller Identitäten ist noch längst nicht überwunden. Wir Grünen treten jeglicher Form von Homo- und Transphobie entgegen, setzen auf Aufklärung und volle Gleichstellung von homo-, bi-, trans- und intersexuellen mit heterosexuellen Lebensweisen.

In Bremen haben wir das Beamtenrecht dahingehend geändert, dass eingetragene Lebenspartnerschaften der Ehe gleichgestellt werden. Damit hat Bremen als erstes Bundesland für schwule Lebenspartner und lesbische Lebenspartnerinnen das gleiche Dienst-, Besoldungs- und Versorgungsrecht wie für Ehepaare geschaffen. Wir setzen

uns deshalb auch dafür ein, dass in Bremer Behörden der Umgang mit Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern, Transsexuellen und Intersexuellen Normalität wird. Die in Teilen der Gesellschaft immer noch vorhandene Ablehnung gleichgeschlechtlicher Lebensformen zeigt, dass das Werben um mehr Toleranz und die Aufklärungsarbeit nicht nachlassen darf. Wir haben deshalb einen umfassenden Aktionsplan gegen Homophobie auf den Weg gebracht. Die Aufklärung über lesbische und schwule Lebensformen als gleichberechtigte Lebensformen ist nun auch Bestandteil des Sexualkundeunterrichts an bremschen Schulen. So soll es Jugendlichen ermöglicht werden, künftig unbeschwerter und diskriminierungsfrei zur sexuellen Identität zu finden. Wir haben uns dafür eingesetzt, die Diskriminierung schwuler Männer bei Blutspenden aufzuheben und fordern die Rehabilitierung und Entschädigung von kriminalisierten Menschen aufgrund des § 175 Strafgesetzbuch.

Für Lesben und Schwule besteht in der Phase ihres Coming-out ebenso intensiver Bedarf nach Beratung und Hilfe wie bei sozial-rechtlichen und medizinischen Fragen sowie Beziehungsproblemen. Wir unterstützen daher die bereits bestehenden Beratungsstellen für Schwule und Lesben, wie das „RAT&TAT-Zentrum“.

Lesben und Schwule werden wie alle Bremerinnen und Bremer älter. Wir Grünen setzen uns deshalb für die Berücksichtigung der lesbischen und schwulen Seniorinnen und Senioren in der städtischen Pflegebedarfsplanung ein und unterstützen gleichgeschlechtliche Alterswohngemeinschaften.

Auf Bundesebene setzen wir uns für einen „Aktionsplan für Vielfalt“ ein, der Homophobie und Transphobie entgegensteuert, der Forschung u. a. zu Diskriminierungen sowie

queeren Lebensweisen fördert, insbesondere Jugendliche stärkt und deren Ausgrenzung im Elternhaus, in der Schule und in der Freizeit entgegenwirkt. In Artikel 3 des Grundgesetzes muss ergänzt werden, dass niemand wegen der sexuellen Identität diskriminiert werden darf. Wir unterstützen transsexuelle und intersexuelle Menschen in ihrem Kampf um ihre Menschenrechte. Eine Reform des Transsexuellenrechts muss Freiheit und Selbstbestimmung zum Leitbild haben, die diskriminierende Einordnung als Krankheit beenden und die Menschenwürde sichern. Die zwangsweise Geschlechtsanpassung intersexueller Menschen muss ein Ende haben.

Kapitel 8:

Europa, Internationales und Entwicklung

Für vieles, was wir Grünen für Bremerinnen und Bremer erreichen wollen, brauchen wir Regeln im Bundesstaat und in Europa. Deshalb ist es immer wichtiger, dass die grüne Bremer Stimme im Bundesrat hörbar bleibt. Das gilt ebenso für europäische Politik.

Das Land Bremen versteht sich nach seiner Verfassung ausdrücklich als „Glied der deutschen Republik und Europas“. Wir sehen dies als Verpflichtung, weiterhin an einer immer engeren Union der Völker Europas mitzuwirken. Nach wie vor gilt: Freiwilliger Zusammenschluss der Staaten, die Teilung der Souveränität und gemeinsame Regeln des Rechts sichern den inneren und äußeren Frieden in Europa. Es gilt gerade für ein Land wie Bremen, dass nur ein offener gemeinsamer Markt mit klaren politischen Regeln Wohlstand und Sicherheit bieten kann. Die Erfahrungen der letzten Jahre, insbesondere die Finanzkrise, haben uns noch einmal dramatisch vor Augen geführt, dass lokale oder nationale Lösungen nicht mehr ausreichen. Notwendig ist gemeinsames Handeln, um überhaupt handlungsfähig zu bleiben.

Deswegen treten wir dafür ein, dass das Land Bremen sich weiterhin aktiv an der Ausgestaltung der europäischen

Integration beteiligt. Inhaltliche Schwerpunkte der nächsten Jahre werden für uns sein: die Klima-, Energie- und Umweltpolitik, der Datenschutz, die Integrations- und Flüchtlingspolitik und vor allem das geplante Freihandelsabkommen TTIP mit den USA. Sonderrechte für ausländische Investoren, die die Demokratie aushöhlen, darf es durch TTIP ebenso wenig geben wie eine Absenkung beim Umwelt- und Gesundheitsschutz. Deshalb lehnen wir auch das Abkommen mit Kanada (CETA) in der vorliegenden Form ab und werden bei zukünftigen Abkommen wachsam sein. Aber auch beim Klimaschutz und in der Flüchtlingspolitik werden wir in Deutschland Druck machen, damit das einflussreichste Land der EU sich für höhere, nicht für niedrigere Standards einsetzt.

Dafür wollen wir Grünen alle Möglichkeiten der aktiven Einflussnahme auf die europäische Politik fördern: Wir werden die anerkannt hohe Leistungsfähigkeit der bremischen Landesvertretung in Brüssel erhalten. Wir wollen die aktive Mitarbeit Bremens im Ausschuss der Regionen fortsetzen. Wir möchten Netzwerke wie den europaweiten „Konvent der Bürgermeister“ zum Umweltschutz vermehrt nutzen. Auch dafür werden wir die Weiterentwicklung der „Europafähigkeit“ der bremischen Verwaltung verstärkt unterstützen, durch Abordnungen, Bewerbungen als Experten und Expertinnen, Weiterbildung.

Bremen hat sich in der Vergangenheit auf Grundlage seiner integrationsfreundlichen Haltung erfolgreich mit innovativen Ideen an den europäischen Förderprogrammen beteiligt, vor allem in den Bereichen Wissenschaft und Umwelt. Um diesen Erfolg fortzusetzen, muss hohe Beratungskompetenz in der gesamten Verwaltung sichergestellt sein.

Der EuropaPunktBremen macht eine anerkannt gute Arbeit als Informations- und Diskussionspunkt für alle Bür-

gerinnen und Bürger. Wir werden dafür sorgen, dass diese Arbeit fortgesetzt wird. In der politischen Bildung insgesamt, auch in der Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung, muss die europäische Dimension wieder eine größere Bedeutung bekommen. Es sollte in Bremen mehr Schulen mit europäischem Geist und Herz geben. Angesichts der hohen Voraussetzungen für die förmliche Anerkennung als „Europaschule“ wollen wir die Unterstützung europäisch aktiver Schulen verbessern.

Bremen pflegt traditionsreiche Städtepartnerschaften und hat internationale Verbindungen in viele Regionen der Welt. All diese Partnerschaften sollten den gleichberechtigten Austausch und die gemeinsame Förderung von Demokratie und Menschenrechten zum Ziel haben. Wir wollen die Aufnahme einer Partnerschaft mit der Hafenstadt Odessa in der Ukraine als Zeichen europäischer Verbundenheit prüfen.

Die Entwicklungszusammenarbeit des Landes Bremen ist eine besondere Tradition, die wir angesichts neuer Herausforderungen fortsetzen wollen. Wir Grünen verstehen Entwicklungszusammenarbeit nicht als Anleitung, die ein „entwickelter“ Norden einem „zu entwickelnden“ Süden gibt, sondern als gemeinsame Herausforderung, die auf beiden Seiten Veränderungen verlangt. Unser Maßstab ist das Ziel der globalen Gerechtigkeit; dafür werden wir uns auch auf europäischer Ebene einsetzen.

Wir wollen daher die Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) fortsetzen, um nachhaltige Projekte in den Ländern des Südens zu unterstützen. Die Arbeit der entwicklungspolitischen Netzwerke wird sichergestellt, bei Wahrung der Pluralität der Ansätze. Wir wollen die bremischen Initiativen aus der Zeit der „Hauptstadt des fairen Handels“, deren Erfolg sich im

Jahr 2014 in der Auszeichnung Bremerhavens und Bremens als „Fairtrade-Städte“ gezeigt hat, stabilisieren und die Ziele des fairen Handels auch auf europäischer Ebene stärker zur Geltung bringen. Und wir wollen in der Vergabe öffentlicher Aufträge und bei der Beschaffung von Gütern für die öffentliche Verwaltung Schritt für Schritt die Kriterien fairen Handels möglichst umfassend berücksichtigen. Das gilt vor allem für Kindergärten, Schulen und Hochschulen, weil sich gerade hier den jungen Menschen mit alltäglichen, fair gehandelten Produkten die Aufgaben globalen Zusammenhalts und globaler Verantwortung deutlich machen lassen.

Unsere KandidatInnen

Wahlbereich Bremen

1. **Karoline Linnert**, 56, Diplom-Psychologin (Hemelingen)
2. **Dr. Matthias Güldner**, 54, Politikwissenschaftler (Findorff)
3. **Anja Stahmann**, 47, Diplom-Sozialwirtin (Walle)
4. **Dr. Joachim Lohse**, 56, Diplom-Chemiker (Östl. Vorstadt)
5. **Dr. Maike Schaefer**, 43, Diplom-Biologin (Vegesack)
6. **Björn Fecker**, 37, Geschäftsführer (Huchting)
7. **Dr. Kirsten Kappert-Gonther**, 48, Ärztin (Schwachhausen)
8. **Ralph Saxe**, 55, Weinhändler (Schwachhausen)
9. **Dr. Henrike Müller**, 39, Politikwissenschaftlerin (Mitte)
10. **Carsten Werner**, 47, Journalist (Mitte)
11. **Dr. Anne Schierenbeck**, 46, Ingenieurin (Schwachhausen)
12. **Nima Pirooznia**, 33, Volkswirt (Mitte)
13. **Dr. Zahra Mohammadzadeh**, 58, Abgeordnete (Vahr)
14. **Dr. Robert Hodonyi**, 37, wissenschaftl. Mitarbeiter (Mitte)
15. **Silvia Schön**, 55, Abgeordnete und Vizepräsidentin der Bremischen Bürgerschaft (Schwachhausen)
16. **Wilko Zicht**, 39, kaufm. Angestellter (Hemelingen)

Ganz klar grün: Wahlprogramm 2015

17. **Marie Hoppe**, 29, Psychologin (Neustadt)
18. **Robert Bücking**, 62, Maschinenbaumeister (Östl. Vorstadt)
19. **Petra Kettler**, 54, kaufm. Angestellte (Borgfeld)
20. **Jan Saffe**, 55, Freischaffender (Östl. Vorstadt)
21. **Linda Neddermann**, 27, Studentin (Obervieland)
22. **Dr. Stephan Schlenker**, 70, Kinderarzt (Vege sack)
23. **Kai-Lena Wargalla**, 30, Studentin (Huchting)
24. **Florian Steinberg**, 31, Angestellter im Einzelhandel (Neustadt)
25. **Dr. Kirsten Wiese**, 44, Juristin (Östl. Vorstadt)
26. **Ralf Bohr**, 49, Fachinformatiker (Hemelingen)
27. **Ulrike Schnaubelt**, 48, Diplom-Biologin (Burglesum)
28. **Dirk Schmidtman**, 59, Beton- und Stahlbetonbauermeister (Burglesum)
29. **Dr. Juliane Filser**, 55, Professorin (Borgfeld)
30. **Keerthi Kulanayagam**, 44, Diplom-Ingenieur (FH) (Neustadt)
31. **Susanne Wendland**, 38, Abgeordnete (Neustadt)
32. **Mustafa Kemal Öztürk**, 41, Diplom-Politologe (Östl. Vorstadt)
33. **Irmgard Lindenthal**, 65, Fachleiterin f. Wirtschaft (Östl. Vorstadt)
34. **Christoffer Mendik**, 34, wissenschaftl. Mitarbeiter (Woltmershausen)
35. **Kabire Yildiz**, 55, Diplom-Sozialpädagogin (Mitte)
36. **Jens Hirschberg**, 41, Anglist (Walle)
37. **Alexandra Werwath**, 22, Studentin (Östl. Vorstadt)
38. **Harald Klussmeier**, 48, selbstständig (Östl. Vorstadt)
39. **Petra Fritsche-Ejemole**, 53, Rechtsanwältin (Walle)
40. **Tobias Pinkel**, 31, wissenschaftl. Mitarbeiter (Östl. Vorstadt)

41. **Ilona Osterkamp-Weber**, 38, Diplom-Pflegewirtin (FH) (Veogesack)
42. **Gusel Imran**, 46, Dozentin (Huchting)
43. **Petra Gerland**, 58, Lehrerin (Schwachhausen)
44. **Margret Nitsche**, 56, Dokumentationsjournalistin (Schwachhausen)
45. **Sahhanim Görgü-Philipp**, 45, Diplom-Sozialpädagogin (Östl. Vorstadt)

Wahlbereich Bremerhaven

1. **Sülmez Dogan**, 39, Juristin (Wulsdorf)
2. **Frank Willmann**, 51, Tischler (Mitte)
3. **Doris Hoch**, 60, Krankenschwester (Mitte)
4. **Dr. Ulf Eversberg**, 58, Meeresbiologe (Lehe)
5. **Carola Näth**, 53, Sozialpädagogin (Lehe)
6. **Maurice Müller**, 32, Kommunikationswissenschaftler (Geestemünde)
7. **Dorothea Fensak**, 54, Rechtsanwältin (Lehe)
8. **Thomas Schäfer**, 51, Berater (Geestemünde)
9. **Turhal Özdal**, 42, Rechtsanwalt (Mitte)
10. **Claudius Kaminiarz**, 42, Rechtsanwalt (Lehe)

Am 10. Mai
5 Stimmen



Ganz klar Grün

www.gruene-bremen.de